



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„DIE LINKE als Wegbereiterin einer Postwachstumsge-
sellschaft? Ein Vergleich der Wachstumsnarrative von
2005 und 2021“

verfasst von / submitted by

Paul Joscha Stockdreher, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna, 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Alina Brad

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	3
2	Kontextualisierung und Problemstellung	7
2.1	Multiple Krise	8
2.2	Wirtschaftswachstum	14
2.2.1	Was ist Wirtschaftswachstum?.....	14
2.2.2	Historie und Entstehung BIP	14
2.2.3	Wachstumszwang und seine Auswirkungen	18
2.2.4	Finanz- und Wirtschaftskrise 2008.....	20
2.3	Postwachstum.....	21
2.3.1	Wachstumskritiken.....	22
2.3.2	Möglichkeiten und Vorschläge	26
2.3.2.1	Politische Umsetzung.....	29
3	Theoretische Verortung.....	33
3.1	Parteien im Staat.....	33
3.1.1	Definition und Rolle von Parteien.....	33
3.1.2	Funktionen und Aufgaben von Parteien.....	34
3.1.3	Funktionen und Aufgaben von Wahlprogrammen.....	35
3.1.4	Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis.....	37
3.1.4.1	Transformationen im Staat.....	39
4	Methodische Vorgehensweise.....	43
4.1	Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring.....	43
5	Analyse und Auswertung	50
5.1	Politik – Zielsetzungen und Inhalte.....	51
5.1.1	Allgemeine und übergreifende politische Ansichten	51
5.1.2	Produktion, Industrie und Arbeit.....	55
5.1.3	Feminismus	58
5.1.4	Mentale Infrastruktur der Gesellschaft und Kulturelles	59
5.1.5	Umverteilung und Solidarität	61
5.1.6	Klima und Ökologie	62
5.1.7	Kapitalismus und Marktlogiken	66
5.2	Transformation des Staates	76
6	Diskussion der Ergebnisse	79
7	Fazit und Ausblick	83
8	Quellen- und Literaturverzeichnis.....	86
9	Abstracts.....	99

1 Einleitung

Betrachtet man den Zustand der heutigen Welt, muss insgesamt ein düsteres Bild gezeichnet werden. Der Klimawandel schreitet weiter in hohem Tempo voran und mit ihm seine negativen Auswirkungen für Mensch und Natur. Vor allem Menschen aus den Ländern des Globalen Südens leiden zunehmend unter Erscheinungen, die die klimatischen Veränderungen mit sich bringen. Hitze, Dürre, Trinkwassernot und die Zerstörung der dortigen natürlichen Lebensgrundlagen treten immer häufiger auf (IPBES 2019: 10ff.). Auch in den Ländern des Globalen Nordens sind verstärkt Auswirkungen des Klimawandels festzustellen. Insbesondere die Zunahme von extremen Wetterereignissen kann in diesem Zusammenhang genannt werden. Viele Länder West- und Mitteleuropas wurden beispielsweise im Jahre 2021 von Überflutungen infolge von Starkregen heimgesucht (Bpb.de 2021). Des Weiteren befinden sich die komplexen ökologischen Systeme der Erde in einer Krisensituation. Die Artenvielfalt nimmt dramatisch ab und Lebensräume für Mensch und Tier sind stark gefährdet. Regionale, nationale und globale Strukturen sind von massiven sozialen Ungleichheiten geprägt. Seit Anfang 2020 haben die zehn reichsten Männer ihr Vermögen mehr als verdoppeln können (Oxfam 2022: 16). Gleichzeitig leiden über 800 Millionen Menschen auf der Welt an Hunger (Welthungerhilfe 2022a). Ungleiche Verhältnisse sind nichts Neues, allerdings nimmt das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich immer größere Ausmaße an. Auch Geschlechterverhältnisse sind von systemischen Ungleichheiten und Machtstrukturen zugunsten des männlichen Geschlechts geprägt. Demokratische Systeme und politische Institutionen erleiden Akzeptanz- und Vertrauensverluste. Autoritäre Strömungen erfreuen sich in den letzten Jahren immer größerer Beliebtheit (Hamann 2016). Europa wird zu Beginn des Jahres 2022 vom russischen Krieg gegen die Ukraine erschüttert. Diese Auswahl krisenhafter Entwicklungen sind keine Zufallsprodukte, sondern werden unter gegenseitigen Wirkverhältnissen reproduziert. Diese miteinander zusammenhängenden Probleme werden von verschiedenen AutorInnen¹ als multiple Krise bezeichnet (Bader et. al 2011; Brand 2009). Dass diese sich intensivierende multiple Krisensituation dringend gelöst werden muss, liegt auf der Hand. Die verschiedenen Krisendynamiken rufen insbesondere in den letzten Jahren immer mehr Überlegungen, Diskussionen und Bewegungen hervor, die sich mit der Bekämpfung und Überwindung dieser Probleme beschäftigen. Ein wesentlicher Teil der Gesellschaft vertraut in die dem Kapitalismus

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das Binnen-I verwendet. Jedoch möchte ich ausdrücklich festhalten, dass Personen, die sich nicht der binären Geschlechterordnung zugehörig fühlen, bei allen Formulierungen mitgemeint sind.

inhärenten Wachstumslogiken. In diesem Kontext wird von Verfechtern der Akkumulationslogiken oftmals die Zielsetzung von Entkopplung angebracht, also die Realisierung von Wirtschaftswachstum ohne gleichzeitige negative Auswirkungen für die Umwelt. Beispielsweise propagieren mächtige staatliche Akteure in Deutschland das auf Wirtschaftswachstum basierende Modell der Green Economy (Bmbf.de o.D.). Allerdings sind die wissenschaftlichen Argumente gegen die tatsächliche Realisierung von Decoupling vorhanden und sprechen für die Notwendigkeit der baldigen Beendigung jeglicher Wachstumslogiken (Parrique et. al 2019). Dabei werden die Krisendynamiken mit der kapitalistisch organisierten Wirtschaftsweise in kausale Verbindungszusammenhänge gebracht werden. In den Diskussionen um und Forderungen nach sozial-ökologischen Transformationen wird deutlich, dass die Krisen nur unter entsprechenden systemischen Rahmenbedingungen möglich und wahrscheinlich werden und deshalb auch die Systemfrage gestellt werden müsse (Bader et. al 2011; Brand 2009; Demirović 2013).

Eine insbesondere in den letzten Jahren seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 populärer werdende Diskussion ist rund um die Ansätze von Postwachstumsgesellschaften entstanden. Den verschiedenen Ausrichtungen und Strömungen innerhalb von Postwachstum ist die wachstumskritische Herangehensweise bei der Betrachtung gesamtgesellschaftlicher- und wirtschaftlicher Zustände und Entwicklungen gemein. Sie stellen die auf Steigerungslogiken fußenden Gesellschaftsmodelle grundlegend in Frage. Nicht nur die Kritiken an den bestehenden wachstumsorientierten Handlungsweisen sind Bestandteil dieser Ansätze, sondern auch und vor allem Diskussionen und Ausarbeitungen über zukünftige nicht-wachstumsorientierte Organisation von Gesellschaft. Wirtschaftswachstum zerstöre mittel- und langfristig die Lebensgrundlagen für Mensch und Natur. Deshalb müssten dringend Transformationen im Sinne von Postwachstum stattfinden (Schmelzer / Vetter 2019). Aufgrund der Dringlichkeit der Lösung der multiplen Krise ist progressive Politik auf allen Ebenen von Nöten. Diese Masterarbeit erforscht deshalb aus einer wachstumskritischen Perspektive den Status Quo in Bezug auf zukünftige Politiken in Deutschland. Als global machtvollstes und einwohnerreichstes Land der Europäischen Union kann deutsche Politik wichtige Akzente und Impulse setzen für eine von starker Nachhaltigkeit geprägter Zukunft. Schon jetzt sind ungleiche Macht- und Herrschaftsverhältnisse global strukturiert. Die Organisation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in Deutschland ist in einer globalisierten Welt untrennbar mit sozialen und ökonomischen Verhältnissen in anderen Teilen Europas und der Welt verknüpft (Lessenich 2016). Wachstumslogiken im Globalen Norden sind untrennbar mit Lebensverhältnissen und Naturbedingungen im Globalen Süden verbunden. Kapitalistische

Steigerungslogiken stehen unmittelbar mit Kosten für Mensch und Natur in Verbindung. Der Einfluss nationaler politischer Strömungen auf internationale und globale Aktivitäten und mögliche Transformationen ist somit nicht zu unterschätzen und macht die Relevanz für Internationale Entwicklung deutlich. Im Forschungsinteresse steht infolgedessen DIE LINKE² als wichtiger politischer Akteur in Deutschland. Die Partei ist in verschiedener Hinsicht relevant: Sie wurde seit 2005 konstant in den Bundestag gewählt und ist auf Landesebene auch in Regierungsverantwortung. Auch eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene schien nach den Wahlen 2021 nicht ausgeschlossen. Weiterhin hantiert die Partei in der Kommunikation nach außen explizit mit dem Begriff der sozial-ökologischen Transformation, um soziale Ungerechtigkeiten abzumildern und den Klimawandel zu bekämpfen (Ernst 2011; Riexinger 2020). DIE LINKE ist weiterhin ein relevantes Untersuchungsobjekt, da ihr im parlamentarischen Kontext am ehesten die Rolle zur Etablierung von Alternativen zur Reproduktion von Kapitalismus zugeschrieben werden kann. Relevanz erhält die Untersuchung einer Partei und ihrer Rolle bei Transformationen innerhalb von Staaten weiterhin durch die Überlegungen von Nicos Poulantzas aus den 1960er und 1970er Jahren. Der griechisch-französische Politikwissenschaftler beschreibt in seinen Werken ein Staatsverständnis, welches von Macht- und Herrschaftsverhältnissen geprägt sei und so bestimmte Gesellschaftsformen reproduziere oder Veränderungen mitstrukturiere. Poulantzas formuliert aus kritischer Sicht die kapitalistische Reproduktion durch staatliche Strukturen und weist gleichzeitig auf die Veränderbarkeit und Überwindung jener durch verschiedene Akteure hin (Poulantzas 2002). Diese Forschungsarbeit möchte im Anschluss an Poulantzas Aussagen darüber treffen, ob und wie ein politischer Akteur wie DIE LINKE Beiträge zur Überwindung der kapitalistischen Reproduktionslogik leisten kann und will.

Das zentrale Forschungsinteresse dieser Masterarbeit besteht folglich darin, inwiefern Wirtschaftswachstum als vorherrschendes Paradigma bei Problemidentifikation und politischen Lösungsvorschlägen bei der Partei DIE LINKE verhandelt wurde und wird. Diese Analysen ermöglichen im Folgenden Aussagen darüber, ob DIE LINKE durch ihre politischen Positionen als mögliche Wegbereiterin der Etablierung von sozial-ökologischen Transformationen und im Speziellen Postwachstumsgesellschaften eingeordnet werden kann. Des Weiteren ist die Zunahme von wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit systemischen Krisensituationen

² Die Partei, wie sie heute existiert, wurde erst 2007 gegründet. Sie entstand durch die Verschmelzung von „Die Linkspartei. PDS“ und „WASG“. Wie aus Kapitel 4.1 hervorgeht, begann der Fusionsprozess schon 2005 und „Die Linkspartei. PDS“ trat mit einer gemeinsamen Liste bei der Bundestagswahl 2005 an. Insofern ist im Folgenden zur leichteren Verständlichkeit DIE LINKE sowohl für die 2005 bestehende Partei „Linkspartei. PDS“ als auch die aktuelle Partei gemeint.

und wachstumskritischen Lösungsvorschlägen seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 bemerkenswert. Dabei wird die Finanz- und Wirtschaftskrise wiederum als Erscheinung der kapitalistischen Organisation eingeordnet (Altvater 2009). Diese Beobachtung erweitert das Forschungsinteresse um einen vergleichenden Faktor: Von Interesse ist weiterhin, ob sich die zunehmenden Diskussionen rund um sozial-ökologische Transformationen und Postwachstum seit der Finanz- und Wirtschaftskrise auch in den politischen Positionen der Partei DIE LINKE wiederfinden. Folglich stellt sich damit die Frage, ob sich Wachstumsnarrative der Partei in diesem Zeitraum verändert haben und auf welche Art und Weise. Deshalb stehen die politischen Positionen von vor der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die aktuellen im Forschungsinteresse dieser Arbeit. Anhand der Bundestagswahlprogramme von 2005 und 2021 werden die politischen Positionen der Partei durch eine Qualitative Inhaltsanalyse analysiert. Eine Forschung zu der Rolle von Wirtschaftswachstum bei DIE LINKE ist noch nicht vorhanden, allerdings ist sie aufgrund der Notwendigkeit von Alternativen zu den wachstumsorientierten Parteien dringend angebracht. Eine andere relevante Partei aus dem linken Spektrum, Bündnis 90/Die Grünen, setzt bislang auf Grünes Wachstum und damit auf die Reproduktion kapitalistischer Strukturen (Koch 2020). DIE LINKE könnte also durch entsprechende Gestaltung der Programminhalte Akzente für Postwachstumsgesellschaften schaffen.

Aus dem dargestellten Forschungsinteresse ergeben sich folgende Forschungsfragen:

I Inwiefern positioniert sich die Partei DIE LINKE zu Wirtschaftswachstum und welche Wachstumsnarrative werden transportiert?

II Wie haben sich diese Wachstumsnarrative zwischen 2005 und 2021 verändert?

III Treibt DIE LINKE Transformationen innerhalb des Staates zu einer Postwachstumsgesellschaft voran?

Der Aufbau der Masterarbeit stellt sich wie folgt dar: Das einführende Kapitel der Kontextualisierung diskutiert die schon erwähnte multiplen Krisensituation, aus der sich die grundlegenden Problemstellungen für die folgenden Ausführungen ergeben. Dazu gehört weiterhin das Phänomen des Wirtschaftswachstums. Dabei wird die historische und aktuelle Bedeutung von Wachstum aufgearbeitet. Insbesondere die dem kapitalistischen System inhärenten Wachstumswänge, die sich beispielsweise im Auftreten der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 gezeigt haben, sind Teil dieses Kapitels und werden mit ihren krisenhaften Auswirkungen in Verbindung gebracht. Im Folgenden stehen die für diese Forschungsarbeit wesentlichen

Postwachstumsansätze im Fokus. Da es nicht den einen Postwachstumsansatz gibt, zeichnet sich dieser Teil der Arbeit durch die Vorstellung verschiedener Strömungen und Richtungen innerhalb der vielschichten wachstumskritischen Diskussionen aus. Im Anschluss daran werden die theoretischen Grundlagen für die Forschungsarbeit geschaffen. Der erste theoretische Teil behandelt die Rolle von Parteien im Staat. Dafür sind zunächst die Aufgaben und Funktionen der zentralen Untersuchungsobjekte Parteien und Wahlprogramme zu klären. Darauf aufbauend wird das Verständnis von Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Verhältnisse im Anschluss an Nicos Poulantzas diskutiert. Diese Herangehensweise ermöglicht die Analyse von einerseits bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen in einem Staat und andererseits von Möglichkeiten und Grenzen zur Überwindung dieser kapitalistischen Ordnung. Die theoretischen Auseinandersetzungen mit Poulantzas und seinen Ideen zur Etablierung von Transformationen innerhalb staatlicher Verhältnisse sind zentral und grundlegend, um später die Rolle von DIE LINKE bei der etwaigen Etablierung von Postwachstumsgesellschaften als Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung erörtern zu können. Nachdem diese perspektivische und theoretische Basis gelegt worden ist, wird das Untersuchungsdesign und die methodische Vorgehensweise ausführlich begründet und erklärt. Dabei wird deutlich, dass die Anwendung der theorie- und regelgeleiteten qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring sehr gut für die Beantwortung der Forschungsfragen geeignet ist. Im darauffolgenden Hauptteil findet im ersten Teil die Darstellung der Analyse und Auswertung der Bundestagswahlprogramme 2005 und 2021 von DIE LINKE in Bezug auf Wachstumsnarrative und -orientierung statt. Dabei wird überprüft, inwiefern die politischen Positionen mit den Ansätzen von Postwachstum vereinbar sind. Diese Analyse ermöglicht die Beantwortung der Forschungsfragen I und II. Im zweiten Teil des Hauptteils wird aufgearbeitet, inwiefern die Programme darauf schließen lassen können, dass im Anschluss an Poulantzas transformative gesellschaftliche Veränderungen angestrebt werden. Daran anschließend kann auch die dritte Forschungsfrage beantwortet werden. Im abschließenden Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst und Ausblicke auf weiterführende Forschung gemacht. Weiterhin wird die Forschungsarbeit im Gesamten kritisch reflektiert, um etwaige Limitationen aufzuzeigen.

2 Kontextualisierung und Problemstellung

In diesem einführenden Kapitel werden die grundlegenden Kontexte und Problemaufrisse für die Forschungsarbeit vorgenommen. Die Darstellung der Multiplen Krise zeigt zunächst die verschiedenen Krisensituationen, die auf diesem Planeten verstärkt in Erscheinung treten, auf. Anschließend erfolgt die Beleuchtung des für diese Arbeit so wesentlichen Phänomens des Wirtschaftswachstums. Der Problemaufriss schließt mit den Ideen und Ansätzen, die die

Wachstumsorientierung kapitalistisch organisierter Staaten überwinden wollen. Diese Postwachstumsdebatte wird in Kapitel 2.3 diskutiert.

2.1 Multiple Krise

Die weit verbreiteten kapitalistischen Gesellschaftsordnungen basieren massiv auf Naturverbrauch und lassen sich infolgedessen durch eine tiefe Krise des Verhältnisses von Mensch und Natur kennzeichnen. Im Folgenden wird die systemische und zusammenhängende Krisenhaftigkeit der derzeitigen Wirtschafts- und Lebensweise insbesondere kapitalistisch organisierter Regionen dargelegt und analysiert. Die Ursachen und Symptome der Krise sind in vielen verschiedenen Bereichen zu beobachten, weshalb von einer multiplen Krise gesprochen wird.

Eine existenzielle und massive Krise zeigt sich im fortschreitenden Klimawandel, der Mensch, Tier und Natur auf globaler Ebene auf verschiedene Art und Weisen bedroht. Es kann unterschieden werden zwischen der ökologischen Krise und der Klimakrise, die verschiedene Bereiche betreffen und andere Auswirkungen haben. Die ökologische Krise umfasst etwa den Rückgang von Artenvielfalt, Zerstörung natürlicher Lebensräume, monopolisierte Landnutzung, Intensivierung umweltschädlicher Landwirtschaft und Fischerei. Von Umsatzsteigerung getriebene menschliche Aktivitäten wie veränderte und zunehmende Landnutzungen zeigen immer mehr negative Auswirkungen für biologische Vielfalt und in weiterer Folge komplexe Ökosystemprozesse (MA 2005: 42ff.; IPBES 2019: 10ff.). Biologische Veränderungen wie Artensterben oder räumliche und zeitliche Verschiebungen von Arten sind historisch gesehen völlig normal, doch Tempo und Intensität dieser Veränderungen infolge menschlicher Eingriffe in Natur sind auf einem Rekordhoch und bedrohen verschiedene Pflanzen- und Tierarten sowie deren Lebensraum. Die stetige Abnahme von Biodiversität kann bei nicht stattfindender Gegensteuerung zu einem Kollaps der globalen Ökosysteme führen und damit auch die Spezies Mensch durch zum Beispiel verringerte Ernährungssicherheit und Probleme bei der Wasser- und Gesundheitsversorgung gefährden (ebd.; Mayr 2020: 26ff.; WBGU 2011: 41ff.).

In Zusammenhang mit der ökologischen Krise stehend, aber das dennoch getrennt davon zu analysierende Phänomen der Klimakrise bezieht sich vor allem auf den schnell voranschreitenden und menschengemachten Klimawandel. Der Klimawandel beschreibt die Veränderungen der klimatischen Verhältnisse auf dem Planeten Erde, die insbesondere mit einer Erdbodentemperaturerwärmung und einem Anstieg der Kohlendioxid (CO²)-Konzentration in der Atmosphäre einhergehen. Die globale Temperatur ist um etwa ein Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit gestiegen (IPCC 2018: 4f.). Die Konzentration von CO² in der Atmosphäre ist im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um etwa 44 % gestiegen (Umweltbundesamt.de 2022).

Erhöhte CO²-Konzentration verstärkt den sogenannten Treibhauseffekt, welcher wiederum für weitere Erderwärmung sorgt (Umweltbundesamt.de 2021a). Der Anstieg der CO²-Konzentration in der Atmosphäre und die Erderwärmung schreiten insbesondere in den letzten Jahrzehnten mit erhöhter Geschwindigkeit voran (IPCC 2018). Zentrale und unmittelbare Folgen dieser Phänomene sind Abschmelzen der Gletscher, Verringerung der arktischen Eisdicke und -fläche, Temperaturanstieg und Versauerung der Ozeane sowie das Ansteigen des Meeresspiegels. Weiterhin sind klimabedingte Zunahmen von Wetterextremen wie Stürme, Überflutungen, Dürre sowie Hitze- und Kälterekorde zu beobachten. Ebenso leiden Biodiversität und Ökosysteme unter dem Klimawandel, was die Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen ökologischen und klimatischen Prozessen verdeutlicht. Anstiege der Erdtemperatur erhöhen die Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten der aufgeführten klimabedingten Phänomene massiv (ebd.). Die Beschleunigung der Erderwärmung und der CO²-Konzentration in der Atmosphäre haben auch die genannten Auswirkungen insbesondere in den letzten Jahrzehnten verstärkt bzw. häufiger auftreten lassen (IPCC 2019: 6ff.). Sollte keine Trendwende beim Klimawandel eintreten, könnten sogenannte Klimakipppunkte schon bald für dramatische Szenarien auf dem Planeten Erde sorgen. Steigt etwa die globale Temperatur über einen gewissen Schwellenwert, könnte zum Beispiel das Meereis in der Westantarktis abschmelzen. Damit können Sonnenstrahlen in diesem Gebiet nicht mehr reflektiert werden, sondern absorbiert. Dies würde zu Dominoeffekten und einer Beschleunigung des Klimawandels mitsamt seinen negativen Folgen führen (Rahmstorf 2019; Spiegel.de 2021a).³ Diese Ereignisse drohen schon in naher Zukunft einzutreten, womit sich die multiple Krisensituation verschärfen würde. Dies zeigt die Dringlichkeit, mit der die Weltgemeinschaft gegen die ökologische Krise und die Klimakrise vorgehen muss, um nicht schon bald apokalyptischen Szenarien ausgesetzt zu sein. Die Auswirkungen der globalen klimatischen Veränderungen gestalten sich je nach Weltregion unterschiedlich. Insbesondere Länder, die in Subsahara-Afrika, Südostasien sowie Zentral- und Südamerika gelegen sind, erfahren schon jetzt negative Folgen des Klimawandels und werden den wissenschaftlichen Berechnungen zufolge auch in Zukunft stärker betroffen sein als die meisten Länder des Globalen Nordens. Die negativen Folgen wie Hitzewellen, Dürren und viele weitere betreffen verschiedenste Bereiche wie Gesundheit, Ernährungssicherheit, Landwirtschaft, Wasserversorgung und letztlich das Überleben der Menschen vor Ort (Mahlstein et. al 2011; IPCC 2018: 9f.). Doch auch im Globalen Norden treten schon vermehrt Wetterextreme wie Überschwemmungen auf. Die Ereignisse, die direkte oder indirekte Gefahren für Leib und Leben von

³ Es sind global mehrere solcher Kipppunkte bekannt, die gegenseitige wechselwirkende Folgen für gravierende klimatische Veränderungen haben können (Lenton et. al 2020)

Menschen darstellen und im Zusammenhang mit dem Klimawandel stehen, nehmen kontinuierlich zu (Bpb.de 2021). Insbesondere im Kontext von Internationaler Entwicklung ist die regional unterschiedliche Betroffenheit der Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels relevant. Menschen, die durch globale Ausbeutungs- und Externalisierungsstrukturen schon überproportional an Ungerechtigkeiten leiden, erfahren infolge des Klimawandels neue und lebensbedrohende Benachteiligungen.

Dass ein großer Anteil der dargestellten klimatischen Veränderungen aufgrund menschlichen Handelns bzw. Nicht-Handelns passiert, wurde durch vielfältige wissenschaftliche Forschungen bewiesen und wird auch entsprechend politisch kommuniziert (IPCC 2014: 45ff.; Europäische Kommission o. D.).⁴ Der enorme Einfluss des Menschen auf die Erde mündete im Begriff des Anthropozäns, der im erdgeschichtlichen Kontext „the central role of mankind in geology and ecology“ (Crutzen / Stoermer 2000) deutlich macht. Der Begriff impliziert einerseits die tatsächlichen Wirkungen der menschlichen Aktivitäten und zeigt andererseits, dass sich der Mensch seiner „Bedeutung als formende Kraft zunehmend bewusst wird“ (WBGU 2011: 33). Die globale Etablierung dieses Wortes macht klar, dass die Verantwortung für die historische und insbesondere zukünftige Ausgestaltung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und in weiterer Folge den ökologischen und klimatischen Zuständen bei den Menschen liegt. Die Erde erreicht durch die Aktivitäten der weiter wachsenden Bevölkerung nicht nur zunehmend seine ökologischen und planetarischen Grenzen, sondern ist weiterhin Schauplatz vielfältiger Krisensituationen.⁵

Es herrscht ein sehr hohes Ausmaß an globaler Ungleichheit, welche sich sowohl in unterschiedlichen ökonomischen Möglichkeiten der Individuen als auch in ungleichen Wettbewerbsschancen und Machtkonstellationen von Unternehmen und Staaten widerspiegelt.⁶ Während in einigen Regionen der Welt Menschen Hunger leiden müssen, häufen wenige Privilegierte immenses Vermögen an. Auch innerhalb Deutschlands ist ein Wachsen der sozialen Ungleichheit

⁴ Allerdings ist in den letzten Jahren ein zunehmender Trend dahingehend zu beobachten, dass von Teilen der Gesellschaft wissenschaftliche Erkenntnisse des Einflusses vom Menschen auf den Klimawandel nicht anerkannt werden. Diese Vorgehensweise entzieht weiterführenden Diskussionen um etwaige Maßnahmen zur Bekämpfung der klimabedingten Phänomene die Grundlage und ist somit schädlich für einen umfassenden gesellschaftlichen Konsens zur Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels (Bbc.com 2018 & Afd.de 2021).

⁵ Die Diskussionen um regulatorische Maßnahmen in Bezug auf Bevölkerungswachstum sind vielfältig. Ich lehne jegliche Beschränkungen von Bevölkerungswachstum ab. Vielmehr sind Informationen zu freiwilliger Familienplanung sowie Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln Voraussetzungen für individuelles, selbstbestimmtes Handeln. Auf der Makroebene sind Maßnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass nachhaltiges Leben für alle inklusive zukünftiger Generationen möglich wird.

⁶ Welches Ausmaß von Ungleichheit als richtig und notwendig angesehen wird, ist letztlich eine politische Frage und Bestandteil von Diskussionen in Politik, Gesellschaft und Wissenschaft. Angesichts der dramatischen Folgen derzeitiger Ungleichheit sind allerdings Maßnahmen zu befürworten, die soziale Ungleichheit verringern.

und der Kluft zwischen Arm und Reich zu verzeichnen (Kohlrausch et. al 2020; Spannagel et. al 2016). Die gesellschaftlichen Folgen großer sozialer Ungleichheit sind sehr häufig negativ und in vielen verschiedenen Bereichen zu finden. So ist in Ländern mit vergleichsweise hoher sozialer Ungleichheit nicht nur die Lebenserwartung geringer, sondern auch eine gesteigerte Anzahl gesundheitlicher Schäden und psychischer Erkrankungen festzustellen. Auch die Wahrscheinlichkeit für eine höhere Zahl von Gewalttaten steigt mit erhöhtem Maß an sozialer Ungleichheit (Baberg 2016: 110ff.). Weiterhin ist zu beobachten, dass weltweit privates Kapital ansteigt und zeitgleich öffentliches Kapital zurückgeht. Somit verschieben sich Investitionsmöglichkeiten in den privaten Bereich, während der staatliche Gestaltungsspielraum sinkt. Diese Entwicklungen lassen sich nicht nur, aber zu einem großen Teil auf die neoliberalen Politiken globaler Finanzinstitutionen sowie mächtigen politischen Akteuren zurückführen (Alvarado et. al: 7ff.). Ein damit zusammenhängender und sich in den jüngeren Jahrzehnten deutlich verschärfender Trend ist in der Finanzialisierung zu sehen. Finanzialisierungsprozesse sind solche, „bei de[nen] zunehmende Anteile der Unternehmensgewinne und Haushaltseinkünfte aus finanziellen Aktivitäten erzielt werden, im Vergleich zu jenen Anteilen, die sich direkt aus der Produktion bzw. Lohnarbeit ergeben“ (Nölke 2009: 125). Damit fand und findet auch gesamtökonomisch ein enorm starkes Wachstum des Finanzsektors statt. Deregulierende Maßnahmen und Liberalisierungspolitiken haben zu einem quantitativen und qualitativen Ausbau der Finanzmärkte und zu einer Globalisierung des Kapitals mit weitreichenden, destabilisierenden und risikobehafteten Folgen geführt. Diese Folgen bestehen auf der Mikroebene etwa in relativen Lohnverlusten, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen sowie der Ausweitung von Konsumentenkrediten, deren Bedienungen abhängig ist von sicheren Beschäftigungsverhältnissen mit eben nicht sinkenden Löhnen. Für Unternehmen bedeutet die Fokussierung auf Finanzgeschäfte eine Abkehr von Gewinn- und Verlustrechnungen abhängig von realen Produktionsmechanismen hin zu risikobehafteten Geschäften im Finanzmarktkapitalismus. Auf staatlicher und internationaler Ebene ergeben sich durch den massiv steigenden Anteil fiktiven Kapitals und marktkapitalistischer Logiken höhere Wahrscheinlichkeiten für schwerwiegende ökonomische Krisen wie etwa die Schuldenkrisen in Lateinamerika in den 1980er Jahren sowie die Wirtschafts- und Finanzkrisen ab 2007 gezeigt haben und zeigen (Demirović 2013: 194ff.; Bader et al. 2011: 14ff.; Sablowski 2009: 122ff.).

Ein weiterer Aspekt der multiplen Krise besteht in der wiederum mannigfaltigen Krise der politischen Institutionen und politischer Systeme. Die in den letzten Jahrzehnten zu beobachtende großflächige Marktorientierung staatlicher Akteure und Verantwortungsübertragungen auf supranationale Organisationen und informelle Kreise haben zu Veränderungen im Verhältnis von

Staat und BürgerInnen geführt (Demirović 2013: 196ff.). Alex Demirović spricht in diesem Zusammenhang von einer „umfassende[n] neoliberale[n] Zerstörung sozialer Rechte der Mehrheit der Menschen“ (ebd.: 197), die zu einer Krise von Politik und Demokratie geführt hat. Dabei können verschiedene Perspektiven und Dimensionen der Krisen von politischer Legitimität und Repräsentation ausgemacht werden: Sinkendes Vertrauen und abnehmende Zustimmung zu Demokratie, Parteien, PolitikerInnen sowie politischen Institutionen. Diese im Zusammenhang mit Politikverdrossenheit stehenden Phänomene führen etwa zu sinkender Wahlbeteiligung sowie das Erstarken populistischer und autoritärer Strömungen in vielen Teilen der Welt (Brand 2009: 9f.; Bader et al. 2011: 21ff.; Hamann 2016). Die US-Präsidentschaft Donald Trumps mit dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen und dem Sturm auf das Kapitol in Washington oder die Regierungsbeteiligung der Fidesz-Partei mit dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Ungarn zeigen die Gefahren, die von populistischen PolitikerInnen und Parteien ausgehen können. Auch die steigende Anzahl an politischen motivierten Straftaten in Deutschland spricht für eine Krisensituation im Bereich politischer Institutionen und Systeme (Taz.de 2021a).

Ungleiche Geschlechterverhältnisse und die strukturelle Benachteiligung nicht-männlicher Geschlechter sind ebenso Bestandteil der multiplen Krisensituation und werden global in Alltagspraxen, Arbeitsorganisation und Lebensweisen reproduziert. Sauer (2010: 41) spricht in diesem Zusammenhang von einer „dem Kapitalismus inhärente[n] ungleiche[n] Verteilung von Arbeit, Ressourcen und Macht zwischen den Geschlechtern“. Exemplarisch für geschlechterspezifische Benachteiligung kann etwa die materielle Nicht-Berücksichtigung von Reproduktionsarbeit, die in kapitalistischen Zentren überwiegend von Frauen ausgeführt wurde und wird, genannt werden (Notz 2010).⁷ Ich hebe diesen Aspekt hervor, da er unter den vielfältigen ungleichen Geschlechterverhältnissen aufgrund der direkten Zusammenhänge zur kapitalistischen Ökonomieorganisation äußerst hohe Relevanz für die Analyse der multiplen Krisensituation besitzt. Obwohl diese Reproduktionsarbeiten von nahezu existenzieller Wichtigkeit für das Fortbestehen und Funktionieren des Kapitalismus sind, werden diese Tätigkeiten meist nicht finanziell entlohnt. Diese Ausgrenzung aus den ökonomischen Logiken durch Nicht-Bezahlung bei gleichzeitiger Aneignung der Leistungen und deren Ergebnisse ist geschlechtshierarchisch

⁷ Dass der Frauenanteil bei unbezahlten Tätigkeiten und Reproduktionsarbeiten deutlicher höher ist als der Männeranteil, ist Ergebnis von politischen Gesetzen sowie wirtschaftlichen Organisations- und Beschäftigungsstrukturen. Entsprechende Geschlechterordnungen und -verhältnisse ergeben sich durch Kämpfe um Macht, Herrschaft sowie gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe (Sauer 2010: 40f. & Lutz / Schmidbaur 2020).

und beinhaltet negative soziale und ökonomische Folgen für die die Arbeiten ausführenden Personen (Biesecker 2009: 35f.).

Als Reaktion aus diesen vielfältigen Krisen ergeben sich hohe und insbesondere in den letzten Jahren massiv steigende Flüchtlingszahlen und Migrationsbewegungen (UNHCR 2020).⁸ Der Fakt, dass Menschen aus ihren Heimatregionen fliehen müssen, spricht für problematische globale Verhältnisse. Der Klimawandel könnte zusätzlich Regionen unbewohnbar machen und für enorme Fluchtbewegungen sorgen (Welthungerhilfe 2022b). Die Häufung der beschriebenen Entwicklungen deutet weiterhin darauf hin, dass es sich um sich gegenseitig beeinflussende Phänomene handelt. Beispielsweise erhöht ein größeres Ausmaß an globaler Ungleichheit und Chancendivergenz die Wahrscheinlichkeit für Migrationsbewegungen, etc. Der Zusammenhang dieser Krisenelemente führt zu einer Analyse des Vorhandenseins einer systemischen Krise (Brand 2009; Schwab 2020).⁹ Der Charakter der systemischen Krise zeichnet sich dadurch aus, dass Handlungen und Entscheidungen von politisch, gesellschaftlich und ökonomisch relevanten Institutionen und VerantwortungsträgerInnen zu den heutigen Zuständen geführt haben und nicht individuelle Verfehlungen. In der Literatur wird dabei vom vorherrschenden neoliberalen Paradigma und der fossilistisch-kapitalistischen Organisation als Hauptursache und innerem Zusammenhang der multiplen Krise gesprochen (Brand 2014; Bader et al. 2011). Insbesondere massive neoliberale Interventionen in den 1980er Jahren, aber auch Eingriffe in Währungsstrukturen im gesamten 20. Jahrhundert sind in dieser Analyse zu berücksichtigen – neben den zunehmenden kapitalistischen Tendenzen der letzten Jahrzehnte, Diese Prozesse würden somit „immer stärkere und immer unkontrollierbarere Krisen“ (Brand 2014: 9) hervorrufen.

Die Krisensituationen werden je nach Macht- und Interessenslage unterschiedlich bewertet und etwaige Vorschläge zu Verbesserungen bzw. Veränderungen sind dementsprechend vielfältig. Nicht nur in der wissenschaftlichen Diskussion hat in den letzten Jahren der Begriff der sozial-ökologischen Transformation und damit zusammenhängende Forderungen und Vorschläge zur Behebung der multiplen Krise an Popularität gewonnen (Brand 2016; Pettifor 2020: 35).

⁸ Die mangelhaften Zustände in Flüchtlingslagern und ausbleibende Hilfen für Geflüchtete erweitern die multiple Krise um zusätzliche Aspekte.

⁹ Die Frage, inwiefern die Krisensituationen kausal zusammenhängen, ist allerdings nicht unumstritten (Klauke 2019: 255f.).

2.2 Wirtschaftswachstum

In diesem Kapitel wird Wirtschaftswachstum erklärt, dessen historische Entwicklung zum paradigmatischen Ziel großer Teile der Welt nachgezeichnet sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche, soziale und psychologische Bedeutung erarbeitet.

2.2.1 Was ist Wirtschaftswachstum?

Das für Politik und Medien bislang relevante quantitative Wachstum bezieht sich auf die gesamtwirtschaftliche Größe. Dieses Wirtschaftswachstum bezeichnet die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP), welches „ein Maß für die in einem bestimmten Wirtschaftsraum (z.B. Deutschland) in einem definierten Zeitraum (z.B. einem Kalenderjahr) statistisch erfassten Leistungen einer Volkswirtschaft“ (Rogall 2013: 215) darstellt. Es wird der monetäre Wert aller im genannten Zeitraum statistisch erfassten erzeugten Güter sowie Dienstleistungen angegeben. Das BIP ist zudem ein Indikator der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Für die internationale Vergleichbarkeit des BIP wird oftmals das BIP pro Kopf herangezogen, welches die Kaufkraftparitäten der jeweiligen Länder verwendet, um unterschiedliche Preisniveaus auszublenden (ebd.).¹⁰ Nicht zu verwechseln ist das BIP mit dem Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. Bruttonationaleinkommen (BNE), wie es heute genannt wird. Beim BSP bzw. BNE wird ausschließlich die Wertschöpfung von Inländern, also von Personen mit ständigem Wohnsitz im entsprechenden Land, berücksichtigt. Das BIP, welches die heute politisch entscheidende Zahl darstellt, bezieht hingegen alle Daten von Gütern und Dienstleistungen mit ein, die innerhalb der Staatsgrenzen produziert werden. Während das BSP bzw. BNE nach dem Inländerprinzip funktioniert, wird beim BIP das Inlandsprinzip angewandt (ebd.; Lepenies 2016: 2f.).

2.2.2 Historie und Entstehung BIP

Die Beleuchtung der Entstehungsgeschichte des BIP ermöglicht Aussagen über Gründe, Bedingungen und Logiken, die mit der heutigen paradigmatischen Stellung von Wirtschaftswachstum zusammenhängen. Nur unter Berücksichtigung der historischen Entwicklungen können Analysen der Gegenwart und mögliche Zukunftsvorstellungen adäquat durchgeführt werden. Im 17. Jahrhundert unternahm der britische Ökonom William Petty die ersten Versuche einer Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Mit der sogenannten Politischen Arithmetik, die aus Schätzungen, Beobachtungen und empirischer Datenerhebung bestand, versuchte Petty ein Bild der ökonomischen und sozialen Situation verschiedener Länder Großbritanniens zu zeichnen. Zweck dieser Bemühungen waren vor allem die Erkennung von Potenzialen, Steuereinnahmen zu erhöhen sowie ökonomische, soziale und militärische Überlegenheit darzustellen. Die ersten

¹⁰ „Kaufkraftparitäten (KKP) geben an, wie viele Währungseinheiten eine bestimmte Menge von Waren und Dienstleistungen in unterschiedlichen Staaten kostet.“ (Statistisches Bundesamt 2021)

Versuche, Staatseinkommen zu messen, können also als politisch motiviert bezeichnet werden. Insbesondere der Ausbau von relationaler Macht im Vergleich zu anderen Nationen stand im Vordergrund der Politischen Arithmetik. Es muss allerdings dazu gesagt werden, dass die Erarbeitungen Pettys eher in Regierungskreisen besprochen und meist geheim gehalten wurden (ebd.: 9ff.). Die industrielle Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts und die damit zusammenhängende Umstellung der Produktionsprozesse führte zu grundlegenden gesamtwirtschaftlichen Veränderungen. Waren zuvor Boden und Arbeit die zentralen Produktionsfaktoren, ersetzte zunehmend das Kapital den Boden. Auch die Entstehung von Finanzsystemen und die Möglichkeiten von Geldschöpfung führten zur deutlichen Vermehrung von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und damit Wachstum (Binswanger 2019: 17ff.). Ein weiterer hochrelevanter Akteur für die Entstehung des BIP und die heutige Bedeutung von Wirtschaftswachstum war der britisch-australische Ökonom Colin Clark. Für seine Berechnungen des Nationaleinkommens in den 1930er Jahren verwendete er erstmals die drei heute gängigen Methoden zur Berechnung des BIP: Produktionsrechnung, Einkommensrechnung und Ausgabenrechnung. Aufgrund der damals noch ausbaufähigen Datenlage unterschieden sich die drei Ergebnisse geringfügig. Nichtsdestotrotz zeigten die ähnlichen Ergebnisse, dass diese Methodiken den tatsächlichen ökonomischen Zustand einer Nation anzeigen können (Lepenies 2016: 31ff.). Innovativ und grundlegend für das heutige Verständnis von Wirtschaftswachstum waren neue Implikationen und Vorstellungen von ökonomischem Wachstum und Fortschritt. War zuvor die Anhäufung von Kapital wesentliche Vorstellung von Fortschritt, brachte Clark die Veränderung des Pro-Kopf-Einkommens als Indikator für Wirtschaftswachstum und ökonomischen Fortschritt ein. Dies kann sich trotz Kapitalabflüssen durch Produktivitätssteigerungen erhöhen (ebd.). Somit war die Idee von der Veränderungsrate dieser ökonomischen Kennzahl als Wirtschaftswachstum geboren. Daraus resultierte die Möglichkeit der internationalen Vergleichbarkeit ökonomischer Zustände. Clark zeigte anhand seiner Berechnungen des Nationaleinkommens die damals schon große ökonomische, globale Ungleichheit auf: Die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland stellten 13 Prozent der Weltbevölkerung dar, konnten allerdings knapp die Hälfte des weltweiten Einkommens verzeichnen (ebd.: 44). Allerdings fanden Clarks Ideen und Berechnungen zunächst wenig Anklang sowohl im akademischen Bereich als auch in der politischen Landschaft Großbritanniens (ebd.: 45). Die USA erkannten Anfang der 1930er Jahre hingegen den großen Nutzen, den Übersichten über wirtschaftliche Aktivitäten eines Landes bringen können. So führte Simon Kuznets im Auftrag der amerikanischen Regierung zur Zeit der Great Depression in den USA eine Volkseinkommensberechnung durch und wies aber gleichzeitig darauf hin, dass etwa unbezahlte Tätigkeiten unberücksichtigt blieben

oder Einkommensverteilung darin nicht abgebildet werden kann. Nichtsdestotrotz erlangten seine Berechnungen zunehmend politische Einflussnahme, die Steigerung des Volkseinkommens wurde in den USA in den 1930er Jahren politische Zielsetzung (ebd.: 57ff.). Die Briten John Maynard Keynes, James Meade, Richard Stone sowie der US-Amerikaner Milton Gilbert waren parallel ebenso damit beschäftigt, Verfeinerungen der Berechnungen und Methodiken durchzuführen und inkludierten die Staatsausgaben zum Volkseinkommen und so entstand das Bruttosozialprodukt. Es wurden unterschiedliche Berechnungsmethoden verwendet und es herrschte internationale Uneinigkeit über Nutzen, Vorgehen und Harmonisierung der Berechnungen. Nichtsdestotrotz wurden sowohl während als auch nach dem Zweiten Weltkrieg diese Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aufgrund zweier Vorteile immer wichtiger: „Whereas during the war years one could see from the gross national product statistics how armaments production increased, during peacetime the growth in the production of consumer and capital goods showed that was possible to create more jobs.“ (ebd.: 124f.).¹¹ Rasch wurde ökonomisches Wachstum gemessen an der Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts zu dem Ziel amerikanischer Politik. Die Kriegsgewinnerstaaten und die noch jungen internationalen Organisationen wie OECD und UN etablierten unter Einbeziehung kleiner ExpertInnen-Gremien die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dies mündete 1953 in der Veröffentlichung des Systems of National Accounts durch die UN (Schmelzer 2016a: 92ff.). Wirtschaftswachstum wurde zum globalen politischen Ziel, sowohl in den kapitalistisch organisierten Staaten als auch in jenen der Sowjetunion. In der Sowjetunion gab es mit dem Nettomaterialprodukt allerdings einen anderen Indikator, der zwar materielle Güter mitzählte, aber Dienstleistungen nicht (Fioramonti 2013: 34ff.). Wachstum wurde omnipräsent und zum „Allheilmittel“ (Welzer 2011: 11) für die Lösung bestehender Probleme. Die UN rief 1961 die erste Entwicklungsdekade aus, die für sogenannte Entwicklungsländer eine Steigerung des BSP von 5 Prozent des BSP als Zielsetzung vorsah (Rauschnig et al 1997: 240f.).

Noll (2000) bringt die gesellschaftliche Bedeutung des BSP in den ersten Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg mit folgender Aussage auf den Punkt: *„Das Bruttosozialprodukt mit seinen Wachstumsraten war dementsprechend der mit Abstand wichtigste und am häufigsten verwendete Maßstab für die Zielerreichung und damit zugleich auch für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und des jeweiligen Wirtschaftssystems.“* (ebd.: 5).

¹¹ Der Zweite Weltkrieg wird aufgrund der enormen Wichtigkeit der relationalen (Kriegs-)Produktion auch als „gross domestic product war“ bezeichnet (Schmelzer 2016a: 83).

Die paradigmatische Stellung von Wirtschaftswachstum blieb aufrecht. Im Jahre 1967 wurde in Deutschland die Ausrichtung der wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen nach „stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum“ (StabG 1967: § 1) sogar gesetzlich verankert. Bis Anfang der 1990er Jahre war die Veränderungsrate des BSP die Maßeinheit des Westens, um wirtschaftliches Wachstum zu messen. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 wurde dann das BIP die globale Maßeinheit für Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Durch das Inlandsprinzip des BIP werden Gewinne dem Land zugerechnet, in dem Güter oder Produkte hergestellt werden, obwohl die tatsächlichen Gewinne auf den Konten oftmals ausländischer Konzerne landen. Daraus entstehen massive Verzerrungen der ökonomischen Beschaffenheiten zwischen ressourcengebenden Ländern des Globalen Südens und denen des Globalen Nordens (Fioramonti 2013: 34ff.). Selbst nach der Finanz- und Wirtschaftskrise stellte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unmissverständlich klar, dass Wirtschaftswachstum höchste Priorität habe:

„Ohne Wachstum keine Investitionen, ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen. Und umgekehrt: Mit Wachstum Investitionen, Arbeitsplätze, Gelder für die Bildung, Hilfe für die Schwachen und – am wichtigsten – Vertrauen bei den Menschen. Das ist meine Überzeugung, eine Überzeugung, die auf meiner Grundauffassung von Politik gründet.“ (Merkel 2009: 6).

Die Steigerung der Veränderungsrate des BIP kann folglich auch heute noch als beherrschendes Paradigma bezeichnet werden. Es zeigt sich, dass die institutionelle Messung wirtschaftlicher Aktivitäten noch recht jung ist und insbesondere als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre vorangetrieben wurde. Aus globaler und kritischer Perspektive ist insbesondere die Übertragung wirtschaftlicher Wachstumslogik auf Länder des Globalen Südens zu betrachten. Die Zielsetzung der UN-Entwicklungsdekade in den 1960er Jahren beinhaltetete wie oben erwähnt die Steigerung des BSP. Somit wurde Wirtschaftswachstum von machtpolitisch wesentlichen Akteuren der Welt mit Fortschritt und Entwicklung gleichgesetzt, was sich beispielsweise auch in der Etablierung von Modernisierungstheorien widerspiegelt (Rostow 1990: 4ff.). Die vergleichsweise kurze historische Entwicklung von Wirtschaftswachstum als vorherrschendem Paradigma zeigt, dass Möglichkeiten der Anpassung, Veränderung und Überwindung von Wachstumszwängen bestehen. Nach der Beschreibung eben jener Wachstumszwänge wird auf die Debatten der Postwachstumsbewegungen eingegangen, deren Existenz die Möglichkeiten der Veränderbarkeit von kapitalistischen Strukturen aufzeigt.

2.2.3 Wachstumszwang und seine Auswirkungen

Quantitatives Wirtschaftswachstum als politisches Ziel hat sich also in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg etabliert und ist die entscheidende Kennziffer für die wirtschaftliche Performanz von Staaten. Wachstum ist weiterhin zentraler Funktionsmechanismus für unser derzeitiges Finanz- und Wirtschaftssystem. Es handelt sich um Geldwirtschaften, in denen das wichtigste Ziel für Unternehmen Gewinn sei. Durch Kreditvergabe von Banken wird neues Geld geschaffen, sodass neue Investitionsmöglichkeiten für Staat, Unternehmen und Privatpersonen entstehen. Geldmenge, Produktionskapazität und letztlich das BIP steigen und Wachstum entsteht. Allerdings fußt diese Logik von Kreditaufnahmen, der damit zusammenhängenden Geldschöpfung, Investition und Gewinnerzielung auf der Notwendigkeit von ständigem Wirtschaftswachstum. Ohne Wirtschaftswachstum wäre diese kapitalistische Wirtschaft nicht funktionsfähig und würde zu schwerwiegenden sozialen und ökonomischen Folgen führen. Insbesondere aus der für diese Masterarbeit entscheidenden politischen bzw. makroökonomischen Perspektive würde dies zu Problemen führen. Betroffen wären etwa Rentensysteme oder soziale Sicherungsstrukturen. Deshalb müssen Umfang von Investition, Produktion und Konsum ständig wachsen, um nicht in eine Rezession zu geraten und damit Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Wohlstand zu sichern. Kapitalistische Wirtschaftssysteme unterliegen somit einem Wachstumszwang (Binswanger 2019: 21ff.; Richters / Siemoneit 2019). Es zeigt sich, dass der kapitalistische Wachstumszwang nicht nur für Finanz- und Wirtschaftssysteme relevant ist, sondern Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche hat. Wachstumszwänge und damit die gesellschaftliche und politische Bedeutung von Wirtschaftswachstum prägen weiterhin wesentlich das Verhältnis von Mensch und Natur und sind damit mitverantwortlich für die anfangs dargestellte multiple Krisensituation. Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse verweist auf die Zusammenhänge von menschlichem Tun und Natur. Damit werden alle vom Menschen gemachten Strukturen und Mechanismen und deren Aus- und Wechselwirkungen auf sich ständig verändernde Naturbegebenheiten thematisiert. Gesellschaft als das Zusammenleben von Menschen ist damit niemals von Natur trennbar. Vielmehr stehen Mensch und Natur immer in historisch verschiedenartigen Beziehungen zueinander (Köhler / Wissen 2010: 218f.). Die kognitive Aufhebung der Dichotomie von Natur und Gesellschaft zeigt sich etwa in der kapitalistischen und menschengemachten Inwertsetzung von Natur und ist dabei zentraler analytischer Fix- und Kritikpunkt (Brad / Brand 2016: 5ff.). Die Aufhebung der Dichotomie meint allerdings nicht, dass Gesellschaft und Natur eins sind, sondern dass diese beiden verschiedenen Pole miteinander vermittelt werden und als abhängiges Verhältnis betrachtet werden. Des Weiteren gebe es innerhalb von Gesellschaft und die Natur viele verschiedene Facetten, sodass

„Vermittlung prozesshaft auf ganz verschiedenen Ebenen und in sehr unterschiedlichen Bereichen stattfindet“ (Brand / Wissen 2011: 15). Relevant für diese Forschungsarbeit ist die Erkenntnis, dass kapitalistische Wachstumszwänge diese Vermittlung prägen. Die Interaktion von Mensch und Natur wird beim Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auf materiell-stofflicher sowie kulturell-symbolischer Ebene beleuchtet und diskutiert (Köhler / Wissen 2010: 220f.; Becker et al. 2011: 78). Die materiell-stoffliche Dimension bezieht sich auf die konkrete Aneignung und kapitalistische Verwertung von Natur. Welche Natur und welche Form von Ressourcen verwertet werden oder nicht, ist wie erwähnt historisch und sozial veränderbar und hängt von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Konstellationen ab. Dieser kulturell-symbolische Aspekt ist zentral für das Verständnis einer sozialen Produktion von Natur. Er verdeutlicht, dass die von Menschen gemachten Strukturen und Mechanismen Aus- und Wechselwirkungen auf sich ständig verändernde Naturgegebenheiten haben (Brand / Brand 2016: 7f.; Köhler / Wissen 2010: 220f.). Soziale Produktion von Natur bedeutet, dass Macht- und Herrschaftsverhältnisse und jeweilige soziale Konstruktionen berücksichtigt werden müssen, um adäquate Aussagen über Zustand und Ausmaß gesellschaftlicher Naturverhältnisse treffen zu können. Macht- und Herrschaftsverhältnisse existieren auf allen Ebenen und sind wesentlich für den Zustand gesellschaftlicher Naturverhältnisse (ebd.: 223f.; Robbins 2012: 13). Abhängig von Machtstrukturen passieren mehr, weniger und unterschiedliche Eingriffe in Natur, profitieren andere Akteure von spezifischen Produktionsweisen und gestalten sich die Auswirkungen auf Umweltgegebenheiten verschieden. Machtvolle Länder und Unternehmen und Personen des Globalen Nordens haben dabei größeren Einfluss auf Naturnutzung, Ressourcenzugriff und wirtschaftliche Entwicklung als jene des Globalen Südens (Ammering et al. 2008: 95f.). Insofern sind Diskussionen über Naturverhältnisse- und begriffe regionalspezifisch und unter Berücksichtigung entsprechender historisch veränderten Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu führen. Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist folglich passend, um die Konstitution von Verhältnissen zwischen Gesellschaft und Natur im Rahmen politischer Steuerungsmöglichkeiten und Bezugnahme auf entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu erfassen. Im empirischen Teil wird deshalb auch auf diesen Begriff Bezug genommen, um daraus Aussagen über etwaige Wachstumsnarrative treffen zu können. Die Arbeit setzt sich mit einer deutschen Partei auseinander, die mit ihren Wahlprogrammen gesellschaftliche Naturverhältnisse prägt und widerspiegelt und somit politische Konfliktlinien rund um kapitalistische Wachstumszwänge aufzeigt.

2.2.4 Finanz- und Wirtschaftskrise 2008

Das 21. Jahrhundert begann mit einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Der in Kapitel 2.2 beschriebene Trend der Finanzialisierung führte zu einer Abkoppelung von realwirtschaftlichen Vorgängen und solchen, die auf dem Finanzmarkt abgewickelt wurden. Als konkrete Ursache und Beginn der Finanzkrise von 2008 gilt die Immobilienblase in den USA, die zunächst durch stark steigende Immobilienpreise entstand. Gleichzeitig wurden immer mehr Kredite an Personen vergeben, die diese nicht mehr bedienen konnten. Diese risikobehafteten Kredite wurden von den Banken in neuen und komplexen Finanzprodukten am weltweiten Investmentmarkt angeboten. Die Anzahl solcher Kredite mit geringer Bonität und anderer Finanzprodukte stieg und gleichzeitig die weltweiten Verflechtungen. Im September 2008 erreichte diese Krise ihren Höhepunkt als große und systemrelevante Banken Insolvenz anmelden mussten. Andere wurden durch sehr hohe staatliche Rettungspakete am Leben gehalten. Diese Vorgänge hatten im weiteren Verlauf Auswirkungen auf die Realwirtschaft und sorgte zumindest im Globalen Norden für Rückgänge beim Produktionsvolumen sowie dem Wirtschaftswachstum. Auch höhere Arbeitslosenquoten waren zu verzeichnen (Lpb-bw.de o.D.). Für diese Forschungsarbeit ergeben sich durch die Ereignisse rund um diese Wirtschafts- und Finanzkrise einige Implikationen. Im Kontext der im vorhergehenden Kapitel beschriebenen Wachstumszwänge haben sich dabei die systemischen Notwendigkeiten nach mehr Krediten, neuen Investitionen und Wachstum gezeigt. Neoliberalisierung und Privatisierung führten insbesondere seit den 1970er Jahren zur Abkoppelung der Finanzmärkte zur realen Ökonomie. Der Finanzsektor habe „eine ungewöhnliche Dominanz über den Rest der Wirtschaft erworben“ (Nölke 2009: 125). Die Krise offenbarte die inzwischen systemrelevante und machtvolle Stellung der stark gewachsenen Finanzmärkte. Der Finanzsektor erlangte eine solch erhebliche Wirkmächtigkeit, dass dadurch die Eigenständigkeit und demokratische Handlungsfähigkeit von Nationalstaaten eingeschränkt war bzw. ist. Die Rolle der Staaten beschränkt sich auf reaktive Elemente. Es zeigt sich, dass der Staat „im Interesse der Verwertung von Kapital, der Renditen von Finanztiteln [und] der Stabilität von Finanzinstituten“ (Altvater 2009: 202) agiere. Weiterhin macht diese Krise das Streben privater, unternehmerischer und staatlicher Akteure nach Wachstum deutlich. Sie zeigt die tiefe Einschreibung kapitalistischer Wachstumszwänge in nahezu alle gesellschaftlichen und staatlichen Bereiche. Die Finanzkrise kann folglich als ein Symptom der weltweiten Umsetzung von sich verselbständigenden Wachstumslogiken betrachtet werden. Elmar Altvater bezeichnet die Finanzkrise treffend als „Systemkrise des Kapitalismus“ (ebd.: 197). Diese Analyse impliziert die Offenlegung der Probleme von weit um sich greifenden Akkumulations- und Wachstumsmechanismen. Das Akzeptieren der Finanzkrise als Systemkrise

des Kapitalismus könnte das Suchen nach und Möglichmachen von Alternativen zum Kapitalismus antreiben. Auf parteipolitischer Ebene ist daraus folgend von Interesse, inwiefern Parteien vor und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise die Frage nach der Rolle von Wirtschaftswachstum behandeln.

Zwei Aspekte sind bei der Betrachtung der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 für diese Forschungsarbeit wesentlich. Einerseits wurde offenbar, dass Banken und der gesamte Finanzsektor in den letzten Jahrzehnten Globalisierung und Kapitalismus vorangetrieben haben. Unter anderem durch politische Entscheidungen erlangte dieser Sektor derartige Wirkmächtigkeit, dass er von systemrelevanter Bedeutung geworden ist. Der nur unter Wachstumszwängen funktionierende Finanzsektor prägte und prägt die Welt. Der damit zusammenhängende zweite wesentliche Aspekt ist die Frage nach den gesellschaftlichen Naturverhältnissen. Ein System, das grundlegend abhängig von reinen Finanz- und Geldlogiken ist, muss zwangsläufig die Beziehungen zwischen Mensch und Natur unterordnen. Die Organisation einer Gesellschaft, die vor allem an den Steigerungsmechanismen der Finanzmärkte ausgerichtet ist, kann nicht gleichzeitig die Interessen begrenzt vorhandener Natur berücksichtigen. Die Funktionslogiken der wachstumsorientierten Märkte sind unvereinbar mit den komplexen ökologischen Zusammenhängen.

2.3 Postwachstum

Die multiple Krisensituation wird offensichtlich nicht durch den kapitalistischen Wachstumszwang gelöst, sondern vielmehr noch verschärft. Die dringende Notwendigkeit der Bearbeitungen dieser planetenbedrohenden Zustände erfordert deshalb die Zuwendung zu anderen und progressiveren Formen der Gestaltung von Gesellschaft. In diesem Sinne erfolgt in diesem Kapitel eine Auseinandersetzung mit den verschiedenen Postwachstumsansätzen. Postwachstum oder Degrowth sind dabei die zentralen Rahmenbegriffe, die auf Diskussionen um Notwendigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen von Leben und Wirtschaften außerhalb der zerstörerischen Wachstumslogiken hinweisen. Diese Diskussionen finden im akademischen Raum interdisziplinär statt und werden zusätzlich durch aktivistische und partizipatorische Elemente aus sozialen Bewegungen genährt (Schmelzer / Vetter 2019: 12f.). Während die Begriffe Postwachstum und Degrowth insbesondere seit der Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2007 deutlich an Wichtigkeit gewinnen, wurde in Frankreich die Idee einer „radikalen Kritik am Wachstumsparadigma“ (Wetzel 2016: 199) schon in den 1970er Jahren unter dem Namen „Décroissance“ laut. Die Bewegung hat sich auf Grundlage verschiedener Texte des rumänischen Autors Nicholas Georgescu-Roegen aus dem Jahre 1979, die dann ins Französische übersetzt wurden,

entwickelt. Einer der prominenten Denker von *Décroissance* fordert daran anschließend etwa eine Beendigung des „Kult[s] und der Religion des Wachstums“ (Latouche 2010: 201). Insgesamt zeichnet sich die Postwachstumsbewegung durch verschiedene regionale, vor allem europäische, Einflüsse aus. Dementsprechend sind die regionalen Bezugspunkte der verschiedenen Postwachstumsansätze hauptsächlich die Länder des globalen Nordens, die in den letzten Jahrzehnten massiv über ihren Verhältnissen und auf Kosten der Länder des globalen Südens gewirtschaftet und gelebt haben (Schmelzer 2017). Die verschiedenen Strömungen und Ideen von Postwachstumsgesellschaften beziehen sich auf unterschiedliche Kritikpunkte. Um der breiten Vielfalt innerhalb von Postwachstum und Degrowth gerecht zu werden, werden diese Kritiken im Folgenden beschrieben. Im Anschluss an die Darstellung der verschiedenen Kritiken an den Wachstumsabhängigkeiten und deren Auswirkungen erfolgt die Beleuchtung von Möglichkeiten und Vorschlägen zur Etablierung von Postwachstumsgesellschaften. Zentral ist dabei die Überwindung der derzeitigen globalen Wachstumsorientierung. Um der Komplexität dieser gerecht zu werden, erfolgt die Analyse der Möglichkeiten und Vorschläge anhand verschiedener Strömungen innerhalb der Postwachstumsansätze. Anschließend werden verschiedene politische Umsetzungsvorschläge aufgezeigt, anhand derer mögliche Überschneidungen zu Parteiprogrammen gut festgemacht werden können. Diese theoretische Fundierung der verschiedenen Postwachstumsinhalte ist grundlegend für die Auswertung und Analyse der beiden Wahlprogramme.

2.3.1 Wachstumskritiken

Die ähnlich klingenden Begriffe wie Postwachstum, Degrowth oder *Décroissance* deuten auf Kritik an den auf Wachstum basierenden Mechanismen der kapitalistisch organisierten Gesellschaften hin. Sie können und werden im Folgenden als Oberbegriff für die verschiedenen Dimensionen und Strömungen von Wachstumskritik benutzt. Nach Schmelzer / Vetter (2019: 18) können „sieben Stränge der Gesellschafts- und Wachstumskritik“ definiert werden, die sich auf die in Kapitel 2.1 dargestellte multiple Krisensituation beziehen lassen. Trotz der unterschiedlichen Schwerpunkte und Perspektiven der verschiedenen Wachstumskritiken ist ihnen „die Dekonstruktion des hegemonialen Glaubens daran, dass Wirtschaftswachstum per se etwas Gutes sei“ (ebd.: 70) gemein.

Ökologische Kritik

Ökologische Kritik deutet auf die schädlichen Auswirkungen einer auf Wachstum ausgelegten Wirtschaftsweise auf Ökologie und Klima hin. Schon 1972 wies der Club of Rome auf die problematischen ökologischen Auswirkungen der gesellschaftlichen Fokussierung auf Wirtschaftswachstum hin. Die internationalen ExpertInnen simulierten bei gleichbleibender

Steigerung des Wirtschaftswachstums unter anderem die Entwicklungen von natürlichen Ressourcen, Luftverschmutzung und Energieverbrauch. Dabei kam man zu dem Schluss, dass diese Wirtschaftsweise und die Orientierung am Wirtschaftswachstum auf Dauer fatale Folgen für Mensch und Erde haben würde (Meadows et al. 1972: 45ff.). Ökologische Wachstumskritik formuliert eine Notwendigkeit der Verringerung des Materialdurchflusses der globalen Wirtschaft. Im Fokus steht dabei insbesondere der Globale Norden, der aufgrund der Industrialisierung und der ausbeuterischen Lebens- und Produktionsweise der letzten Jahrhunderte hauptverantwortlich für den hohen CO²-Ausstoß und die ökologische Krise sei. Effizienz, Konsistenz und Suffizienz sind zentrale Zukunftsforderungen dieses Kritikstranges (Schmelzer / Vetter 2019: 76ff.). Die von Verfechtern der Wachstumslogiken oftmals vorgebrachten Vorschläge zu Grünem Wachstum und die Idee, dass technologischer Fortschritt eine zukünftige Entkopplung von Wirtschaftswachstum und ökologischen Schäden sowie negativen Auswirkungen auf das Klima ermögliche, werden von diesem Kritikstrang zurückgewiesen (ebd.: 78ff.). Die Realisierung der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und den ökologischen Folgen passiert trotz technologischer Entwicklungen unzureichend und wird aufgrund verschiedener Erkenntnisse als mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht umsetzbar eingeschätzt: Oftmals führen Einsparungen oder Effizienzgewinne zu Verbrauchssteigerungen in denselben oder anderen Bereichen. So kann beobachtet werden, dass beispielsweise die finanziellen Einsparungen durch effizientere Autos in andere klimaschädliche Aktivitäten wie Flugreisen investiert werden. Die sogenannten Rebound-Effekte erklären folglich, dass technologische Entwicklungen und Fortschritte – zumindest gegenwärtig – zu Konsumanstieg und damit wiederum zu einem Ausgleich der energie- und ressourceneinsparenden Technologien führen (Parrique et al. 2019: 36ff.).

Sozial-ökonomische Kritik

Dieser Strang der Wachstumskritiken bezieht sich auf die Logik, dass mehr Geld und mehr Wohlstand zu größerer Lebensqualität und zu mehr Fortschritt führen. Dabei muss auf individueller Ebene zwischen den absoluten Bedürfnissen und den relationalen Statusmöglichkeiten unterschieden werden. Die Erfüllung materieller Grundbedürfnisse ist zentral, um ein gewisses Maß an Lebenszufriedenheit zu erreichen. Richard Easterlin stellte allerdings schon im Jahre 1974 fest, dass steigendes Wirtschaftswachstum nicht maßgeblich zu höherer Lebenszufriedenheit der Menschen führe (Easterlin 1974). In diesem Kontext sind auch die breiten Diskussionen rund um Alternativen zum BIP als Wohlstandsindikator zu nennen.¹² Im weiteren Sinne werden

¹² Der deutsche Bundestag setzte im Jahre 2010 unter anderem zu dieser Thematik die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ ein, die 2013 ihren Abschlussbericht mit Vorschlägen für einen ganzheitlichen Wohlstands- und Fortschrittsindikator veröffentlichte (Deutscher Bundestag 2013)

damit auch die gesellschaftlich eingeschriebenen Wachstumslogiken kritisiert, die sich etwa im Leistungs- und Konkurrenzdenken zwischen den Menschen äußern (Schmelzer / Vetter 2019: 86ff.).

Kulturelle Kritik

Wachstumslogiken sind nicht nur für wirtschaftliche Kontexte relevant, sondern sind tief in gesellschaftliche, soziale und kulturelle Strukturen eingeschrieben. „Die den Akteuren häufig unbewussten Mechanismen und Folgen dieser internalisierten Logiken“ (ebd.: 91) zeigen sich etwa in Entfremdungsprozessen und der Etablierung von Konsumgesellschaften (ebd.: 91ff.). Hartmut Rosa als bekannter Vertreter der kulturellen Wachstumskritik weist auf die negativen Folgen der Steigerungs- und Beschleunigungslogiken und den damit zusammenhängenden Entfremdungsprozessen hin. Die rasant ansteigende Zahl von Krankheiten wie Burnout oder Depressionen stehe in engem Zusammenhang mit den in Gesellschaft und Individuen eingeschriebenen Wachstumszwängen (ebd.: 94ff.). Kulturelle Kritik bedeutet also, die in den Menschen und Gesellschaft tief verankerten Wachstumslogiken zu beleuchten und zu hinterfragen. Dieser Aspekt berührt somit die alltagsweltlichen Lebensweisen aller BürgerInnen und die damit verbundenen Implikationen für Aufbau und Struktur von Gesellschaften.

Kapitalismuskritik

Ein insbesondere für diese Masterarbeit wesentlicher Strang der Wachstumskritiken besteht in der expliziten Kritik an den umfassenden Akkumulationslogiken. Diese bezieht sich sowohl auf die multiple Krise als auch die theoretischen Überlegungen von Nicos Poulantzas. „Wachstum [...] als notwendige Konsequenz, aber auch als Bedingung kapitalistischer Akkumulation“ (ebd.: 101) führe zu der eingangs dargestellten multiplen Krisensituation. Bei der Betrachtung der Krisenbearbeitungsprozesse ist dabei zentral, inwiefern gesellschaftliche Institutionen wie Staaten, Unternehmen, Banken, Militär und andere in die Akkumulationsprozesse eingebunden sind (ebd.). Dieser Aspekt wird in der theoretischen Auseinandersetzung mit Poulantzas noch weiter diskutiert. Im Zentrum von Kapitalismuskritik steht weiterhin die ständige räumliche und sektorale Ausweitung kapitalistischer Funktions- und Wirkweisen. Damit ist einerseits die Notwendigkeit der „Einverleibung nicht-kapitalistischer Sektoren und Lebensbereiche“ (ebd.: 106) sowie andererseits die Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten in weniger machtvolle Länder gemeint. Stephan Lessenich bezeichnet diese strukturelle und institutionelle Organisation der Auslagerung von Armut und ökologischen Kosten sehr treffend als Externalisierungsgesellschaft (Lessenich 2016).

Feministische Kritik

In diesem Bereich können zwei Kritikebenen unterschieden werden: Der Ökofeminismus kritisiert die krisenhaften Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Naturausbeutung und patriarchalen Strukturen, während sich Teile der feministischen Ökonomie auf unbezahlte Reproduktionsarbeit und dessen Nicht-Erfassung im BIP beziehen und damit dessen unzureichende Darstellung der ökonomischen Sachlage verdeutlichen. Auch wird wiederum die Geschlechtslosigkeit des homo oeconomicus kritisiert (Schmelzer / Vetter 2019: 113ff.). Wachstumslogiken werden im feministischen Kritikstrang geschlechterspezifisch gedacht und aufgrund der ungleichen und ungerechten Geschlechterverhältnisse kritisiert. Eng verknüpft mit Kritik an den naturausbeuterischen kapitalistischen Strukturen wird dabei die Rolle von Frauen in den Vordergrund gestellt. Reproduktive Arbeiten werden zum großen Teil von Frauen ausgeführt, aber im Gegensatz zu den für ökonomische Kennzahlen oftmals maßgeblichen Tätigkeiten von Männern „nicht mitgedacht, unsichtbar gemacht, entwertet und prekariert“ (ebd.: 111).

Industrialismuskritik

Dieser Kritikstrang formuliert Ablehnung gegenüber der wesentlichen Rolle von maschinellen Arbeitsstrukturen und Technik in den sich in den letzten Jahrzehnten bzw. Jahrhunderten herausgebildeten Industriegesellschaften. Damit sind nicht nur die in kapitalistisch organisierten Gesellschaften vorangetriebenen Produktionssteigerungen sowie Industrie- und Technikfokussierungen angesprochen, sondern auch die etwa in den sozialistischen organisierten Gesellschaften der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Kritisiert wird die „massive Expansion von technischen Systemen und Infrastrukturen“ (ebd.: 123), die Natur, Gesellschaft und Menschen nachhaltig und in vielerlei Hinsicht negativ geprägt hätten. Gemeint ist die damit die technologie- und industriezentrierte Organisation der Gesellschaften, die von Planung und Bau von Verkehrswegen bis hin zur fossilen Energiegewinnung reicht. Ein zentraler Punkt ist die Annahme, dass Technik nie neutral sei, sondern von ungleichen Macht- und Herrschaftsstrukturen geprägt sei. Damit wird etwa Bezug genommen auf das Konzept der Gesellschaftlichen Naturverhältnisse und inwiefern technologische und damit menschengemachte Entwicklungen Eingriffe in ökologische Zusammenhänge nehmen (ebd.: 123ff.). Diese Ausführungen stehen somit etwa auch den Vorstellungen, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels durch technologische Innovationen ausreichend bekämpft werden können, diametral entgegen.

Süd-Nord-Kritik

Dieser Kritikstrang ist für diese Arbeit von herausragender Relevanz, da er Perspektiven der kritischen Entwicklungsforschung einnimmt. Grundlegend wird dabei in globalen Zusammenhängen gedacht und argumentiert. Hauptargumentationslinie ist dabei die Annahme, dass

insbesondere das Wachstum der Länder des Globalen Nordens auf „(neo-)kolonialer Aneignung, extraktivistischer Naturausbeutung und der Externalisierung sozialer und ökologischer Kosten basiert“ (ebd.: 130). Ungleiche Machtverhältnisse zwischen Ländern und Regionen und die seit Jahrhunderten institutionell organisierte ökonomische, ökologische und soziale Ausbeutung stehen im analytischen Fokus von Süd-Nord-Kritik aus Postwachstumsperspektive. Drei wesentliche theoretische Aspekte sind in diesem Kontext von entscheidender Bedeutung: Die in den 1980er Jahren aufkommende Bewegung des Post-Development stellt das von westlichen Kräften propagierte und auf Wachstum basierende Konzept von Entwicklung grundsätzlich in Frage. Danach sei Entwicklung etwas, was den Ländern des Globalen Südens kapitalistische und industriell geprägte Gesellschaftsorganisation als die vermeintlich einzige und beste auferlege (ebd.: 132f.). Deshalb gelte es, Alternativen zur auf Wachstum und Ausbeutung basierenden Entwicklung voranzutreiben. Dies bestehe beispielsweise in dem Konzept von 'Buen Vivir'. Diese als 'Gutes Leben' zu übersetzende Vorstellung beruht auf der „Untrennbarkeit und Interdependenz von Menschen und Natur und für ein Leben im Gleichgewicht“ (ebd.: 133) und wurde insbesondere im lateinamerikanischen Raum geprägt. Insbesondere die dortige massive Rohstoffextraktion und Naturausbeutung für die Wachstumsgier der Länder des Globalen Nordens stellen den Ausgangspunkt der kritischen Überlegungen von Buen Vivir dar (ebd.: 133ff.). Die Süd-Nord-Kritik runden Stephan Lessenich mit der schon erwähnten Analyse der Externalisierungsgesellschaft sowie Ulrich Brand und Markus Wissen mit ihrem Konzept der imperialen Lebensweise ab. Die imperiale Lebensweise sei eingeschrieben in die alltäglichen Abläufe der Individuen und beruht auf ungleichen Macht- und Verteilungsstrukturen. Sie stehe direkt in Verbindung sowohl mit der ökologischen Krise als auch mit der multiplen Krise, da sie weder verallgemeinerbar noch nachhaltig sei (Brand / Wissen 2017). Der Begriff „verweist auf die Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen- und praxen der Bevölkerung im globalen Norden und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens eingelassen sind“ (ebd.: 43). Die kapitalistische Lebensweise im Globalen Norden beruhe also wesentlich auf der Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur in den Ländern des Globalen Südens (ebd.).

2.3.2 Möglichkeiten und Vorschläge

Auch im Bereich der Möglichkeiten, Vorschläge und Visionen, die VertreterInnen von Postwachstum diskutieren und propagieren, gibt es eine breite thematische Vielfalt. Diese Ausdifferenzierungen werden von verschiedenen AutorInnen unterschiedlich kategorisiert. Um hier zunächst Annäherungen und strukturelle Ordnung in die vielfältigen Ideen und Denkmuster der VertreterInnen von Postwachstum zu bringen, benötigt es eine grundlegende Kategorisierung

der verschiedenen Bezugspunkte. Ich verwende dabei im Folgenden die idealtypischen Strömungen des Postwachstumsspektrums nach Schmelzer / Vetter (2019: 151ff.):

Institutionenorientierte Strömung

Die institutionenorientierte Strömung bezieht sich auf den Veränderungsbedarf von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Strukturen auf der Meso- und Makroebene. Ausgehend von Reformen etwa durch politische Akteure wie Staat oder Parteien sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Leben abseits von Wachstumslogiken wahrscheinlich machen und ermöglichen. Die Ökonominen Angelika Zahrnt und Irmi Seidl plädieren für einen Umbau bislang wachstumsabhängiger Institutionen, Bereiche und Strukturen hin zu wachstumsunabhängigen. Weiterhin wird eine Politik gefordert, deren prioritäre Zielsetzung nicht Wirtschaftswachstum ist, sondern vielmehr eine Reduktion des Energie- und Ressourcenverbrauchs in den Blick nimmt (Seidl / Zahrnt 2012: 4f.). Im Vordergrund steht die Rolle von Institutionen, die transformative Elemente hin zu einer Postwachstumsgesellschaft in ihren Politiken, Unternehmenszielen und Vorgaben einbauen und somit den stetigen Ausbau wachstumsunabhängiger Strukturen vorantreiben. Beispielhaft kann die Forderung nach dem Umbau des derzeit von Wirtschaftswachstum abhängigen Alterssicherungsverfahrens in Deutschland genannt werden. Die sich verschärfenden Finanzierungsschwierigkeiten des umlagebasierten Rentensystems ergeben sich durch die demographischen Entwicklungen, höherer individueller Lebenserwartung und einer insgesamt älter werdenden Gesellschaft. Diese Schwierigkeiten sollen nach derzeitigen hegemonialen Verhältnissen durch entsprechendes und kontinuierliches Wirtschaftswachstum aufgefangen werden. Alternative Vorschläge im Sinne der hier vorgestellten Strömung bestehen in der Implementierung eines „nicht-monetären, sozialen Generationenvertrags“ (Seidl / Zahrnt 2010: 18) sowie „ein[em] günstiger[e] und effizientere[m] System der Altersbetreuung, neue Formen des Zusammenlebens im Alter und ein[em] flexibilisierte[m] Renteneintritt“ (ebd.). Die Vorschläge der institutionenorientierten Strömung beziehen sich weiterhin auf den Umbau der gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Infrastruktur. Es gehe um „die Notwendigkeit politischen Drucks“ (Schmelzer / Vetter 2019: 153), der erzeugt werden müsse. Insofern erscheint insbesondere diese Strömung als hochrelevant für diese Forschungsarbeit, da die Partei DIE LINKE als politische Institution theoretisch in der Lage ist, eben jenen politischen Druck aufzubauen.

Suffizienzorientierte Strömung

Die suffizienzorientierte Strömung zielt auf massive Einsparungen von Ressourcen-, Energie-, und Materialverbrauch. Einer der Hauptvertreter dieser Postwachstumsökonomik ist Niko Paech, der durch drei wesentliche Aspekte derzeitig global ausgerichtete industrielle

Produktions- und Verbrauchsstrukturen mindestens halbieren will: Zunächst sollen Gegenstände gemeinschaftlicher genutzt werden, zum Beispiel durch Verleihen innerhalb von Nachbarschaften. Durch Tausch- und Leihvorgänge müssten Objekte wie Digitalkameras, Werkzeuge, etc. nicht von jeder Person gekauft werden, was in der Summe zu Ressourceneinsparung und gleichzeitigem Anstieg sozialer Beziehungen führe. Der zweite Aspekt besteht im Ausbau von „Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern jeglicher Art“ (Paech 2016: 152). Dies soll das ständige Kaufen neuer Dinge vermeiden, indem die Lebens- und Funktionsdauer der verschiedenen Güter verlängert werden. Auch hier sollen regionale Netzwerke intensiviert werden, die Wissen über Reparatur und Instandhaltung von Produkten unkompliziert austauschen. Paech argumentiert, dass eine Verdoppelung der Nutzungsdauer von Objekten zu Halbierung der bisherigen Produktion führen könne (ebd.). Die dritte Forderung der Postwachstumsökonomik besteht in der De-Industrialisierung der Lebensmittelprodukte, die sich auch zu Hause oder etwa in Gemeinschaftsgärten herstellen lassen. Auch im handwerklichen Bereich fordert Paech eine Orientierung zu mehr Eigenproduktion, sodass etwa Stühle, Tische, etc. nicht mehr in derzeitigem Ausmaß im industriellen Kontext produziert werden (ebd.: 151ff.). All diese teils sehr konkreten und individualisierten Vorschläge zielen auf eine Postwachstumsökonomik, die von De-Globalisierung, Regionalität, Solidarität, Individualität, Selbstversorgung und Tauschgeschäften geprägt ist. Schmelzer und Vetter weisen auf die starke Fokussierung auf die ökologische Krise und die gleichzeitige niedrige Priorisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen sowie systemischen Zusammenhängen hin (Schmelzer / Vetter 2019: 154). Daran anschließend erachte ich diese Strömung aufgrund der multiplen Krisensituation für verkürzt und unzureichend.

Commonsorientierte oder alternativökonomische Strömung

Diese Strömung beinhaltet Alternativen zu den kapitalistisch organisierten Logiken von Markt und Staat. Der Begriff der Commons ist dabei zentral und deutet auf „die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse durch effektive Selbstverwaltung einer gemeinsamen Ressource oder eines gemeinsamen Raums“ (Helfrich / Bollier 2016: 91f.) hin. Die Betonung liegt dabei auf Gemeinsamkeit in jeglicher Hinsicht. Kooperation und Austausch sollen ähnlich wie bei der suffizienzorientierten Strömung zu gemeinsamem Nutzen und Konsumieren von Produkten führen und weitergehend Entmaterialisierung herbeiführen (ebd.: 93). Wichtig zu erwähnen ist, dass die Herstellung von „soziale[n] Beziehungen, die nicht herrschaftlich von Staat, Unternehmen oder dominanter Öffentlichkeit strukturiert sind“ (Brand 2020: 147ff.) Commons sein können. Dies ermöglicht Prozesse, die zur Überwindung von bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen beitragen können. Es kann zusammenfassend gesagt werden, dass den

wachstumsorientierten Produktions- und Konsummustern kapitalistischer Gesellschaften alternative Formen von gemeinschaftlichem Leben und Selbstorganisation abseits von Markt und Staat entgegengestellt werden (Schmelzer / Vetter 2019: 155ff.).

Feministische Strömung

Die in Kapitel 2.1 beschriebene Krise der Geschlechterverhältnisse ist Hauptthema der feministischen Strömung. Fürsorge und die geschlechtergerechte Aufteilung von Reproduktions- und Sorgearbeiten sowie derzeit männlich geprägter produktiver Arbeit sind zentrale Forderungen der VertreterInnen dieser Strömung. In einer Postwachstumsgesellschaft soll die Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit vollzogen werden, was eine erhebliche Aufwertung von sogenannter Care-Arbeit wie Erziehung und Pflege mit sich bringen würde. Geschlechtergerechtes Dasein, welches gegenseitige Fürsorge und menschliches Wohlbefinden in den Mittelpunkt stellt, ist die Zielvorgabe dieser immer wichtiger werdenden Strömung (D'Alisa et. al 2016: 127ff.). Die feministische Strömung agiert „als Zusammenspiel von veränderten Praktiken und damit einhergehenden Subjektivitäten sowie diese unterstützenden institutionellen Reformen“ (Schmelzer / Vetter 2019: 157). Insofern beziehen sich diese Forderungen nicht nur auf individuelle Veränderungen, sondern vielmehr auf breite gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse hin zu geschlechter- und klassenunabhängiger Organisation von Arbeit, Hauswirtschaft, Fürsorge und Pflege.

Kapitalismus- und globalisierungskritische Strömung

Schmelzer / Vetter (2019) benennen mit der kapitalismus- und globalisierungskritischen Strömung Einschätzungen, die sich auf die systemischen und macht- und herrschaftsstrukturellen Schieflagen von wachstumsorientierten Gesellschaften beziehen. Die schon erwähnten Begriffe der imperialen Lebensweise nach Brand / Wissen (2017) und der Externalisierungsgesellschaft nach Lessenich (2016) beschreiben die ungleichen, globalen Strukturen, die abgebaut werden sollen. Wesentliche Bestandteile dieser Strömung sind das „Zurückdrängen von Marktmechanismen, die Vergesellschaftung zentraler Wirtschaftsbereiche und de[r] Abbau von Machtverhältnissen“ (Schmelzer 2016b: 183). Im Vordergrund stehen strukturelle Veränderungen und Transformationen von Gesellschaften. Wesentlich ist dabei auch die bewusste Betonung von notwendigen Kämpfen um Macht und Vorherrschaft, um kapitalistische Strukturen zurückdrängen zu können (Brand / Wissen 2017).

2.3.2.1 Politische Umsetzung

Ausgehend von diesen idealtypischen und grobkategorischen Strömungen lassen sich konkretere politische Handlungsvorschläge zur Implementierung und Umsetzung von

Postwachstumsgesellschaften definieren. Auch diese sind in ihrer Form und Art an Idealen und Vorstellungen orientiert und müssen auch diesbezüglich gelesen werden. Da es nicht die eine Definition einer Postwachstumsgesellschaft gibt, gilt es durch Versuche von möglichen Vorgehensweisen nicht-wachstumsorientierte Politiken theoretisch darzustellen. Diese sind nicht endgültig fixiert, sondern werden vielmehr durch Diskussionen und Debatten in laufenden Prozessen ausgestaltet. Dabei geht es oftmals auch um die Herstellung bestimmter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, in denen bestimmte Handlungen und Aktivitäten wahrscheinlicher werden. Dies ermöglicht daran anschließend eine adäquate und theoriegeleitete Analyse von zum Beispiel Wahlprogrammen.

Die Umgestaltung und Transformation einer Gesellschaft solle in den Augen von Postwachstums-VertreterInnen sozial-ökologisch und vor allem nicht-profitorientiert vorangetrieben werden. Wesentlich sei dafür eine demokratische Aushandlung darüber, wie ein gutes Leben für alle, größeres Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit und Selbstbestimmung hergestellt werden kann. Ein Konsens, der bei dieser Diskussion aber grundlegend gegeben ist, ist die Notwendigkeit der Entfernung von Marktlogiken. Dies äußert sich konkret beispielsweise an der geforderten Gemeinwohlorientierung wesentlicher Lebens- und Gesellschaftsbereiche wie Bildung, Energie, Gesundheits- und Altersversorgung, Lebensmittelproduktion, Mobilität und anderen. Damit einher gehen würden in Zukunft verschiedene politische und gesellschaftliche Kämpfe mit den „globalisierten, profitorientierten und fossilistisch-industriellen Wirtschaftssektoren“ (Schmelzer / Vetter 2019: 182). Für ArbeitnehmerInnen in diesen Sektoren sollten idealerweise Beschäftigungs- und Umschulungsmaßnahmen bereitgestellt werden, damit diese in den nach sozialen und ökologischen Standards ausgerichteten Zukunftsgesellschaften eingebunden werden können. Postwachstumsgesellschaften basieren auf dem Rückbau von Globalisierung im Hinblick auf regional geprägte Wirtschaftskreisläufe, die Transport- und Umweltkosten senken und andere Produktionsmodelle beinhalten, aber nicht abgeschlossen sind. Diese basieren auf einem gerechten Welthandelssystem, welches globale Umwelt- und Klimagerechtigkeit genauso berücksichtige wie kommunaler Interessen und Beteiligung. Konkurrenz und Wachstumslogik sollen nicht mehr konstituierend für die Funktionsweise von wirtschaftlichen Aktivitäten sein, sondern Kooperation, Partizipation und Bedürfnisorientiertheit (ebd.: 181ff.). Der Aspekt der Bedürfnisorientiertheit erscheint mir als wesentlich, da er die Grundlogik und Zielsetzung wirtschaftlicher Herangehensweise von Wachstumsorientierung in Richtung Gemeinwohl und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit verschiebt. Durch wirtschaftsdemokratische Maßnahmen, die die Menschen an ökonomischen Aktivitäten und Ausrichtungen aktiv beteiligen, können jene Bedürfnisse eingebracht werden. Es gibt also in Postwachstumsgesellschaften

nicht die eine Wirtschaft und wenige machtvollen Akteure in diesem Feld, sondern plural, solidarisch, partizipativ und ökologisch ausgerichtete Ökonomien. Die Fortführung der oben angeführten und für die letzten Jahrzehnte prägenden Trends der Finanzialisierung werden abgelehnt. Die damit zusammenhängende Deregulierung der Finanzmärkte und -institutionen ist als politische Vorgehensweise für Postwachstums-VertreterInnen nicht zielführend. Vielmehr ist eine Umkehrung dieser Entwicklung und weiterführend eine Orientierung der gesamten Finanzbranche an der Realisierung und Umsetzung eines guten Lebens für alle Bestandteil von Postwachstumspolitik (ebd.: 186ff.).

Ein weiterer wesentlicher Bereich innerhalb der politischen Ausgestaltung von Postwachstumsgesellschaften besteht in der Frage des Umgangs mit und der Rolle von Technik. Auch hier stehe die Bedürfnisorientiertheit von technologischen Entwicklungen im Vordergrund, womit die derzeit bestehenden Marktlogiken auf dem großen Feld der Technik abgelöst werden sollen. Somit soll Technik und deren Entwicklung, Herstellung und Nutzen nicht-profitorientierten Marktakteuren überlassen werden. Durch demokratische Aushandlungsprozesse soll sichergestellt werden, dass nachhaltige Aspekte und Bedürfnisbefriedigung prägend für technische Produkte werden. Weiterhin sind jegliche Auswirkungen, die Herstellung und Benutzung von Technik auf das menschliche Zusammenleben haben, von Relevanz. Unterschiedliche qualitative und quantitative Nutzung von Technik auf allen gesellschaftlichen Ebenen hat jeweils verschiedene Implikationen für das Mensch-Technik-Verhältnis. Auch gesellschaftliche Naturverhältnisse sind vom Umgang des Menschen mit technischen Möglichkeiten und Entwicklungen geprägt. Damit zusammen hängt auch eine breite gesellschaftliche Debatte zur „Frage, welche Technik eingesetzt wird, wofür und wie viel davon – und wer das entscheidet“ (ebd.: 194). Technik müsse also in Postwachstumsgesellschaften unter Berücksichtigung nicht-profitorientierter und sozial-ökologischer Logiken entwickelt, hergestellt und genutzt werden (ebd.: 193ff.).

Arbeit als zentraler Teil der Realisierung und Umsetzung von Wirtschaftswachstum erfährt in Postwachstumsgesellschaften vielschichtige Umstrukturierungen. Neben den verschiedenen Diskussionen um bedingungslose Grundeinkommen, Maximaleinkommen gekoppelt an Grund- oder Minimaleinkommen sind vor allem eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeiten zentral. Diese könne durch Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmen- und Produktionsbedingungen möglich gemacht werden (Kallis et. al 2020: 75ff.): Die Verteilung der zukünftig an der Realisierung von gutem Leben ausgerichteten Arbeit auf mehr Personen und Produktivitätszuwächse ohne Wirtschaftswachstum ermögliche weniger Arbeitszeit und mehr Freizeit für

alle (Schmelzer / Vetter 2019: 197ff.). Auch die Organisation und Gestaltung von Arbeit generell solle stärker von Selbstbestimmung und durch demokratische Beteiligungsprozesse geprägt sein. Dazu gehört auch, dass Arbeit sinn- und würdevoll sein sollte. Weiterhin wird unter Berücksichtigung von feministischen Perspektiven die Aufwertung von derzeit stark weiblich geprägten Reproduktions-, Sorge- und Caretätigkeiten als zentral angesehen. Geschlechterspezifische Ungleichheiten sollen durch politische Maßnahmen, die nicht der Logik von Wachstumsorientierung entsprechen, verringert werden (Bauhardt et. al 2017: 187ff.). Dieser Aspekt ordnet sich innerhalb der Forderungen nach einer monetären Integration und Wertschätzung jeglicher „gesellschaftlich [...] notwendige[r] Tätigkeiten“ (Schmelzer / Vetter 2019: 197) ein. Es bleibt festzuhalten, dass Arbeit in Postwachstumsgesellschaften sinnstiftend und mit einem nicht-profitorientierten Nutzen einhergehen sollte.

Soziale Gerechtigkeit kann als grundlegendes Querschnittsthema von Postwachstumsgesellschaft bezeichnet werden und umfasst auch (Um-)Verteilungsfragen. Dabei geht es darum, zu definierenden übermäßigen Reichtum abzubauen und dafür bei Einkommen und Vermögen nationale und internationale Gerechtigkeit herzustellen. Die Grundannahmen hinter dieser Einstellung sind, dass Reichtum Ungerechtigkeiten schaffe, Armut begünstige und mit einem unverhältnismäßig großen ökologischen Fußabdruck einhergehe (ebd.: 202f.; Lessenich 2016: 77ff.). Allerdings müsse die Verwendung von Umverteilungsmaßnahmen mit gesamtheitlichen ökonomischen Veränderungen einhergehen. Unter Bezugnahme auf Wachstumslogiken könne sonst argumentiert werden, dass Umverteilung Konsum erhöhe und damit als politisches Mittel zur Erreichung des Zieles von mehr Wirtschaftswachstum benutzt werde. Umverteilung könne also nur ein Teil von Postwachstumspolitik sein, wenn andere Aspekte wie die angesprochenen Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzungen und andere ebenso umgesetzt werden (Schmelzer / Vetter 2019: 164ff.). Der sozial-ökologische Ansatz innerhalb von Postwachstumsgesellschaften wird folglich von gerechter Verteilung von Geld und weiterhin von grundlegenden sozialen Sicherungssystemen geprägt. Zusätzlich gibt es Strömungen, die für den Menschen wesentliche Güter wie Wasser, Energie, Wohnraum, Mobilität und Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und andere komplett dem Markt entziehen und diese im Rahmen von „soziale[m] Recht“ (ebd.: 204) allen BürgerInnen zur Verfügung stellen wollen. Das würde Transformationen vieler gesellschaftlicher Bereiche weg von Wachstumslogiken hin zu Bedarfsorientierung und Vergesellschaftungen bedeuten. Gesellschaftliche Verhältnisse würden bei Umsetzung dieser theoretischen Ansätze von mehr Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Unabhängigkeit von Gewinn- und Maximierungsmechanismen geprägt sein.

Damit einher gehen auch kulturelle Implikationen und andere Vorstellungen von Wohlstand. Bezugnehmend auf die schon diskutierte wachstumskritische Strömung aus sozial-ökonomischer Sicht würde Wohlstand in Postwachstumsgesellschaft nicht mit materieller Steigerungslogik und Naturausbeutung als Mittel zu diesem Zwecke dienen. Vielmehr würde Wohlstand mit qualitativen Elementen wie einem sinnerfüllten Leben, stabilen und intensiven Freundschaften und Beziehungen, Freizeit sowie gesellschaftlichen Naturverhältnissen, die Natur als schützenswerten Teil von menschlichem Leben begreifen, verstanden werden. Entschleunigung des globalen Miteinanders sowie die Umkehrung von den entfremdeten kapitalistischen Strukturen sind weitere gesellschaftliche Implikationen, die von postwachstumsorientierten Politiken gefördert werden sollten (Rosa 2016). Damit werden grundlegende gesellschaftliche und individuelle Zielvorstellungen thematisiert. Dabei geht es um demokratische Aushandlungsprozesse, was Wohlstand und Lebensqualität außerhalb ökonomischer und gesellschaftlicher Beschleunigungs- und Steigerungslogiken bedeuten könnten.

3 Theoretische Verortung

Nach der Kontextualisierung sowie der Problemdarstellung erfolgt in diesem theoretischen Kapitel zunächst die grundlegende Erarbeitung über die Rolle von Parteien und Wahlprogrammen im Staat. Das Kapitel schließt mit der wichtigen Auseinandersetzung über Parteien im Staat und das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Diese verhältnisbasierte Herangehensweise ermöglicht die theoretische Ausarbeitung über Transformationen im Staat im Anschluss an Poulantzas.

3.1 Parteien im Staat

Da die deutsche Partei DIE LINKE und deren Wahlprogramme die zentralen Untersuchungsgegenstände dieser Masterarbeit darstellen, werden in diesem Kapitel zunächst theoretische Annäherungen an Parteien und Wahlprogramme vorgenommen. Diese beziehen sich auf das demokratische System, das sich in den letzten Jahrzehnten in den Ländern des Globalen Nordens und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland etabliert hat. Im Anschluss daran folgen theoretische Diskussionen um Staatsverständnisse und Möglichkeiten von gesellschaftlichen Transformationen, wie sie die Etablierung von Postwachstum darstellen würde. Dabei zeigen sich insbesondere die verhältnisbasierten Überlegungen zu Staat und Parteien von Nicos Poulantzas als anschlussfähig.

3.1.1 Definition und Rolle von Parteien

Grundlegend können Parteien unterschiedlich definiert werden. Das deutsche Parteiengesetz beschreibt Parteien als „Vereinigungen von Bürgern, die [...] auf die politische Willensbildung

Einfluß [sic!] nehmen und an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen“ (ParteiG 2021: § 2, Abs. 1). Zentrale Elemente dieser Definition sind folglich die aktive Beteiligung an politischer Willensbildung sowie parlamentarische Partizipation. Eine weitergehende Möglichkeit der Parteidefinition macht Frank Decker mit folgender Formulierung: „Es handelt sich um einen mehr oder weniger fest gefügten (= organisierten) Personenverband; diese Personen vertreten gemeinsame politische Ansichten und Interessen; ihr Ziel ist die Beteiligung an der staatlichen Herrschaft (= Erringung von Regierungsmacht)“ (Decker 2011: 10). Im Vordergrund dieser Definition stehen das organisatorische Element der Zusammenschließung mehrerer Personen sowie das Streben derselben nach politischer Macht. Zugrunde liegt diesem Ansatz die Annahme, dass die politischen Meinungen dieser Personen durch Regierungsbeteiligung Gehör im gesellschaftlichen Diskurs finden und im weiteren Verlauf in die Praxis umgesetzt werden wollen und können. Diese Definition geht weiter als die im deutschen Parteiengesetz, da sie diese um die Beteiligung an der staatlichen Herrschaft erweitert.

3.1.2 Funktionen und Aufgaben von Parteien

Durch die definitorisch und gesetzlich zugeschriebenen Beteiligung an der politischen Willensbildung und der institutionellen Vertretung des Volkes tragen sie zu einem großen Teil zur „Legitimität des demokratischen Systems“ (Jun 2013: 120) bei. Über die konkreten Funktionen gibt es wie auch bei den definitorischen Annäherungen verschiedene Ansätze und Schwerpunktlegungen. Die Bundeszentrale für politische Bildung etwa listet dreizehn verschiedene Parteifunktionen auf, die für das bestehende politische System genannt werden können. Sie können in drei Hauptkategorien eingeteilt werden. Die wesentliche Funktion dabei besteht in den verschiedenen Vorgängen, die dann zu Politikformulierung führen. Verschiedene Interessen und politische Vorstellungen der BürgerInnen werden durch Parteien artikuliert, abgebildet und in politische Entscheidungsprozesse integriert. Die systemische Organisation von Parlamenten mit Regierungs- und Oppositionsparteien führt dazu, dass Parteien sowohl mit politischer Handlungsmacht ausgestattet als auch für die zweite Hauptfunktion nach Niedermayer verantwortlich sein können: der Kontrollfunktion der verschiedenen politischen Prozesse. Des Weiteren übernehmen Parteien die Funktion der Rekrutierung von Personal für verschiedene politische Positionen und Ämter (Niedermayer 2020). Der Politikwissenschaftler Uwe Jun formuliert fünf wesentliche und übergreifende Funktionen für Parteien in demokratischen Systemen: Wähler- und Rekrutierung des politischen Personals, Regierungsbildung und Oppositionsarbeit, Responsivität durch Interessenartikulation, -repräsentation und -aggregation,

Bestimmung von politischen Inhalten (Policy-Funktion) sowie Mobilisierung und Integration der Wähler- und Mitgliedschaft (Jun 2013: 123f.).

Für den Zweck dieser Forschungsarbeit sind insbesondere folgende Funktionen und Vorgänge von hoher Relevanz, die innerhalb der Kategorien von Niedermayer und Jun eingeordnet werden können: Grundlegend ist dabei die Zielfindungsfunktion. Sie beschreibt den Anspruch, Interessen und Notwendigkeiten jeglicher Art in politische Zielsetzungen zu formulieren. Weiterhin stellen parteiinterne Diskussionsvorgänge sowie die Ausarbeitung politischer Programme und deren Kommunikation in diesem Zusammenhang wesentliche Aufgaben und Funktionen von Parteien innerhalb demokratischer Systeme dar (Niedermayer 2020).

3.1.3 Funktionen und Aufgaben von Wahlprogrammen

Anknüpfend an die Erarbeitung der Funktionen von Parteien für das demokratische System folgt eine theoretische Betrachtung der Bedeutung und Aufgabenerfüllung von Wahlprogrammen. In Paragraf 1 Absatz 3 des deutschen Parteiengesetzes steht geschrieben, dass „Parteien ihre Ziele in politischen Programmen nieder[legen]“ (ParteienG 2021: § 1, Abs. 3) sollen. Insbesondere in Deutschland kann von einer hohen Wichtigkeit von schriftlichen Politikprogrammen gesprochen werden. Grundsätzlich sind dabei vier Typen von Programmen zu unterscheiden: Grundsatzprogramm, Aktionsprogramm, Kurzprogramm und Wahlprogramm. Grundsatzprogramme sind auf einen Zeitraum von circa 10 bis 30 Jahren angelegt und informieren insbesondere Aktive der Partei über grundlegende Ausrichtungen, Vorstellungen und Ideologien. Aktionsprogramme beziehen sich auf bestimmte und enger gefasste Themenfelder und geben Auskunft über konkrete Pläne oder Konzepte. Kurzprogramme sind gekürzte Versionen von Wahlprogrammen und sollen durch verständliche und prägnante Formulierungen der wichtigsten politischen Ziele der jeweiligen Partei möglichst viele WählerInnen überzeugen. Schließlich stellen die Wahlprogramme den vierten und letzten Programmtyp dar. Sie legen die politischen Vorstellungen, Forderungen und Pläne für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode dar (Anan 2017: 27ff.; Merz / Regel 2013: 215f.). All diese verschiedenen Dokumenttypen sollen letztlich Auskunft über die unterschiedlichen inhaltlichen Ziele der verschiedenen Parteien geben, erfüllen aber darüber hinaus noch weitergehende Funktionen. Es lassen sich nach Merz / Regel (2013) acht verschiedene idealtypische Funktionen finden, die sich vier verschiedenen Parteizielen und jeweils unterschiedlichen Adressaten zuordnen lassen. Die Ausarbeitung dieser ist zentral, um die Kontexte der Entstehungsprozesse und Beschaffenheiten von Wahlprogrammen einordnen und analysieren zu können. Dem Ziel der Politikverwirklichung, also der konkreten Umsetzung politischer Ideen und Pläne lassen sich die Funktionen Praxisanleitung und Ideologieübersetzung zuordnen. Sie dienen den PolitikerInnen der Partei als

Handlungsrahmen, innerhalb dessen sie Maßnahmen zur Erfüllung der politischen Ziele ergreifen können und sollen. Die eher nach außen gerichtete Funktion der Werbung solle unter anderem über mediale Kommunikationswege möglichst viele WählerInnen überzeugen, diese Partei zu wählen. Durch Profilbildung und die damit stattfindende inhaltliche Abgrenzung zu anderen Parteiprogrammen soll die Stimmenmaximierung komplettiert werden. Wahlprogramme geben weiterhin Signale an andere Parteien und damit Hinweise auf mögliche Koalitionsbildungen. In konkreten Koalitionsverhandlungen, die der Regierungsbildung vorangehen, dienen sie den Verhandelnden als Operationsbasis für etwaige Kompromiss-schließungen. Schließlich dienen Wahlprogramme auch der Innerparteilichen Demokratie, indem durch integrative Elemente die Parteibasis mit in die Entstehungsprozesse eines Programms mit einbezogen wird. Selbstverständlich kann das Ausmaß dieser innerparteilichen Vorgänge je nach Partei und Zeitgeist sehr unterschiedlich ausfallen (ebd.: 212ff.). Beispielsweise können die Inhalte von Parteiprogrammen durch Vorschläge und Beteiligungen ihrer MitgliederInnen bestimmt werden. Weniger partizipativ wäre ein Modell, in dem das Programm wesentlich durch Führungskräfte innerhalb der Partei festgelegt wird.

Abb. 1: Parteiziele, Programmfunktionen und Adressaten

Parteiziel	Programmfunktion	Adressat
Politikverwirklichung	Praxisanleitung Ideologieübersetzung	Parlamentarier & Minister
Stimmenmaximierung	Werbung Profilbildung	Wähler & Medien
Regierungsbeteiligung	Operationsbasis Signalisierung	andere Parteien
Innerparteiliche Demokratie	Integration Kontrolle & Legitimation	Parteibasis

Quelle: Merz / Regel 2013: 214

Wahlprogramme entstehen also in einem komplexen Geflecht, welches aus verschiedenen Zielen, Funktionen und Adressaten besteht. Das veröffentlichte Wahlprogramm stellt das Ergebnis komplexer Prozesse zwischen Selbstbeschreibung, Außendarstellung, Gegenwartsvorstellungen und Zukunftsideen dar. Das Wahlprogramm eignet sich als wesentlicher Untersuchungsgegenstand, da dort die Pläne für die nächste Legislaturperiode sowie die wesentlichen Visionen und Problemlösungsvorschläge für die Gesellschaft der Zukunft formuliert werden. Ein weiterer Vorteil, den die Analyse von Wahlprogrammen bietet und auch in dieser Forschungsarbeit zur Anwendung kommt, ist die sehr gute Vergleichbarkeit, „weil [die Wahlprogramme] über längere Zeit unter gleichen Umständen zustande kommen und so Aufschluss liefern

können über Stabilität und Wandel der Parteiziele“ (Pappi et al. 2013: 7). Anhand der in den Wahlprogrammen formulierten Vorstellungen können Aussagen über die gewünschte Ausgestaltung von gesellschaftlichen Naturverhältnissen und etwaige Wachstumsnarrative getroffen werden. Aufgrund der dargestellten Implikationen von Wahlprogrammen beschäftigt sich diese Masterarbeit mit den Bundestagswahlprogrammen von DIE LINKE. Sie können Aufschluss über Vorstellungen von Gesellschaftsgestaltung, Wachstumslogiken und Mensch-Natur-Verhältnissen geben und eignen sich daher als Forschungsgegenstand.

3.1.4 Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis

In diesem Kapitel werden zunächst Staats- und Parteiverständnisse nach Nicos Poulantzas diskutiert, um darauf aufbauend theoretische Rückschlüsse auf Möglichkeiten zur Implementierung von großflächigen Transformationen wie etwa einer Postwachstumsgesellschaft zu beleuchten. Die Überlegungen und Perspektiven von Poulantzas sind in den 1960er und 1970er Jahren entstanden und beziehen sich unter anderem auf die Analyse kapitalistischer Organisation von Staat und Gesellschaft und der Überwindung dieser. Diese Forschungsarbeit bewegt sich in ebenjenem Feld der Analyse von Möglichkeiten und Ausgestaltung der Bekämpfung von Kapitalismus und seinen Wachstumszwängen. Die folgenden Erläuterungen ermöglichen einen Zugang zu dem Staatsverständnis von Poulantzas, das Reproduktion und Veränderung von einem Staat durch verschiedenste Akteure und unterschiedliche Prozesse als zentral ansieht. Das bedeutet, dass auch Parteien und deren politische Prozesse, zu denen etwa die Aushandlungen und Veröffentlichungen von Wahlprogrammen gehören, Einfluss auf die Kräfteverhältnisse innerhalb eines Staates haben. Wesentlicher Anknüpfungspunkt dieser Forschungsarbeit an Poulantzas ist, dass der Staat als etwas aufgefasst wird, das Möglichkeitsräume für kleine und große gesellschaftliche Veränderungen schafft. In diesem Kontext begreift Nicos Poulantzas Staat „als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen, das sich im Staat in immer spezifischer Form ausdrückt“ (Poulantzas 2002: 159). Somit ist der Staat nicht als eigenständige Institution zu sehen, sondern vielmehr als Plattform für gesellschaftliche Macht- und Herrschaftskämpfe. Die Bezugnahme auf Klassen und Klassenfraktionen ist für Poulantzas dabei zentral, da die jeweils herrschenden Klassen den Staat und seine verschiedenen Apparate konstituieren (ebd.: 158). Staatliche Strukturen sind folglich nicht getrennt von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu sehen, sondern vielmehr als institutionelle Verdichtung eben jener Verhältnisse. „Herrschaft und Kompromiß [sic!] zwischen den herrschenden Klassen und Fraktionen auf der einen Seite und den beherrschten Klassen, den Volksklassen, auf der anderen Seite“ (Demirović 2007: 118) bilden die Verhältnisse, die Staat und sein komplexes Aushandlungsfeld

strukturieren und darstellen. Die Sichtweise von Nicos Poulantzas, staatliche Strukturen als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse zu analysieren, lässt sich in die langjährige Tradition materialistischer Staatstheorie einordnen¹³. Es ist hinzuzufügen, dass der Staat eine „relative Autonomie“ (Poulantzas 2002: 158) gegenüber allen Klassenfraktionen und im Besonderen gegenüber den gegenwärtig mächtigen Fraktionen besitzen muss, um die Funktionsfähigkeit und „die Organisierung des Allgemeininteresses“ (ebd.: 159) sicherzustellen. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, dass Poulantzas die herrschenden Klassen als Block an der Macht bezeichnet (Poulantzas 2002: 157). Dieser Block hat im unübersichtlichen strategischen Feld des Staates Aufbau, Prozesse, Strukturen der unterschiedlichen Institutionen und Apparate so etabliert, dass sie vor allem seinen eigenen, also den kapitalgesteuerten Interessen dienen. In Bezug auf diese Forschungsarbeit wäre der aus Postwachstumsperspektive erforderliche Anspruch, dass DIE LINKE in ihren Wahlprogrammen mit ihren Positionen versucht, die wachstumsgetriebenen Logiken und Überzeugungen des Machtblocks in Frage zu stellen.

Eine für diese Forschungsarbeit wesentliche theoretische Konsequenz dieses Staatsverständnisses zieht Alina Brad, indem sie darauf hinweist, dass „der Staat die Rahmenbedingungen für die kapitalistische Produktion und Reproduktion der Gesellschaft her[stellt]“ (Brad 2019: 45) und weiterhin „die Kommodifizierung der Natur“ (ebd.) vorantreibt. Die ökonomische Inwertsetzung von Natur wird durch die Ausgestaltung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse möglich. Diese zeigen sich in den verschiedenen Geflechten des Staates und sind durch machtvolle Repräsentation der Interessen von Kapital und Produktionsverhältnissen auf Kosten von Mensch und Natur geprägt. Insofern werden die eingangs präsentierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse wesentlich vom Staat und seiner Ausgestaltung geprägt. Die materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen in den verschiedensten Staatsebenen führt zu dem gegenwärtigen Zustand gesellschaftlicher Naturverhältnisse und der verheerenden multiplen Krisensituation. Möglich wird dies durch ein „instabile[s] Kompromißgleichgewicht [sic!]“ (Demirović 2007: 98) sowohl innerhalb des Machtblocks als auch zwischen dem Machtblock sowie den unterdrückten Klassen. Innerhalb der komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse, die den Staat als Verhältnis konstituieren, haben nach Poulantzas Mitte der 1970er Jahre Verschiebungen zugunsten ökonomischer und vor allem kapitalistischer Strukturen stattgefunden. Bereiche wie „Wohnungs-, Gesundheits-, Verkehrs-, Unterrichtswesen, Umwelt, öffentliche

¹³ Materialistische Staatstheorie zielt darauf ab, „herrschende begriffliche Kategorien auf die ihnen zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen, um damit den Menschen zu helfen, sich selbst, ihr Handeln und die dieses bestimmenden Bedingungen als Voraussetzung ihrer Selbstbefreiung zu verstehen“ (Hirsch 2005: 15)

Dienstleistungen“ (ebd.: 149) wurden Akkumulationslogiken unterworfen. Die ökonomischen Staatsapparate haben somit im Sinne von Kapitalverwertung ihren Machteinfluss vergrößert und für eine breitere Verankerung von Wachstums- und Profitmechanismen gesorgt. Damit einher gehe weiterhin ein Bedeutungsverlust für Parteien bzw. dem Parteiensystem im Allgemeinen, weil deren realer Einfluss gesunken sei. Die Machtverhältnisse innerhalb des Staates haben sich also weg von den demokratischen und parlamentarischen Prozessen hin zu VertreterInnen und Akteuren ökonomischer Verwertungslogiken verschoben.

Weiterhin seien Machtverschiebungen „weg von der (parlamentarischen) Legislative hin zur Exekutive“ (Kannankulam 2016: 35) Teil des sogenannten „autoritären Etatismus“ (ebd.). Dieser Begriff bezeichnet nach Poulantzas eine neue Staatsform, die von den angeführten Entwicklungen und Verhältnissen geprägt sei. Kontroll- und Machtverluste für PolitikerInnen und Parteien und gleichzeitige Machtgewinne für private und marktorientierte Akteure sind Symptome dieser Veränderungen. Diese Prozesse reproduzieren staatliche Strukturen und sind Ergebnisse von „Entscheidungen [...], wann und in welchem Maße staatlich regiert wird“ (Demirović 2007: 174). Die heutige Bedeutung dieser Thesen von Poulantzas aus den 1970er Jahren ist nicht zu unterschätzen, wie John Kannankulam anhand der Finanz- und Eurokrise nach 2008 deutlich macht. Er zeigt, dass große Teile der Bearbeitung der Krise nicht durch parlamentarische und damit demokratisch legitimierte Prozesse stattgefunden haben. Vielmehr haben wenige, vor allem männliche Vertreter der europäischen Exekutive „im neoliberalen und austeritätspolitischen Sinne“ (Kannankulam 2016: 39) weitreichende Entscheidungen getroffen. Dies ist nur möglich durch die Organisation und Vergabe der Entscheidungsgewalt an eben jene Institutionen und Personen. Diese Organisation und Machtzuteilung prägt die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Staatsformen in diesem Falle nach Profit- und Wachstumslogiken.

3.1.4.1 Transformationen im Staat

Da sich diese Masterarbeit mit Möglichkeiten zur Überwindung dieser etablierten Verhältnisse beschäftigt, werden die diesbezüglichen theoretischen Ansätze von Poulantzas im Folgenden diskutiert. Poulantzas argumentiert, dass Widerstand und Veränderungen der bestehenden kapitalorientierten Staatsverhältnisse durch vielfältige und langfristige Prozesse innerhalb des staatlichen Raumes möglich seien (Poulantzas 2002: 25ff). Nun stellt sich die Frage, wie mit dieser Perspektive Möglichkeiten und Räume dafür geschaffen werden können, dass von Wachstumszwängen geprägte Staaten wie etwa Deutschland in Zukunft als Postwachstumsgesellschaften ausgestaltet werden. Damit zusammenhängend würden enorme Veränderungen der bisher kapitalorientierten gesellschaftlichen Naturverhältnisse einhergehen. Selbstverständlich sind hierbei auch internationale und globale Perspektiven zu berücksichtigen. Poulantzas macht

deutlich, dass es für derzeit beherrschte Klassen nicht ausreiche, etwa den Staatschef bzw. die Staatschefin zu stellen oder Mehrheiten im Parlament zu haben. Insbesondere die Schwächung des Parteiensystems zugunsten ökonomischer Staatsapparate durch neoliberale Politikgestaltung ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Vielmehr gelte es, das Kräfteverhältnis zwischen dem Block an der Macht und dem formell machtlosen Block so zu verändern, dass die beherrschten Klassen sukzessive Machtknoten- und -kreuze sowie strategisch wichtige Positionen einnehmen (Demirović 2007: 164f.). Weitere Möglichkeiten, um Verschiebungen und Veränderungen innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse voranzutreiben, die transformative Elemente darstellen können, bestehen in internen Auseinandersetzungen und Verwerfungen innerhalb des Machtblocks.

Staatliche Strukturen, die nach Poulantzas als Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen sind, befinden sich ständig in Fluss und Bewegung. Gesellschaftliche Verhältnisse sind nicht starr, sondern werden unter anderem durch menschliche Handlungen und Entscheidungen immer wieder reproduziert und verändert. In diesem Lichte sind auch die Verhältnisse innerhalb des derzeitigen Machtblocks zu analysieren. Beispielsweise habe sich im Zuge der Euro- und Finanzkrise „eine Hegemonie-Krise des neoliberalen Projekts“ (Kannankulam 2016: 45) gezeigt. Damit sind die vielfältigen verschiedenen Interessen innerhalb des breiten Machtblocks und die daraus entstehenden Konflikte gemeint. Es könne nicht mehr die Rede von einem ökonomisch gemeinsam agierenden und neoliberalen Block gesprochen werden, sondern vielmehr von einem spannungsgeladenen und interessensdiversen Konglomerat. Kannakulam argumentiert weitergehend, dass diese Differenzen und Risse im Machtblock von großer Bedeutung seien, da etwa das Aufkommen und Erstarken rechter und nationaler Parteien wie etwa in Deutschland die AfD nicht verhindert werden konnte (ebd.: 35ff.). Insofern bieten diese Problemsituationen innerhalb des Machtblocks Potenzial für bedeutende Verschiebungen gesellschaftlicher Verhältnisse bis hin zu möglichen Transformationen, die mit der Abschaffung kapitalistischer und wachstumsorientierter Strukturen einhergehen könnten. Diese Schwachstellen innerhalb des Machtblocks bieten folglich auch für Parteien Möglichkeiten, Machtverhältnisse zu verändern.

Ein weiterer und für diese Forschungsarbeit sehr relevanter Aspekt ist die Frage, welche Rolle Parteien bei diesen zu erreichenden Veränderungen aus theoretischer Sicht spielen können. Trotz der Machtreduzierung von Parteien und den Parlamenten bleibt das Parteiensystem als Ganzes wesentlicher Bestandteil staatlicher Verhältnisse, da jegliche Positionen und Programmatiken über staatliche Logiken formuliert und in das große systemische Feld Staat eingespeist

werden müssen. Parteien als „legitime Repräsentanten und anerkannte Sprachrohre unterschiedlicher Interessen der Bevölkerung“ (Steckner 2013: 223) sind von wesentlicher Bedeutung bei gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftskämpfen. Sie bestimmen „über die Mechanismen der Machtverteilung und durchstaatlichen gesellschaftliche Konflikte“ (ebd.: 224). Politische Positionen und die Sichtbarmachung von Parteien sind nach Poulantzas also wichtige Akteure bei Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Parteien können also auch bei der Überwindung von Wachstumslogiken mitwirken. Weitergehend unterscheidet Jäger (2010) zunächst zwischen einem problematischen, expliziten Parteibegriff und einem impliziten Parteibegriff bei Poulantzas. Während beim expliziten Parteibegriff „Parteien [...] als die Vertretung von Klassen(fraktionen) erscheinen“ (Jäger 2010: 241), legt der implizite Begriff nahe, dass alle Staatsapparate und -institutionen in gewisser Weise eine Partei-Rolle ausführen. Poulantzas spricht dahingehend kritisch von Parteien des Machtblocks als „bloßen Kanälen der Popularisierung und Propagierung einer staatlichen Politik, die zum großen Teil außerhalb von ihnen entschieden wird“ (Poulantzas 2002: 260). Diese Kritik am Verlust der Relevanz von Parlamenten und Parteien „als Orte der politischen Formulierung und Ausarbeitung von Kompromissen und Bündnissen auf der Grundlage von mehr oder weniger präzisen Programmen“ (ebd.: 259) spiegelt die vermeintliche Alternativlosigkeit des auf Wachstum basierenden Wirtschaftssystem wider. Jäger formuliert dies als Frageraum, in dem Fragen von Parteien gestellt werden oder nicht. Der Frageraum zeige an, welche gesellschaftliche Einschreibungen und Strukturen vorhanden sind. Dabei komme es darauf an, wie und welche Fragen gestellt werden. Daran anschließend können auch nur Antworten gegeben werden, die innerhalb dieses Frageraums möglich sind. Die verschiedenen Parteien stecken durch ihre Handlungen, Programme und Positionen diesen Frageraum ab (Jäger 2010: 248ff.). Dieser sogenannte Frageraum ist also von hoher Bedeutung, da er den Machtblock durch ständige Reproduzierung von Fragen und Antworten innerhalb bestimmter Strukturen an der Macht hält. Poulantzas' Kritik bezieht sich auf diesen Aspekt, da der Frageraum durch die paradigmatische Rolle von ökonomischem Wachstum und Kapital entscheidend von eben jenen wirtschaftlichen Bereichen geprägt wird. Der Machtblock, gebildet durch die verschiedenen Staatsapparate, bezieht sich vor allem auf die Steigerung von Kapital, und so geraten Parteien vermehrt in die Rolle der Möglichmachung der Reproduktion der Akkumulationslogik.

Solange also politische Programme an Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum als Zielgrößen ausgerichtet sind, bewegt man sich weiterhin in Frageräumen, die den Machtblock stärken. Gesellschaftliche Kräfteverhältnisse würden sich nach der impliziten Parteientheorie von Poulantzas nicht oder nur wenig signifikant ändern. Eine Auflösung des Machtblocks müsse

und könne vielmehr durch das Thematisieren alternativer Frageräume und das Beantworten von Fragen, die in den bisherigen Frageräumen keine Rolle gespielt, vorangetrieben werden. Dieser neue Frageraum bildet Potenzial für einen neuen Machtblock, der den bisher gestellten Fragen widerspricht, indem neue Fragen gestellt und darauf zielende Antworten gegeben werden (Jäger 2010: 255f.). Daraus folgt, dass Parteien bei Transformationsprozessen innerhalb staatlicher Strukturen eine entscheidende Rolle zukommen kann. Dem Bedeutungsverlust des Parteiensystems könnte durch die Herstellung neuer Frageräume durch parteipolitische Prozesse und Aktivitäten entgegengewirkt werden. Damit würden transformative Elemente in bestehende demokratische Strukturen eingebaut werden. Diese Erkenntnis ermöglicht in der empirischen Analyse dieser Masterarbeit die Erforschung der Frageräume, die DIE LINKE im Jahre 2005 und 2021 eröffnet.

In Bezug auf die Möglichmachung von Postwachstumsgesellschaften müsste also eine Vorgehensweise von Parteien in dieser Logik zunächst darin bestehen, andere Frageräume zu schaffen, die außerhalb der Profitsteigerungslogik und der Kapitalismusreproduktion liegen. Dadurch müssten bisherige Antworten, die auf Fragen aus von Wachstumslogiken geprägten Frageräumen eingegangen sind, nicht mehr gegeben werden. Denn es würden ganz andere Fragen mit anderen Ziel- und Prioritätensetzungen gestellt werden. Damit würde die vermeintliche Alternativlosigkeit der Steigerungslogiken auf Kosten von Mensch und Natur durchbrochen und neue Perspektiven geschaffen werden. Wenn also in diesem Zusammenhang „das gesellschaftliche Bewusstsein die Frage als falsch gestellt begreift“ (Jäger 2010: 251), sei es möglich die Strukturen des Machtblocks zu verändern und diesen letztlich aufzulösen (ebd.). Diese Erkenntnis verdeutlicht den Ansatz von Nicos Poulantzas, dass Transformationen des Staates durch vielschichtige gesellschaftliche Prozesse passieren können. Jessop (2010: 47f.) fasst diese demokratischen Prozesse in folgende drei Oberkategorien zusammen: Kämpfe im Staat, Kämpfe für die Transformation des Staates sowie Kämpfe in Distanz zum Staat. Als Zielsetzung von Poulantzas wird weiterhin formuliert, „die Sache des demokratischen Sozialismus zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Räumen weiter voranzutreiben“ (ebd.: 49). Wiederum wird daraus deutlich, dass Poulantzas an demokratischen und prozessualen Vorgehensweisen interessiert ist und radikale Staatsbekämpfung ablehnt. Für die aktuelle Perspektive der Verfechter nicht-wachstumsorientierter Politiken bedeutet dies, dass sozial-ökologische Transformationen und die Realisierung von Postwachstumsgesellschaften durch verschiedenste gesellschaftliche und politische Kämpfe innerhalb des derzeitigen Systems vorangetrieben werden können. Dies meint, dass eben kein radikaler Umsturz oder eine Revolution passieren muss, damit strukturelle und systemische Veränderungen eintreten. Folglich sind Analysen von

Parteien und ihren Programmen als wesentliche Akteure in diesem Zusammenhang von Interesse. Für diese Masterarbeit ist dabei von Interesse, inwiefern DIE LINKE durch ihre Wahlprogramme alternative Frageräume aufwirft oder nicht. Daraus ableitend sind Diskussionen angebracht, inwiefern DIE LINKE als Wegbereiterin sozial-ökologischer Transformationen beurteilt werden kann.

4 Methodische Vorgehensweise

Um den wissenschaftlichen Ansprüchen zu genügen, ist es notwendig anhand einer sinnvoll ausgewählten Forschungsmethode vorzugehen. Die Auswahl der konkret angewandten Forschungsmethode innerhalb des breiten Spektrums von wissenschaftlichen Methoden erfolgte dabei anhand der theoretischen Überlegungen sowie den Zielsetzungen dieser Masterarbeit, die sich aus den Forschungsfragen ableiten lassen.

Die grobförmige Unterscheidung zwischen quantitativer und qualitativer Vorgehensweise ist zwar notwendig, dennoch möchte diese Arbeit auch zur Überwindung starrer und ideologisch geprägter Trennung dieser beiden Stränge beitragen. Für ein adäquates und umfassendes Erreichen der Forschungsziele bietet sich insbesondere in unserem Falle das Anwenden eines Methoden-Mix an. Eine rein quantitative Vorgehensweise erscheint nicht sinnvoll, da die Forschungsfragen auf Verstehendes und den Einzelfall Betreffendes abzielen. Die Erfassung der Wachstumsnarrative erfordert ein Sinnverstehen der Wahlprogramminhalte sowie systematisches Interpretieren der entsprechenden Texte. Diese Aspekte legen das Verwenden einer qualitativen Vorgehensweise nahe (Braun 2020: 301ff.). Nichtsdestotrotz ist das auch Einbeziehen quantitativer Elemente als „Hilfsmittel, um zu Aussagen über den Gegenstand zu gelangen“ (Mayring 2015: 22), angebracht. Bezogen auf unseren Untersuchungsgegenstand der Wahlprogramme bedeutet dies, dass die Häufigkeit von Wörtern oder Textbausteinen in die Interpretation und den qualitativen Forschungsprozess mit einbezogen wird. Welche Wörter und Textbausteine dafür relevant sind, hängt dabei von den theoretischen Vorüberlegungen und den Forschungsfragen ab. Das bedeutet, dass durch diese Art und Weise ein trennscharfes Auseinanderhalten von qualitativen und quantitativen Forschungselementen überwunden wird, um die Forschungsfragen bestmöglich zu beantworten.

4.1 Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Als konkrete Forschungsmethode wird in dieser Arbeit die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring verwendet, da sie die oben genannten Aspekte beinhaltet und eine systematische und regelgeleitete Analyse von fixierter Kommunikation darstellt. Nur so kann die Inhaltsanalyse textbasierter Dokumente intersubjektive Nachprüfbarkeit gewährleisten und sich somit dem

Vorwurf von willkürlicher Interpretation entziehen. Da sich die Forschungsfragen auf Wahlprogramme als fixierte Kommunikation von einer Partei beziehen, können anhand dieser Methode Aussagen über den Absender getroffen werden. Eine weitere zentrale Richtlinie besteht in der bei Analyse und Interpretation immer theoriegeleiteten Vorgehensweise. Die Forschung erfolgt also unter ständiger Berücksichtigung und Anknüpfung an die theoretischen Erarbeitungen und Perspektiven (ebd.: 12f.).

Nachdem erklärt wurde, warum sich die Forschungsmethode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring für die Beantwortung der Forschungsfragen sehr gut eignet, werden wesentliche Grundsätze für empirische Sozialforschung im Allgemeinen und qualitative Inhaltsanalyse im Speziellen behandelt. Zentral ist zunächst die Erkenntnis, dass es nicht die eine Vorgehensweise der qualitativen Inhaltsanalyse gibt, sondern diese immer abhängig von Analysematerial und Forschungsziel angepasst werden muss (ebd.: 51f.). Weiters gibt es Grundsätze, die bei der qualitativen Inhaltsanalyse zu befolgen sind: Da sich diese Methode dem Gegenstand Kommunikation – in unserem Fall durch Dokumente – widmet, müssen Entstehungsbedingungen und Rolle der Wahlprogramme im Kommunikationsprozess zwischen Sendern und Empfängern beleuchtet werden (ebd.: 50). Eine Einordnung des Materials in die jeweiligen zeithistorischen Spezifika ist insbesondere aufgrund des Vergleichs von zwei Dokumenten aus verschiedenen Jahrzehnten angebracht. Das schon erwähnte systematische und regelgeleitete Vorgehen ist ein weiterer Grundsatz um „anderen Inhaltsanalytikern das Nachvollziehen der Analyse“ (ebd.: 51) zu ermöglichen. Die korrekte Anwendung der Forschungsmethode ermöglicht das Erreichen der Gütekriterien „Objektivität, Reliabilität und Validität“ (ebd.: 53). Der Begriff der Objektivität bezieht sich auf die forschenden Personen und deren Unabhängigkeit. Durch objektive und nachvollziehbare Vorgehensweise im gesamten Forschungsprozess werden Verzerrungen und subjektive Einflussmöglichkeiten vermieden. Das zweite Gütekriterium empirischer Sozialforschung besteht in der Reliabilität. Damit wird die Zuverlässigkeit und Reproduzierbarkeit der Analyseergebnisse beschrieben. Das dritte Gütekriterium Validität beschreibt einen zielgerichteten Vorgang, der sicherstellt, dass das erforscht wird, was im Forschungsinteresse liegt. Ein im gesamten Forschungsprozess konsistentes und theoriegeleitetes Vorgehen ermöglicht die Erfüllung dieses Gütekriteriums (Häder 2010: 108ff.). Zudem wird angenommen, dass die Umsetzung der dargestellten Grundsätze das wichtige Ziel der Interkoderreliabilität realisieren lässt. Das bedeutet, dass verschiedene ForscherInnen zu ähnlichen Kategorien und Ergebnissen bei einer unabhängigen Untersuchung desselben Materials kommen (Mayring 2015: 53).

Im Folgenden möchte ich die vorgenommenen Arbeitsschritte schematisch darstellen. Zunächst einmal gilt es, das vorliegende Analysematerial angemessen zu definieren und zu klären, um was für eine Art von Material es sich tatsächlich handelt. Da die mögliche Materialauswahl von Transkripten, Dokumenten über Zeitungsartikel bis hin zu allen denkbaren Formen von Kommunikation sehr groß ist, ist dieser Anfangsschritt grundlegend wichtig, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen und Transparenz über das zu analysierende Material herzustellen (ebd.: 54f.). Das zugrunde liegende Material besteht in den Langfassungen der Wahlprogramme zur deutschen Bundestagswahl der Partei „Die Linkspartei. PDS“ aus 2005 sowie der Partei DIE LINKE aus 2021. Dabei ist jeweils das komplette Wahlprogramm Grundlage für die durchgeführte qualitative Inhaltsanalyse, sodass ein möglichst ganzheitliches Bild zum Thema Wachstumsnarrative der Partei gezeichnet werden kann. Etwaige Kurzfassungen von Wahlprogrammen wurden aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit nicht zur Analyse herangezogen. Beide verwendeten Wahlprogramme stehen auf der Webseite der Partei frei zum Download zur Verfügung.¹⁴ Beide Wahlprogramme liegen in schriftlicher Textform vor und wurden durch den Autor der Forschungsarbeit nicht verändert. Grundlegend kann gesagt werden, dass ein formaler Unterschied in der Länge der beiden Dokumente vorliegt. Während die pdf-Datei des Wahlprogramms von 2005 nur 32 Seiten aufweist, besteht das Äquivalent von 2021 aus 162 Seiten (Werbung und Spendenaufrufe wurden bei der Berechnung abgezogen). Dies ist im Einklang mit dem zu beobachtenden Trend, dass Bundestagswahlprogramme im Laufe der Zeit durchschnittlich immer umfangreicher wurden und werden. Das Wahlprogramm von DIE LINKE ist 2021 sogar das gemessen an der Wörterzahl längste Dokument im Vergleich zu allen anderen Parteien bei dieser Bundestagswahl (Brettschneider / Thoms 2021). Insofern sollte inhaltliche Interpretationen aufgrund der unterschiedlichen Länge der Programmdokumente nur mit äußerster Vorsicht durchgeführt werden. Allerdings sind die verschiedenen Ausmaße der Programme bei der Analyse und Auswertung zu berücksichtigen, da mehr Platz Raum für umfangreichere, detailliertere und zusätzliche Ausführungen durch die Partei DIE LINKE schafft. Auffällig ist weiterhin, dass die Datei aus 2005 ausschließlich schwarz-weiß gestaltet ist und die 2021-Version zumindest auf den eröffnenden und abschließenden Seiten farbliche Akzente aufweist.

Weiterhin sind die Entstehungsbedingungen der Wahlprogramme von Relevanz. Dabei ist von Interesse, welche Personen und Institutionen warum an der Erstellung des zu analysierenden Materials beteiligt waren, welche Zielgruppe angesprochen wurde und in welchen politischen

¹⁴ Siehe dazu im Quellen- und Literaturverzeichnis Die Linkspartei. PDS (2005) sowie DIE LINKE (2021).

Kontext das Material einzuordnen ist (Mayring 2015.: 54ff.). Das Wahlprogramm 2005 der „Linkspartei. PDS“ wurde am 27. August 2005 bei der 2. Tagung des 9. Parteitags in Berlin beschlossen. Ein Entwurf wurde vorher auf der 1. Tagung des 9. Parteitags am 17. Juli 2005 vorgestellt (Weichold / Dietzel 2005: 1). Da die heute bestehende Partei DIE LINKE erst im Juni 2007 gegründet wurde, ist es notwendig die Umstände und Formalia, die zum Parteiprogramm der „Linkspartei. PDS“ geführt haben, zu erläutern. Die PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus) ging aus der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) hervor. Die SED führte die DDR unter einer Ein-Parteien-Herrschaft und war die dortige Staatspartei. Im Jahre 2004 wurde in Deutschland zunächst der WASG e.V. (Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit eingetragener Verein) gegründet. Daraus ging Anfang 2005 die Partei WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative) hervor. Verein und Partei wurden vor allem von KritikerInnen der damaligen Regierung unterstützt. Die Partei zeichnete sich unter anderem durch Forderungen nach alternativer Wirtschaftspolitik sowie der Eindämmung kapitalistischer Strukturen aus (Vollmer 2013: 90ff.). PDS und WASG kooperierten bei der Bundestagswahl 2005, nachdem ein linkes Bündnis nicht nur inhaltlich, sondern auch aus machtpolitischen Gründen Sinn ergab. Für die vor allem in der ehemaligen DDR starke PDS waren insbesondere Zuwächse bei linken Wählerschaften im westdeutschen Bundesgebiet von Interesse. Die WASG als westdeutsch geprägte Organisation war insofern passend. Für die frisch gegründete WASG war das Überspringen der 5-Prozent-Hürde unrealistisch, sodass eine Zusammenarbeit mit der etablierten PDS Sinn machte. Insofern beschlossen zunächst die jeweiligen Führungskräfte diese Kooperation und im Anschluss bestätigten die MitgliederInnen beider Parteien auf Parteitagen dies. Die PDS nahm weiterhin eine Umbenennung ihrer Partei in „Linkspartei. PDS“ vor. Die Kurzform für diese Nennung wurde „Die Linke.“ (Niedermayer 2007: 35ff.). Wesentliche Erkenntnis für diese Forschungsarbeit ist, dass der Fusionsprozess der beiden Parteien zur heute bestehenden Partei DIE LINKE schon deutlich vor der Bundestagswahl 2005 begonnen hat. Dieser Fusionsprozess passierte bewusst und mit dem Ziel, ein deutschlandweit relevantes linkes Projekt aufzubauen. Bei der Wahl 2005 trat man als bundesweites, linkes Bündnis und mit einem Bundestagswahlprogramm an (ebd.; Vollmer 2013: 107ff.). Die Zielsetzung eines Linksbündnisses mit einem gemeinsamen Bundestagswahlprogramm unterstreicht die Eignung zum Vergleich von „Linkspartei. PDS“ mit DIE LINKE. Im Juni 2007 wurde schließlich die Verschmelzung von WASG und PDS formell vollendet und die Gründung der Partei DIE LINKE geschah (Decker 2021). Das 2005 beschlossene Wahlprogramm ist somit neben der offensichtlichen inhaltlichen Kommunikation nach außen auch eine wesentliche interne Richtungseinschlagung für den damals zukünftigen Kurs der sich findenden

Partei. Als Zielgruppe können somit sowohl die gesamte potenzielle Wählerschaft als auch insbesondere Parteibasis, PolitikerInnen anderer Parteien und die mediale Landschaft gesehen werden.

2021 hat DIE LINKE ihr Wahlprogramm auf der 2. Tagung des aufgrund der pandemischen Situation in Deutschland online stattfindenden 7. Bundesparteitages am 19. und 20. Juni beschlossen. 362 Delegierte stimmten für den Beschluss, 30 stimmten dagegen und 20 enthielten sich (Spiegel.de 2021b). Schon im Februar 2021 wurde durch die Bundesvorsitzenden ein erster Entwurf vorgelegt. Vor dem Beschluss auf dem Parteitag gingen über eintausend Änderungsanträge ein, was die Mitwirkung durch die MitgliederInnen der Partei zeigt und die Wichtigkeit des Wahlprogramms unterstreicht (Taz.de 2021b). Auch die institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten der ParteimitgliederInnen sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen. DIE LINKE befand sich vor den Bundestagswahlen 2021 zusammen mit AfD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in der Opposition. Regierungsparteien waren die große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Bei den zwei Wahlprogrammen handelt es sich um Dokumente, die unter Mitwirkung von MitgliederInnen der Partei entstanden sind und nach Abstimmung auf Parteitag wesentliche politische Inhalte und Zielsetzungen der Partei offenbart. Faktisch handelt es sich bei dieser qualitativen Inhaltsanalyse also um eine vergleichende Dokumentenanalyse, bei der Aussagen über die dort wiedergegebenen Inhalte getroffen werden. Grundlegend sind jeweils Parteien als Absender zu nennen, die die Wahlprogramme innerhalb der Logik des politischen Systems veröffentlicht haben. Die impliziten und expliziten Hintergründe, die das Vorliegen des Dokuments mit sich bringt, sind während der Inhaltsanalyse zu berücksichtigen. Ebenso ist es relevant zu analysieren, welche Zielgruppen die Kommunikatoren mit ihren Wahlprogrammen im Blick hatten und haben. Die Analyse der Ziele und der Zielgruppen ist mit einzubeziehen, da diese Auswirkungen auf die Inhalte der Dokumente haben können. Daran anschließend kann festgehalten werden, dass es sich um eine Dokumentenanalyse handelt, bei der der niedergeschriebene Text und damit die von der Partei kommunizierten Inhalte Gegenstand der Untersuchung sind.

Daran anknüpfend müssen Aussagen über die Richtung der Inhaltsanalyse getroffen werden. Anlehnend an Fragestellung und Erkenntnisinteresse wird weiterhin definiert, welche Art von Aussagen über wen getroffen werden können. Diese Vorgehensweise verhindert zielloses Analysieren und Interpretationen, die keinen Beitrag zur Beantwortung der theoriegeleiteten Forschungsfragen leisten. Nach diesen Grundlagen erfolgt die für qualitative Inhaltsanalyse wesentliche Aufteilung in einzelne Interpretationsschritte (Mayring 2015: 61). Mayring

unterscheidet dazu drei Grundformen des Interpretierens, die teilweise Überschneidungen haben und in anderen Bereichen Differenzen aufweisen. Die drei Formen Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung haben verschiedene Ziele. Eine wichtige Feststellung ist, dass diese drei Formen nicht aufeinanderfolgend angewendet werden sollten. Vielmehr wird anhand des Analysematerials und den Forschungsfragen eine der drei ausgewählt (ebd.: 65ff.). Um größtmögliche Transparenz dieser methodischen Vorgehensweise in dieser Masterarbeit zu gewährleisten, ist zunächst eine Erklärung der drei Techniken angebracht. Bei der Zusammenfassung besteht das Hauptziel darin, die für die Forschungsfragen zentralen Inhalte aus dem Material herauszuarbeiten. Dabei soll durch Reduktion eine übersichtliche und komprimierte Darstellung des Ausgangsmaterials entstehen. Die Explikation legt den Fokus auf das Recherchieren, Zusammentragen und Sichtbarmachen von kontextualisierendem Zusatzmaterial. Dieses soll das bestehende Grundmaterial so erweitern, dass ein Mehr an Verständlichkeit und Inhalt entsteht. Die dritte und letzte der drei Grundformen des Interpretierens nach Mayring besteht in der Strukturierung. Dabei werden, ausgehend vom Forschungsinteresse, Einschätzungen des Analysematerials vorgenommen. Die nach bestimmten Kriterien vorzunehmende Analyse ermöglicht das Erreichen des Hauptziels der Strukturierung, nämlich das Herausfiltern von für die Fragestellung zentralen Aspekten (ebd.: 67).

Für diese Masterarbeit lag es nahe, aufgrund der Charakteristika meiner Forschungsfragen die Form der Strukturierung anzuwenden. Zusammenfassung wurde aus zweierlei Gründen nicht verwendet: Erstens würde eine übersichtliche und verkürzte Darstellung der Wahlprogramme die Forschungsfragen nicht beantworten. Zweitens ist für eine adäquate Einschätzung von Wachstumsnarrativen ein Mindestmaß an interpretativer und einordnender Leistung notwendig, die bei der an induktiver Kategorienbildung orientierten Zusammenfassung nicht vorgenommen werden kann. Auch die Explikation erschien wenig zielführend, da sich die Forschungsfragen auf die von der Partei transportierten Inhalte beziehen. Zwar sind für die Analyse kontextuale Einordnungen nicht komplett auszuschließen, aber eine enge oder weite Kontextanalyse, wie sie Mayring für die Explikation beschreibt, würde zu weit vom Material wegführen. Das vorliegende Material ist aber ein wichtiger Teil der Kommunikation der Partei DIE LINKE, weshalb ein Heranziehen kontextueller Materialien zu Fehlinterpretationen führen könnte.

Die zur Beantwortung der Forschungsfragen geeignetste Form des Interpretierens liegt in der Strukturierung. Sie ermöglicht durch das Herausfiltern der für unser Forschungsinteresse zentralen Inhalte der Wahlprogramme Aussagen über Vorhandensein und Ausmaß von etwaigen Wachstumsnarrativen bei der Partei DIE LINKE. Mayring unterscheidet innerhalb der

Strukturierung wiederum vier verschiedene Vorgehensweisen mit jeweils anderen Zielen und Schwerpunkten. Ich habe die skalierende Strukturierung verwendet, da sie die Möglichkeit bietet, das Material ordinalskaliert einzuschätzen. Das bedeutet, dass nach Abschluss der Analyse gesagt werden kann, ob DIE LINKE sich stark an Wachstumslogiken orientiert und Pfade einer auf Postwachstum orientierten sozial-ökologischen Transformation einschlägt oder nicht. Der Ablauf der skalierenden Strukturierung wird im Folgenden aufgezeigt. Die Bestimmung sogenannter Einschätzungsdimensionen ist dabei grundlegend. In Bezug auf diese Masterarbeit beziehen sich die Einschätzungsdimensionen auf Postwachstum und Wachstumsnarrative. Diese Dimensionen ermöglichen es dann, die Skalenpunkte zu definieren. Die Skalenpunkte schaffen die Skalierung und ermöglichen graduelle Aussagen über die zuvor festgelegten Einschätzungsdimensionen (ebd.: 106ff.). Die Skalenpunkte geben dann Orientierung zur Einschätzung, wie sehr Inhalte aus dem Wahlprogramm in Bezug auf die Einschätzungsdimensionen zutreffen. Da es sich um eine skalierende Strukturierung handelt und es für die Beantwortung der Forschungsfragen zentral ist, wurde das Material anhand einer Ordinalskala eingeschätzt. Bestehend aus fünf verschiedenen Skalenpunkten wurden die Fundstellen aus den Wahlprogrammen eingeordnet, um im Anschluss daran eine entsprechende Analyse durchzuführen. Die Skalenpunkte beziehen sich auf die Anschlussfähigkeit an die eingangs erarbeiteten Postwachstumsströmungen der verschiedenen Fundstellen: 1= Sehr große Wachstumsorientierung; 2= Große Wachstumsorientierung; 3= Mittelmäßige Wachstumsorientierung; 4= Wenig Wachstumsorientierung; 5= Keine Wachstumsorientierung. Eine Einordnung in die Skala 4 bedeutet beispielsweise wenig Wachstumsorientierung und stellt damit eine recht große Überschneidung mit Inhalten aus Postwachstumsdiskussionen dar.

Ein wesentliches Element qualitativer Inhaltsanalyse besteht im Kategoriensystem. Dieses stellt die Grundlage für die darauffolgende Analyse, Interpretation und Auswertung dar, weshalb „ein besonderes Augenmerk auf die Kategorienkonstruktion und -begründung“ (ebd.: 51f.) gelegt werden muss. Wie schon erwähnt, ist das erarbeitete theoretische Gerüst handlungsleitend bei der Erstellung der Kategorien. Durch Definitionen und Ankerbeispiele fanden weitere Ausdifferenzierungen statt. Es kann insofern von deduktiver Kategorienbildung gesprochen werden (ebd.: 85ff.). Das Kategoriensystem bildet die Grundlage für den darauf gefolgten ersten Materialdurchlauf, bei dem die relevanten Stellen in den Dokumenten gekennzeichnet wurden und eine erste Einschätzung erfolgte. Der erste Durchlauf diente als Überprüfung der definierten Skalenpunkte sowie des Kategoriensystems inklusive Ankerbeispielen. Dabei wurde deutlich, dass das Kategoriensystem nicht starr und festgelegt ist, sondern als Teil des Forschungsprozesses durch die Materialdurchläufe angepasst und verbessert werden kann und muss. Ziel

jeglicher Anpassungen und Revisionen ist die möglichst adäquate Beantwortung der Forschungsfragen. Insofern ist die theoriegeleitete Erstellung des Kategoriensystems auch verknüpft mit den Rückkoppelungen und der Passung mit dem zu analysierenden Material. Nach einigen Materialdurchläufen, in denen Verbesserungen und Anpassungen der Skalenpunkte sowie der Definitionen, Ankerbeispiele und Kodierregeln des Kategoriensystems durchgeführt wurden, konnten schließlich folgende Kategorien entwickelt werden: Allgemeine und übergreifende politische Ansichten; Produktion, Industrie und Arbeit; Feminismus; Mentale Infrastruktur der Gesellschaft und Kulturelles; Umverteilung und Solidarität; Klima und Ökologie; Kapitalismus und Marktlogiken, Finanzsektor sowie als Zusatzkategorie Transformation des Staates.

Dieses Kategoriensystem war und ist die strukturgebende Form für die Analyse der Fundstellen bzw. des Materials. „Die Analyse von Häufigkeiten, Kontingenzen und Konfigurationen der Einschätzungen“ (ebd.: 107) ermöglichte dann die schriftliche Ergebnisaufbereitung. Um die Fragestellungen beantworten zu können, waren weiterhin Interpretationsleistungen der Ergebnisse hinsichtlich des Forschungsinteresses zu leisten. Diese Vorgehensweise der skalierenden Strukturierung gewährleistet einerseits die Einhaltung der beschriebenen Gütekriterien empirischer Sozialforschung und andererseits die Beantwortung der theoriegeleitet entwickelten Forschungsfragen (ebd.: 97ff.).

5 Analyse und Auswertung

In diesem Hauptteil erfolgen die Analyse und Auswertung der Bundestagswahlprogramme von 2005 und 2021 der Partei DIE LINKE unter Berücksichtigung der oben dargestellten Fragestellungen. Als strukturelle Ordnung dienen dabei die anhand der theoretischen Erarbeitungen und mehrerer Materialdurchläufe erstellten Ober- und Unterkategorien. Zur besseren Übersichtlichkeit werden die jeweiligen Bundestagswahlprogramme folgendermaßen zitiert: Das Bundestagswahlprogramm 2005 wird als BTWP 2005 bezeichnet. Im Quellen- und Literaturverzeichnis ist dieses unter Die Linkspartei. PDS (2005) zu finden. Das Bundestagswahlprogramm 2021 wird als BTWP 2021 bezeichnet. Im Quellen- und Literaturverzeichnis ist dieses unter DIE LINKE (2021) zu finden.

Zunächst gehe ich kurz auf die verschiedenen Inhaltsverzeichnisse ein, die auf die unterschiedlichen Charakteristika der Wahlprogramme hindeuten. Während das 32 Seiten lange Programm von 2005 mit 7 Hauptthemen und 32 Unterkategorien auskommt, ist das aktuelle Bundestagswahlprogramm deutlich detaillierter und feingliedriger. Allein 27 übergeordnete Hauptthemen geben einen Hinweis auf die Vielfalt an Themen, die DIE LINKE anspricht. Noch deutlicher

wird das breit angelegte Programm von 2021 bei der Betrachtung der Unter- und Einzelkategorien: Mit 120 verschiedenen Überschriften beleuchtet DIE LINKE Verschiedenstes wie „Pfle-
gende Angehörige entlasten!“ (BTWP 2021: 4) bis hin zu „Digitale Zahlungssysteme regulie-
ren“ (ebd.: 5). Dieses Wissen war wichtig für den Analysevorgang, da dies eine Erklärung für
mögliche unterschiedliche Ausprägungen an Detailliertheit zwischen den beiden Wahlpro-
grammen darstellen kann. Im Folgenden findet sich die Analyse und Auswertung der Bundes-
tagswahlprogramme von 2005 und 2021 mit dem Fokus auf etwaige Wachstumsnarrative. Die
für die Analyse erstellten Hauptkategorien sind aufgrund des Wesens der Ideen und Debatten
der Postwachstumsströmungen nie vollständig trennscharf, aber stellen sinnvolle Strukturie-
rungs- und Denkrichtungen dar, um die Forschungsfragen adäquat zu beantworten. Auch Nie-
dergeschriebenes in Wahlprogrammen enthält auf kleinem Raum oftmals viele verschiedene
Themen und Inhalte, sodass ein Satz in Wahlprogramm durchaus mit mehreren Codes versehen
sein kann, um einer vollständigen Analyse gerecht zu werden. Die folgende Analyse besteht
aus zwei Teilen. Der erste und ausführliche Teil behandelt die politischen Zielsetzungen und
Stoßrichtungen der Partei aus beiden Wahlprogrammen. Darin sind die Analyse und Interpre-
tation sowohl grober programmatische Ziele als auch detaillierter Politikvorschläge enthalten.
Nicht nur die großen politischen Formulierungen und Richtungen, sondern auch die feineren
Ausführungen geben durch die methodische Vorgehensweise Aufschluss über die jeweiligen
Vorstellungen von Wachstumsnarrativen der Partei. Dabei ist zentral, welche Frageräume die
Partei durch ihre politischen Positionen und Forderungen eröffnet. Der zweite Teil betrachtet
die Anschlussfähigkeit der Inhalte an das Konzept der gesellschaftlichen Verhältnisse von
Nicos Poulantzas. Damit werden Überlegungen zu Transformationen des Staates im Sinne von
Postwachstum möglich.

5.1 Politik – Zielsetzungen und Inhalte

Der Aufbau folgt der Logik des erstellten Kategoriensystems.

5.1.1 Allgemeine und übergreifende politische Ansichten

Im Jahre 2005 wirbt die Partei für den demokratischen Sozialismus und „wirkliche Alternati-
ven“ (BTWP 2005: 6) zu den anderen politischen Mitbewerbern. In diesem Wahlprogramm
sind die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit die-
jenigen Themen, die sehr hohe Priorität einnehmen. Auch legt die Partei Wert auf „soziale
Grundrechte und individuelle Freiheitsrechte“ (ebd.). Damit in Verbindung steht die Forderung,
dass Bildung und Wissen für alle Menschen zugänglich sein sollten und nicht die Zugehörigkeit
zu unterschiedlichen sozialen Schichten Bildungswege vorprägt. Die damals zukünftige Ge-
sellschaft will die Partei mit mehr Geschlechtergerechtigkeit und weniger Diskriminierung

gestalten. Demokratie und ein hohes Maß an Mitbestimmung sind weitere Elemente, die nicht nur bei politischen Wahlen, sondern in vielen anderen Bereichen implementiert werden sollen. Beispiele, die diesbezüglich genannt werden können sind etwa die Mitwirkung von ArbeitnehmerInnen innerhalb ihrer Betriebe oder dem kommunalen Umfeld, in dem die Menschen leben. Durch eine aktivere Rolle von Staat, Politik und BürgerInnen soll Wirtschaft gefördert und gleichzeitig sozialverträglich gestaltet werden. Der Markt soll nicht sich selbst überlassen werden, sondern benötigte Eingriffe durch staatliches Handeln. Ein Teil dieser Eingriffe bestehe im Ausbau von Investitionen und der dadurch erhofften Erhöhung von Nachfrage und damit letztlich Wirtschaftswachstum. Auch Umverteilungsmaßnahmen zum Beispiel durch steuerliche Anpassungen sind Teil der politischen Ideen. Die stärkere Belastung überdurchschnittlich finanzkräftiger Personen durch Vermögenssteuern, höhere Einkommenssteuer oder Erbschaftsteuer führe zu mehr finanzieller Ausstattung des Staates, die in soziale Gerechtigkeit investiert werden könne (ebd.: 5ff.).

DIE LINKE möchte Ökonomisches, Soziales und Ökologisches nicht nur national, sondern mindestens europaweit „in Einklang“ (ebd.: 20) bringen. Dabei wird vor allem auf die Förderung und Entwicklung technologischer Innovationen vertraut, die vielfältige gesellschaftliche Fortschritte ermöglichen sollen (ebd.: 16). Diese gesellschaftlichen Fortschritte gehen laut DIE LINKE mit dem Ziel einer „sozial und ökologisch nachhaltige[n] Entwicklung“ (ebd.: 6) der gesamten Europäischen Union einher. Auf internationaler Ebene wird friedliche Konfliktbewältigung gefordert. Die neoliberale Organisation von Globalisierung der vorhergehenden Jahrzehnte wird als Mittel für Frieden, Wohlstand und zukunftsfähige Gestaltung der Welt kritisiert. Vielmehr sollen Demokratie, Soziales und Ökologisches mit gerechter wirtschaftlicher Entwicklung in Verbindung gebracht werden (ebd.: 6ff.). Im Jahre 2005 präsentiert sich eine Partei, die in ihrem Wahlprogramm ökologisches und insbesondere soziales Bewusstsein zeigen möchte und dabei in die positiv wirkenden wirtschaftlichen Mechanismen eines technologie- und industriegeprägten Deutschlands vertraut. Die Steigerung und Zunahme wirtschaftlicher Aktivitäten ist unter erhöhter staatlicher Aktivität gewünscht. Durch mehr Einnahmen sollen mehr Maßnahmen unter anderem zur sozialen Gerechtigkeit umgesetzt werden.

Mit dem Wahlprogramm von 2021 zeigt sich DIE LINKE weitaus kämpferischer und mit schärferen Forderungen als 2005. Die Partei erweitert ihre Zielvorstellung der politischen und gesellschaftlichen Organisation von Deutschland, indem sie von ökologischem *und* demokratischem Sozialismus spricht. Der ökologische Aspekt hat einen deutlich höheren Stellenwert als 2005 erreicht und findet sich in den grundlegenden Selbstdarstellungen der Partei wieder. Diese

enorme Steigerung der Wichtigkeit von Ökologie ist bemerkenswert. Umwelt- und Klimaschutz wird sehr häufig in Verbindung mit einem weiteren wichtigen Thema der Partei gebracht: sozialer Gerechtigkeit. Diese Verbindung ist über das gesamte Programm zu erkennen. Allerdings lässt sich in diesbezüglichen Begrifflichkeiten keine hundertprozentige Stringenz erkennen, sie werden unterschiedlich verwendet: „sozial- und klimagerechte[r] Umbau von Wirtschaft und Infrastruktur“ (BTWP 2021: 9); „sozialökologische Transformation“ (ebd.: 14); „sozialökologische[r] [...] Politikwechsel“ (ebd.: 15); „soziale und ökologische Transformation“ (ebd.: 19); „sozialökologischer Systemwechsel“ (ebd.: 59); „sozial-ökologische[r] Umbau“ (ebd.: 149), etc. Trotz der Begriffsvielfalt wird über das gesamte Programm deutlich, dass DIE LINKE soziale und ökologische Themen zusammen denkt und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation sieht und sichtbar machen möchte. Soziale Gerechtigkeit und ökologischer Umbau sind zentrale Querschnittsthemen des Programms. In Bezug auf die theoretischen Auseinandersetzungen in Kapitel 3 begibt sich die Partei also in einen Frageraum, der Antworten auf soziale Fragen und der Art und Weise wie ökologisch gesellschaftliche Veränderungen gestaltet werden, produziert.

Angeregt wird im Jahre 2021 zudem ein anderes und zukunftsgerichtetes Produktionsmodell, welches nicht auf der ungerechten Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskraft beruht (ebd.: 57). Die vielfältige Arbeitswelt müsse einem raschen Umbau unterzogen werden, der von Klimaneutralität, ökologischem Bewusstsein und sozialer Gerechtigkeit geprägt sei. Dieser Umbau dürfe nicht von Wirtschaftsinteressen privater Konzerne abhängen, sondern solle maßgeblich durch die Beteiligung von ArbeitnehmerInnen sowie staatlichen Akteuren gestaltet werden (ebd.: 15ff.). Profit- und Kapitalinteressen sollen zugunsten ausgebauter staatlicher Aktivitäten, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen entsprechen, zurückgedrängt werden. Dazu gehöre auch ein Abbau von Privatisierung und Marktlogiken in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Diese Forderungen werden im gesamten Programm mit Nachdruck formuliert und nehmen Profit- und Wachstumsstreben kritisch in den Blick. Beispielhaft steht dafür die Betitelung einer Unterkategorie: „Immobilienkonzerne an die Kette legen!“ (ebd.: 44). Statt privaten Konzernen die Möglichkeit zu geben, massive Gewinne auf Kosten der BürgerInnen zu erwirtschaften, stehen Vergesellschaftungen und Orientierung am Gemeinwohl im Fokus des politischen Programms von DIE LINKE. Umverteilungsmaßnahmen von Arbeit und Reichtum sind genauso Teil des Programms wie adäquater Schutz von Armut und die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe, um „ein gutes Leben[...] für alle“ (ebd.: 9) zu ermöglichen. Dazu gehöre auch geschlechtergerechtes Handeln auf allen Ebenen. In internationaler Hinsicht wird ein grundlegender Politikwechsel gefordert, der gerechte Wirtschaftsbeziehungen und die faire

Berücksichtigung der Interessen anderer Nationen vorsieht. Die massiven Ungleichheiten zwischen Globalem Norden und Süden sollen durch soziale, ökologische und gerechte Weltwirtschaftsstrukturen bekämpft werden. Frieden sei laut der Partei mit dem System des Kapitalismus nicht möglich, hier brauche es grundlegende Transformationen (ebd.: 149ff.). Dass globale gerechte Wirtschaftsbeziehungen in dem Wahlprogramm thematisiert und eingefordert werden, ist ein Angriff auf derzeit herrschende gesellschaftliche Machtverhältnisse. Mit dieser Forderung würde auch Deutschland Machtverluste hinnehmen müssen. Dieser politische Programmpunkt kann als klare Positionierung gesehen werden, die den Interessen des herrschenden Machtblocks entgegensteht. Somit werden in diesem Fall alternative Frageräume eröffnet, womit im Anschluss an Poulantzas eine die kapitalistischen Klassenfraktionen angreifende Haltung eingenommen wird. Die Partei nimmt also globale Wirkzusammenhänge aus einer kritischen Perspektive in den Blick. Dabei werden Themen wie Klimagerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, Wirtschaftliches oder Frieden meist in Verhältnisse und Abhängigkeiten miteinander gesetzt. Dies zeigt, dass ganzheitliche Ansätze und Perspektiven prägend für das Wahlprogramm von 2021 sind.

Ein Vergleich der großen politischen Zielsetzungen und Schwerpunktlegungen der Wahlprogramme von 2005 und 2021 offenbart Unterschiede in mehreren Aspekten, die für die Beantwortung der Forschungsfragen bedeutsam sind. Deutlich wird zunächst die enorme Relevanzsteigerung ökologischer und klimatischer Themen im aktuellen Programm von 2021 gegenüber 2005. „Klimagerechtigkeit“ ist ein solch wichtiges Thema für DIE LINKE, dass es neben „sozialer Sicherheit“ und „Frieden“ die Überschrift des gesamten Wahlprogramms darstellt. Die Notwendigkeit, grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformationen anzustreben, um Klima und Ökologie zu schützen, wird 2021 sehr klar formuliert. Eine Veränderung stellt sich ebenso bei den sehr relevanten Bewertungen von Profit- und Wachstumslogiken dar. Wird 2005 noch der Wunsch nach Nachfragensteigerung und mehr wirtschaftlicher Aktivität geäußert, ist im aktuellen Programm klare Kritik an kapitalistischen Strukturen und Profitstreben zu erkennen. Damals hält man das Zusammenwirken von Ökologie, Ökonomie und Sozialem unter den damaligen Bedingungen für möglich und erstrebenswert. Heute wird ein anderes Produktionsmodell gefordert und tiefgreifende Transformationen diskutiert. DIE LINKE agiert also in dieser Hinsicht mit unterschiedlichen Herangehensweisen und Vorschlägen in den beiden Vergleichsdokumenten. Es lassen sich zwei unterschiedliche Frageräume identifizieren, in denen folglich auch unterschiedliche Rahmenmöglichkeiten für Antworten gegeben sind: 2005 geht es in diesem Zusammenhang um die Frage, wie Wirtschaft wachsen kann und wie unter den damals bestehenden Produktionsbedingungen zusätzliche finanzielle Möglichkeiten für ein

größeres Ausmaß an sozialer Gerechtigkeit hergestellt werden kann. 16 Jahre danach steht zwar auch die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit im Vordergrund, allerdings im Rahmen von Transformationen und der Berücksichtigung von Profit- und Wachstumskritik. Ein weiterer Aspekt, der 2021 höhere Gewichtung erfährt und qualitativer ausgearbeitet ist, besteht in der globalen Perspektive. DIE LINKE richtet ihre politischen Ansichten an globalen Zusammenhängen aus und denkt weit über nationale Grenzen hinaus. Auch in diesem Bereich ist das unbedingte Zusammendenken von Sozialem, Ökologie und anderen Wirtschafts- und Handelspolitiken prägend. Globale Betrachtungsweisen sind zwar auch 2005 vorhanden, aber bei weitem nicht in diesem Ausmaß und mit deutlich weniger Inhalten.

Beide Programme eint die Forderung nach größerer politischer Gestaltungskraft und einem gleichzeitigen Zurückdrängen von Marktmechanismen. Staat, Länder und Kommunen sollen durch Umverteilungsmaßnahmen von Reich zu Arm sowie Regulierung und Rahmensetzung wirtschaftlicher Aktivitäten für bessere gesellschaftliche Bedingungen sorgen. Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit für alle als Ziel von Politik sind in beiden Jahren elementare Bestandteile der programmatischen Ausrichtungen der Partei. Diese Aspekte machen deutlich, dass in beiden Programmen die am Kapital orientierten gesellschaftlichen Verhältnisse verändert werden sollen. Es lässt sich nach Betrachtung der allgemeinen und übergreifenden Formulierungen der Wahlprogramme festhalten, dass Unterschiede bestehen sowie explizit und implizit andere Bewertungen von Wirtschaftswachstum vorgenommen werden. Die Analyse der Skalenpunkte für die allgemeinen und übergreifenden politischen Ansichten ergeben ein ähnliches Bild mit geringer ausgeprägten Wachstumsorientierung im Programm von 2021 im Vergleich zu 2005. Für eine detaillierte Betrachtung, inwiefern die Wahlprogramme Wachstumsnarrative beinhalten und mit den Debatten über Postwachstumsgesellschaften kompatibel sind, folgt nun die Detailauswertung.

5.1.2 Produktion, Industrie und Arbeit

Ein zentraler Bereich, wenn es um Wachstumsnarrative und Umsetzung von Postwachstumsideen geht, besteht darin, wie Produktion, Industrie und Arbeit in einer Gesellschaft organisiert werden. Im Folgenden werden die Inhalte aus den Wahlprogrammen, die diese Themenkomplexe betreffen, auf Wachstumsorientierungen hin überprüft und verglichen. DIE LINKE fordert 2005 „Innovation und hochwertige Produktion“ (BTWP 2005: 9) und möchte durch Investitionen „einen sozial-ökologischen Umbau voranbringen“ (ebd.). Innovation kann ein Teil davon sein, wird allerdings als Möglichkeit gesehen, wirtschaftliches Wachstum herbeizuführen (ebd.: 16). Auch 16 Jahre später wird explizit der „sozial-ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft“ (BTWP 2021: 87) angesprochen. Innovation solle dabei explizit den Zielen

eines Umbaus von Wirtschaft und Arbeit dienen (ebd.: 147). Es zeigt sich, dass der Innovationsaspekt zwar in beiden Programmen erwähnt wird, aber 2005 ein wesentlicher Bestandteil der Argumentationslogik ist und dabei auf Vertrauen in technologische Lösungen durch unternehmerische Tätigkeiten verweist. 2005 wird Innovation breit gedacht und soll nicht nur den Zielen eines sozial-ökologischen Umbaus dienen. Vielmehr zeigt die Bezugnahme auf den damit zusammenhängenden Wunsch nach der Stärkung von „Wachstumskerne[n]“ (BTWP 2005: 18) die Unvereinbarkeit in diesem Feld mit den Ideen und Vorstellungen von Postwachstum. Im Anschluss an die theoretische Diskussion um Frageräume und deren Potenzial für mögliche Transformationen von Staaten ist folgendes festzuhalten: Der Begriff des Wachstumskerns verweist auf Fragen nach Quellen von kontinuierlichen Steigerungsmöglichkeiten und ermöglicht somit in diesem Bereich keine Antworten, die außerhalb von Wachstumslogiken liegen.

Sowohl 2005 als auch 2021 wird oftmals auf die Rüstungsindustrie als schädlichem und viel zu großem Industriesektor hingewiesen. Insbesondere in dem Programm, welches vier Jahre nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 in New York veröffentlicht wurde, wird die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Abrüstungsmaßnahmen vorgeschlagen (ebd.: 29f.). Im neuen Programm wird ein globaler „Rüstungswettlauf“ (BTWP 2021: 139) konstatiert, welcher Wachstums- und Wettbewerbslogiken unterliege. Dieser wird unter Hinweisen darauf, dass mit Krieg, Tod, Waffen und Sicherheitstechnik kein Geld verdient werden solle, abgelehnt (ebd.: 135ff.). Die grundlegenden Positionen von DIE LINKE bezüglich Rüstungsausgaben und Waffengeschäften haben sich nicht verändert, aber die Argumentationen und Implikationen berücksichtigen heute mehr als damals kritische Sichtweisen auf Wachstumslogiken. Diese Erkenntnis ergibt sich aus Passagen, die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und ungerechten globalen Verhältnissen herstellen. Diese würden nationale und internationale Kriegsgefahren erhöhen und damit die Steigerung von Rüstungsproduktion- und -ausgaben begünstigen (ebd.: 133ff.). 2005 wird zwar auch betont, dass globale Gerechtigkeit zu mehr Sicherheit führe, aber die Rückschlüsse und kausalen Zusammenhänge zu den Akkumulationslogiken des Kapitalismus werden nicht thematisiert (BTWP 2005: 29f.). Die kritische Einbeziehung von Wachstumslogiken in die Rüstungsthematiken führt in diesem Bereich dazu, dass 2021 eine geringere Wachstumsorientierung festzustellen ist als 2005.

Während 2005 abseits der Rüstungskritik nur wenig Prioritäten dahingehend gesetzt werden, in welchen Sektoren Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen werden, ist im aktuellen Programm von einer „Transformation der Arbeitswelt“ (BTWP 2021: 21) die Rede. Das Wort ‚Transformation‘ kommt im Wahlprogramm 2005 hingegen kein einziges Mal vor. Die Vorstellung der

zu verändernden Arbeitswelt betrifft 2021 viele Aspekte und Sektoren wie etwa die in Deutschland äußerst wichtige Automobilindustrie oder Tätigkeitsbereiche innerhalb der Energiebranche. Ein Rückbau von Individualverkehr zugunsten von Bahn, E-Bussen und anderen kollektiven Mobilitätsmodellen ist dabei im Verkehrssektor prägend (ebd.: 63ff.). Durch massive Investitionen sollen die Arbeitsplätze in diesen Industrien zu zukunftsfähigen- und sicheren Tätigkeiten werden. Ein interessanter Aspekt, der im Zusammenhang damit mehrmals erwähnt wird, ist der Drang nach einer adäquaten Beteiligung und Mitwirkung der Beschäftigten bei dieser Transformation. Diese sollen bei verschiedensten Prozessen innerhalb der Firmen ein größeres Mitspracherecht erhalten. Mitbestimmung der MitarbeiterInnen und die Einrichtung von „Transformationsräte[n]“ (ebd.: 68) sollen prägend für die zukünftige Arbeitswelt sein. Die Etablierung solcher integrativen Elemente wie etwa „eine demokratische Bürgerbahn“ (ebd.: 63) stehen für eine Partei, die die Macht von ArbeitnehmerInnen ausweiten möchte. Der Aspekt der Forderung nach einer stärkeren Beteiligung von Beschäftigten erfüllt nur für sich stehend nicht in vollem Umfang Postwachstumsstrategien. Die mehrmals formulierte politische Agenda der Arbeitszeitverkürzung ist allerdings höchst relevant für Postwachstumsstrategien, sodass hier insgesamt von einer großen Schnittmenge gesprochen werden kann (ebd.: 9f., 59). Auch 2005 wurden schon Arbeitszeitverkürzungen gefordert mit dem Hinweis auf „fortschreitende Steigerung der Produktivität“ (BTWP 2005: 10), allerdings weniger konkret als im aktuellen Programm. Insofern kann gesagt werden, dass die starke Beteiligung von Beschäftigten in Transformationsprozessen der Arbeitswelt eine neue inhaltliche Erarbeitung und Aussage durch DIE LINKE darstellt, während Arbeitszeitverkürzungen damals wie heute gefordert wurden und werden. DIE LINKE spricht damit nicht alle, aber wesentliche Aspekte von Arbeitsvorstellungen innerhalb Postwachstumsdebatten an.

Ein Punkt, der in diesem Kapitel von Bedeutung ist, ist die Frage nach der Rolle von Industrieauswirkungen auf Klimatisches. War 2005 noch keine Rede von einer klimafreundlich gestalteten Industrieorganisation, wird im neuen Wahlprogramm bis 2035 eine klimaneutrale Industrieproduktion sowie zumindest im Osten der Bundesrepublik „die Entstehung klimagerechter Industriearbeitsplätze“ (BTWP 2021: 83) gefordert. Damit zielt die Partei auf zweierlei ab: Einerseits eine klimafreundliche Produktionsweise und andererseits die nachhaltige und klimaneutrale Gestaltung der Industriestruktur. Beispielhaft dafür stehen Forderungen nach einer Transformation der Autoindustrie und umweltfreundlichere Chemieproduktion (ebd.: 60). Insofern zeigen sich hier insbesondere bei der Einbeziehung von Ökologie und Klima in zukünftige Gestaltung von Produktion, Industrie und Arbeit deutliche Unterschiede zwischen den

beiden Wahlprogrammen. Allerdings können die Positionen aus 2021 zwar teilweise, aber nicht komplett den Vorstellungen und Ideen von Postwachstumsansätzen zugeordnet werden.

5.1.3 *Feminismus*

Bei den politischen Themen- und Zielsetzungen im Bereich Feminismus lassen sich sowohl 2005 als auch 2021 viele Überschneidungen mit den feministischen Strömungen innerhalb der Postwachstumsdebatten feststellen. Obwohl der Begriff 'Feminismus' 2005 nicht verwendet wird, bezieht sich DIE LINKE inhaltlich auf feministische Themen und Denklogiken. Die Partei kritisiert die patriarchal strukturierte Gesellschaft und deren negative Auswirkungen auf Frauen. „Die strukturelle Diskriminierung des weiblichen Geschlechts“ (BTWP 2005: 25f.) führe zu vielschichtigen Nachteilen für Frauen. Durch Gleichstellungsgesetze und der Implementierung einer gleichwertigen Rolle von Frauen und Männern im Arbeitsmarkt sollen diese Ungerechtigkeiten beendet werden (ebd.: 15f., 19, 25). Die in heutigen Postwachstumsdebatten sehr präsente Problematik der Geringschätzung von Care- und Sorgearbeit wird 2005 nicht explizit angesprochen, allerdings wird auf frauenspezifische Altersarmut hingewiesen (ebd.: 11, 26). Insofern kann 2005 ein hohes Ausmaß an Postwachstumsideen im Bereich von feministischen Themen attestiert werden. Ein noch höheres Ausmaß lässt sich für 2021 konstatieren. DIE LINKE differenziert geschlechterspezifische Ungleichheiten aus und weist etwa auf systemische Probleme in den Bereichen Arbeitsmarkt, Politik, Wohnraum, Entwicklungszusammenarbeit und Lebenschancen hin (BTWP 2021: 41, 101ff.). In globaler Perspektive werden die negativen Auswirkungen auf Frauen durch den Klimawandel thematisiert und Frauen gleichzeitig als „klimapolitische Akteurinnen“ (ebd.: 105) befähigt. Als zentral erweist sich die Kritik an der mehrfachen Geringschätzung von Care- und Sorgearbeit, die vor allem von Frauen ausgeführt werde. Hier sieht DIE LINKE dringenden Handlungs- und Änderungsbedarf (ebd.: 102f.). Mit der Forderung nach einer „Überwindung des Kapitalismus als systematisierten Sexismus“ (ebd.: 102) wird einerseits die Analyse eines patriarchalen Systems und andererseits der Wunsch nach Veränderungen jener Strukturen deutlich. Die Auswertung zeigt, dass DIE LINKE im Bereich Feminismus stark an Postwachstumslogiken anschließt und hier im Vergleich zu 2005 schärfere und drängendere Sprache verwendet. 2021 werden mit dem Hinweis, dass zwischen kapitalistischen Strukturen und Sexismus vielfältige kausale Zusammenhänge bestehen, Frageräume aufgeworfen, die Steigerungslogiken in Frage stellen. Damit werden konträre Positionen zu jenen des kapitalistisch organisierten Machtblocks eingenommen. Das Verständnis von Feminismus im Jahre 2021 der Partei besteht nicht nur in Lohnverbesserungen für Frauen, sondern in einer breit angelegten Umstrukturierung der Gesellschaft, die ehemalige Rollenbilder und ungerechte geschlechterspezifische Machtverhältnisse überwindet. Im

Anschluss an Poulantzas kann gesagt werden, dass die vielen komplexen gesellschaftlichen Verhältnisse auch geschlechterspezifische Logiken und Funktionsweisen in sich eingeschrieben haben und eine Änderung dieser Verhältnisse die Berücksichtigung feministischer Perspektiven benötigt, um auch den Ansprüchen von Postwachstum gerecht zu werden. Diese feministische Perspektive wird in beiden Programmen eingenommen mit der Betonung, dass das aktuelle Programm größere Dringlichkeit und Schärfe anklingen lässt. Insofern lässt sich für 2021 ein stärkerer Drang nach transformativen Elementen hinsich

5.1.4 Mentale Infrastruktur der Gesellschaft und Kulturelles

In dieser Kategorie gilt es zu analysieren, inwiefern gesellschaftliche Zielsetzungen und Vorstellungen im Hinblick auf mentale, gesellschaftliche Infrastruktur und menschliches Zusammenleben ausdifferenziert und beleuchtet werden. Dabei geht es auch um die Frage, wie und ob ein gutes Leben thematisiert und definiert wird. Der Begriff des 'guten Lebens' wird 2005 gar nicht erwähnt, im aktuellen Programm hingegen elfmal. Diese quantitative Beschreibung gibt zunächst einen Hinweis darauf, dass DIE LINKE diesen populärer werdenden Begriff, der an das Konzept des Buen Vivir anschließt, wahrgenommen und mit in politische Konzepte übernommen hat. Allerdings belegt DIE LINKE den Begriff stark ökonomisch, da die Zusammenhänge in ausreichendem Einkommen sowie fairen Löhnen und gutem Leben gezogen werden (ebd.: 15f.). Dies ist eine andere Auffassung von gutem Leben als in den von Postwachstum geprägten Diskussionen rund um diesen Begriff. Wenn es um entfremdenden Charakter von wachstumsorientierten Gesellschaften geht, bezieht die LINKE 2021 deutlicher und kritischer Stellung als 2005. DIE LINKE kritisiert die Entwicklung, dass „immer mehr Menschen zu Statisten in einem Umfeld [werden], das auf Konsum, Tourismus und möglichst viel Umsatz ausgerichtet“ (ebd.: 39) sei. Damit wird das gesellschaftliche Klima, welches durch Wachstumslogiken entsteht, als nicht wünschenswert bewertet. Auf einer individuellen Ebene wird in beiden Programmen gefordert, dass neben Lohnarbeit genügend Zeit und Raum bleiben sollte, um etwaige private Beziehungen und Kontakte zu pflegen. Lohnarbeit solle nicht das einzige Element in den Leben der Menschen sein (BTWP 2005: 10; BTWP 2021: 11). 2021 weist DIE LINKE auf Probleme hin, die sich durch vorherrschende Arbeitsgestaltung und den Klimawandel ergeben. Eine sogenannte Antistressverordnung soll dazu beitragen, psychische Belastungen für ArbeitnehmerInnen möglichst gering zu halten (ebd.: 18f.). Dadurch werden insbesondere berufsbedingte Krankheiten in das kollektive Bewusstsein gerückt. Die dringenden Herausforderungen für Individuen und den medizinischen Bereich durch den Klimawandel werden mit der Zunahme von Hitzetoten und chronischen Krankheiten infolge von Luftverschmutzung thematisiert (ebd.: 56). Hohe Stressfaktoren infolge kapitalistisch organisierter Gesellschaften

werden nicht angesprochen, daher sind hier nur mäßige Übereinstimmungen mit Argumentationen von Postwachstums-VertreterInnen festzustellen. Auf Leistungs- und Konkurrenzdenken wird in beiden Programmen nur mäßig eingegangen, und wenn dann wird sich darauf im Bildungsbereich bezogen. DIE LINKE sieht die durch Konkurrenz und Auslese geschaffene soziale Ungleichheit im Bildungssektor kritisch und wirbt jeweils für gemeinsames Lernen auf solidarischer Basis (BTWP 2005: 14; BTWP 2021: 46). Das schließt auch den Wissenschaftsbereich mit ein (ebd.: 52).

Einen für die Forschungsfragen dieser Arbeit sehr interessanten Zusammenhang stellt die Partei im Programm von 2021 her, indem gesagt wird, dass Digitalisierung und Profitorientierung „hohe Risiken für das gleichberechtigte Zusammenleben der Menschen [berge]“ (ebd.: 94). Der Themenkomplex der politischen Gestaltung von Digitalisierung erhält im aktuellen Wahlprogramm ein eigenes Kapitel, wohingegen 2005 digitale Themen maximal am Rande von Bedeutung sind. DIE LINKE sieht eine Notwendigkeit, Digitalisierung nicht dem freien und profitorientiertem Markt zu überlassen, sondern durch staatliche Regulierung und die Orientierung an sozialen und ökologischen Zielen zu lenken (ebd.: 92ff.). Des Weiteren müssten Staat und BürgerInnen entscheiden, zu welchem Zwecke digitalisierende Elemente entwickelt und benutzt werden. Würde dies weiterhin den Konzernen überlassen werden, fürchtet die Partei gesellschaftliche Verwerfungen und wachsende ökonomische und machbezogene Ungleichheiten zugunsten weniger, aber immer größer werdenden Unternehmen (ebd.). Die Gestaltung von Digitalisierung im Sinne gemeinwohlorientierter, ökologischer und sozialer Politik ist auch etwas, was in Postwachstumsdebatten ähnlich gesehen wird. Insofern kann die Thematisierung und der Gestaltungswille von Digitalisierung der Partei im Jahre 2021 durchaus als wachstumskritisches Narrativ bewertet werden.

Bei der Frage nach dem Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund sowie Einwanderungsdiskussionen stellt sich DIE LINKE erwartungsgemäß gegen jegliche rechte Politiken. Die zunehmende Ausgrenzung von Menschen sowie strukturelle Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen wird scharf kritisiert (ebd.: 112ff.). Formen von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden zwar auch 2005 angesprochen und scharf kritisiert, doch ist 2021 eine qualitative Veränderung dahingehend festzustellen, dass ein Zusammenhang zwischen mehr Umverteilung und weniger Rassismus sowie Diskriminierung gesehen wird (BTWP 2005: 24; BTWP 2021: 112f.). Das bedeutet, dass Umverteilungsmaßnahmen und größere soziale Gerechtigkeit für ein besseres und faireres Leben für Menschen mit Migrationshintergrund

sorgen sollen. Dass Verteilungsmechanismen von „Rechten, Reichtum und Ressourcen“ (ebd.: 113) Rassismus bekämpfen können, zeigt die globale Perspektive der Partei im Jahre 2021. Gleichzeitig werden Zusammenhänge mit Profitlogik und sozialer Gerechtigkeit hergestellt. Auch was Einwanderungsrecht angeht, ist die globale und solidarische Denkweise prägend (ebd.: 115f.). Diesbezüglich kann von sehr interessanten Aspekten für Postwachstumsdiskussionen gesprochen werden.

5.1.5 Umverteilung und Solidarität

Wie im theoretischen Teil dargestellt, können Umverteilungsmaßnahmen stark wachstumstreibend wirken, wenn sie rein für sich als Einzelmaßnahme angewendet werden. Nur unter Berücksichtigung der Veränderung ganzheitlicher ökonomischer Rahmenbedingungen würde Umverteilung als Teil einer Postwachstumsgesellschaft funktionieren. Insofern ist eine Analyse diesbezüglich nur im Kontext des ganzen Wahlprogramms sinnvoll. Dementsprechend müssen die folgenden Zeilen gelesen und verstanden werden. DIE LINKE setzt sowohl 2005 als auch 2021 auf ein solidarisches Steuersystem, welches durch einen sehr hohen Grad an Aktivität durch den Staat festgelegt werden soll. Stärkere Belastungen für Reiche, Wohlhabende und Personen mit hohem Einkommen sowie Entlastungen für Personen mit niedrigen und mittleren Einkommen sind Eckpfeiler der beiden linken Wahlprogramme. Eine Beteiligung aller an einem solidarischen Altersvorsorgesystem sowie die Etablierung eines gesamtgesellschaftlichen und solidarischen Gesundheitssystems sind weiterhin Wünsche und Ansprüche an soziale Gerechtigkeit (BTWP 2005: 11ff.; BTWP 2021: 22f., 85ff.). Regulierende und umverteilende Elemente durch staatliche Aktivitäten sind in beiden Programmen in hohem Maße vorhanden. Allerdings wird der in Postwachstumskreisen durchaus diskutierte Ansatz von Maximaleinkommen in den Parteiprogrammen der zu untersuchenden Partei nicht verwendet. Über das in den letzten Jahren populärer gewordene bedingungslose Grundeinkommen möchte DIE LINKE im Jahre 2022 durch Anwendung demokratischer Entscheidungsmechanismen entscheiden (ebd.: 28). In beiden Wahlprogrammen sollen durch zweierlei Maßnahmen den ärmeren Teilen der Bevölkerung größere Beteiligungsmöglichkeiten an der Gesellschaft ermöglicht werden. Ein Bestandteil dieser solidarischen Maßnahmen ist die Forderung nach höheren Beträgen der „Grundsicherung“ (BTWP 2005: 11) bzw. des „Mindesteinkommen[s]“ (BTWP 2021: 25). Diese Anhebungen sollen dafür sorgen, dass alle Menschen ihre grundlegenden Bedürfnisse erfüllen können und Armut weitestgehend verhindert wird. Einen Paradigmenwechsel fordert DIE LINKE sowohl 2005 als auch 2021, indem sie die Auszahlung dieser Leistungen garantieren möchte. Man möchte die Abschaffung von Sanktionen, wenn etwa Arbeitsangebote nicht angenommen werden, durchsetzen (ebd.: 26; BTWP 2005: 11). Diese Positionen ermöglichen

den Betroffenen ein höheres Ausmaß an Selbstbestimmung unabhängig von den Logiken des Arbeitsmarktes. Wenn Menschen Tätigkeiten, die beispielsweise schlecht bezahlt sind oder keine guten Arbeitsbedingungen mit sich bringen, ablehnen können, wird die Machtposition dieser Menschen gestärkt. Somit würden sich auch gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse verändern. Im Anschluss an Poulantzas würden mit dieser Vorgehensweise die beherrschten Klassenfraktionen einen Machtgewinn erfahren. Solidarität und Selbstbestimmung sind Werte, die die Partei in verschiedenen politischen Positionen vertritt. Im Wahlprogramm von 2005 ist 'Selbstbestimmung' in diesem Kontext Überschrift eines Kapitels und im Jahre 2021 wird das Wort Selbstbestimmung in verschiedenen Thematiken 26mal verwendet. Die Komplexe Umverteilung und Solidarität sind wesentliche Aspekte des Querschnittsthemas soziale Gerechtigkeit in beiden Programmen. Der Bereich Umverteilung kann wie erwähnt erst nach kompletter Analyse der Wahlprogramme in Bezug auf Postwachstumslogiken diskutiert werden. Die Aspekte soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Selbstbestimmung sind in beiden Programmen sehr wichtig für die Partei. In diesem Zusammenhang sind mittlere bis hohe Überschneidungen zu Postwachstumsansätzen festzustellen.

5.1.6 Klima und Ökologie

In dieser Kategorie werden politische Feststellungen und Ziele von DIE LINKE in Bezug auf Klimatisches und Ökologisches analysiert. Der Bereich von Klimaveränderungen ist insbesondere und vor allem im Wahlprogramm von 2021 Querschnittsthema und wird von der Partei in vielen Themen mitgedacht. In diesem Kapitel geht es explizit um Auseinandersetzungen und den politischen Umgang mit der ökologischen Krise sowie der Klimakrise. Eine wesentliche Erkenntnis beim Vergleich der beiden Wahlprogramme kann schon durch quantitative Analysen gezogen werden. Die für die vor allem ökologisch orientierten Postwachstumsströmungen wesentlichen Begriffe der 'Klimakrise' sowie des 'Klimawandels' werden 2005 nicht benutzt, dafür aber 2021 mehrmals (6mal Klimakrise und 14mal Klimawandel). Auch das Adjektiv 'klimaneutral' wird 2021 gleich 32mal verwendet, aber 2005 kein einziges Mal. Neben dem Hinweis darauf, dass sich breite gesellschaftliche sprachliche Veränderungen im Untersuchungszeitraum vollzogen haben, verweist die neue Nutzung der Begrifflichkeiten vor allem auf eine Anerkennung des Klimawandels und der Klimakrise durch DIE LINKE im aktuellen Bundeswahlprogramm. Deutlicher wird die Relevanzsteigerung von Klima beim quantitativen Vergleich der Benutzung des Wortes 'Klima': 2021 ist hier ein Anstieg von 10.200 Prozent zu erkennen (2005: 2mal, 2021: 204mal). Diese quantitativen Daten können für die Beantwortung der Forschungsfragen allerdings nur in Kombination mit der qualitativen Analyse und Interpretation der kommunizierten Inhalte der Wahlprogramme adäquat mit einbezogen werden. Dabei

wird deutlich, dass DIE LINKE schon 2005 klimatisches und ökologisches Bewusstsein entwickelt hat, indem sie beispielsweise eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 fordert (BTWP 2005: 20). Im Jahre 2021 wird die Frist der Reduktion von Emissionen heruntergesetzt auf das Jahr 2030 und zusätzlich wird bis 2035 sogar eine klimaneutrale Bundesrepublik Deutschland gefordert (BTWP 2021: 67f.). Die Limitierung von Emissionen geht thematisch einher mit Forderungen nach der Reduktion von Energie-, Material-, und Ressourcenverbrauch. 2005 wird die sparsame Nutzung von Material, Energie und Ressourcen in Wissenschaft und Wirtschaft gefordert sowie zusätzlich eine „drastisch[e]“ (BTWP 2005: 20) Reduktion des Ressourcenverbrauchs. Während DIE LINKE im Jahr 2005 darüber hinaus recht knapp und zurückhaltend bleibt, agiert man 2021 mit detaillierteren Aussagen und vor allem einer deutlich drängenderen und schärferen Sprache. Neben einer „Begrenzung des absoluten Verbrauchs“ (BTWP 2021: 58) wirbt DIE LINKE dafür, dass in Zukunft „nur langlebige, reparaturfreundliche, material- und energiesparende Produkte hergestellt werden [dürfen]“ (ebd.: 71). Reparatur und Wiederverwertung sowie ergänzend dazu deutlich mehr Recycling seien zentrale Bausteine, um einen nachhaltigen Umgang mit den begrenzten Ressourcen des Planeten zu pflegen (ebd.: 77f.). Weiterhin werden Ausbau von Pfandsystemen und regionalen Wirtschaftskreisläufen als Möglichkeit der besseren Ressourcenverwertung und -einsparung gesehen. Dazu zählt auch die regionale Organisation von Abfallwirtschaft (ebd.: 77). Die Partei appelliert dabei nicht nur an Unternehmen sowie Akteuren in der Wirtschaft, sondern letztlich an die gesamte Gesellschaft, die sich der „physikalische[n] Grenzen“ (ebd.: 56) der Erde bewusst werden müsse. Die implizite Bezugnahme auf die bekannte und insbesondere für die Postwachstumsbewegung prägende Studie „The Limits of Growth“ des Club of Rome sollte hierbei hervorgehoben werden. Schon damals wurde unter anderem auf die Endlichkeit der Rohstoffreserven hingewiesen (Meadows et. al 1972). Eine mit Rohstoffen und Ressourcen in Zusammenhang stehende Thematik bringt DIE LINKE 2021 neu ein. Digitalisierung schreitet in einem sehr schnellen Tempo voran und schafft viele Möglichkeiten. Die Partei weist darauf hin, dass sowohl bei der Herstellung von digitalen Geräten als auch bei der Benutzung Ressourcen und Energie benötigt werden. Die ökologischen Kosten müssten in die Beurteilung der Sinnhaftigkeit von digitalen Lösungen und Geräten einbezogen werden (BTWP 2021: 100f.). Beispielsweise wird ein Verbot von Kryptowährungen gefordert, deren Energieverbrauch ein immenser ist (ebd.: 101). Als Konsequenz der oben genannten Punkte wird 2021 die sehr rasche Umsetzung eines „Umbau[s] zu einer weitgehend kohlendioxidfreien, energie- und ressourcensparenden Wirtschaft und Infrastruktur“ (ebd.: 12) gefordert. Eng anknüpfend an Denkweisen von Postwachstum-VertreterInnen wird diese Zukunftsvorstellung im Wahlprogramm 2021

nicht nur national, sondern auch global gedacht. Die oftmals schlechten Arbeitsbedingungen in Ländern, die hohe Rohstoffvorräte besitzen und in denen logischerweise der Abbau stattfindet, werden ebenso beleuchtet wie die gegenseitige Abhängigkeit der Länder des globalen Nordens mit den Ländern des globalen Südens. Während der Rohstoffbedarf bei den reicheren Ländern immer weiter steigt, werden die ärmeren Länder durch die wachsende Abhängigkeit ihrer Rohstoffexporte weiter in ungleich verteilte globale Machtverhältnisse eingebunden. Weiterführend wird ein Zusammenhang hergestellt zwischen steigendem Rohstoffbedarf, kapitalistischen Strukturen und erhöhter Kriegsgefahr (ebd.: 100f., 141f.). 2005 werden diesbezüglich „gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd“ (BTWP 2005: 32) gefordert. Die Kritik an bestehenden internationalen Zusammenhängen wird 2005 nur sehr oberflächlich ausgeführt, während sie im aktuellen Programm deutlich ausdifferenzierter und mit anderen qualitativen Elementen ausgearbeitet ist. Insbesondere der hohe Ausdifferenzierungsgrad der Süd-Nord-Beziehungen im Jahre 2021 ermöglicht eine Einordnung in geringe Wachstumsorientierung durch die Partei.

Im Bereich der Technikentwicklung kann gesagt werden, dass sich die Positionen von DIE LINKE zwar verändert haben, aber die Anforderungen, die Postwachstumsansätze hervorbringen, auch heute nicht erfüllen können. 2005 ist ein starker Fokus auf Technologien als Innovationstreiber und Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit zu erkennen. Zwar wird zukunftsfähige Technologie in Verbindung mit nachhaltigen und ökologischen Faktoren gebracht, soll aber letztlich zu „überregionale[m] Absatz von Produkten mit hoher Wertschöpfung führen“ (ebd.: 16). Dieses Vertrauen in stetigen technologischen Fortschritt steht dem konvivialen Technikverständnis von Postwachstum diametral entgegen. 16 Jahre später kann von einem anderen Verständnis, welche Rolle Technologie und Technikentwicklung in der Gesellschaft spielen sollen, gesprochen werden. Technologien sollen weiter und vermehrt von enormer Wichtigkeit bleiben und gefördert werden. Gleichzeitig soll der Umgang mit Technologie vor allem den BürgerInnen dienen, von Ihnen mitbestimmt und nicht als Überwachungsinstrument ausgebaut werden (BTWP 2021: 45, 93ff.). Thematisiert wird weiterhin die zielgerichtete Ausrichtung von Innovations- und Technologieförderung, die nicht der bloßen Profitsteigerung und Wachstumslogiken folgen solle, sondern die Lösung großer Probleme wie etwa den Klimawandel als Zielsetzung haben solle. In diesem Zusammenhang greift DIE LINKE die viel diskutierten grünen Technologien auf, also „den Ausbau erneuerbarer Energien oder [...] bessere Antriebssysteme“ (ebd.: 56) und anderer. Doch diese seien nicht in der Lage, die herrschenden naturausbeuterischen Strukturen zu durchbrechen. Die Partei merkt an, dass Rebound-Effekte passieren und oftmals negative ökologische Folgen durch neue Technologien und vermeintliche

Fortschritte entstanden sind (ebd.). Insofern kann gesagt werden, dass die Bewertung und Betrachtung von Technologie durch die Partei im Untersuchungszeitraum eine qualitative Entwicklung hin zu größeren Überschneidungsmengen mit Postwachstumsperspektiven genommen haben. Insbesondere am Ausbau ökologisch ausgerichteter Technologien zeigt sich DIE LINKE interessiert (ebd.: 55f.). Aufgrund der trotzdem noch vorherrschenden Marktorientierung und wenig ausgebauten Forderung nach Demokratisierung von Technikentwicklung kann hier nicht von einem Verständnis im Sinne einer Postwachstumsgesellschaft gesprochen werden.

Bezüglich dem Mobilitäts- und Verkehrssektor und seinen klimatischen Auswirkungen fährt DIE LINKE in beiden Programmen einen ähnlichen Kurs. Eine Verkehrswende, die sozial und ökologisch geprägt ist, hält man für unausweichlich. Der Ausbau öffentlicher Mobilität wird 2005 genauso gefordert wie 2021. Eine klare Linie ist auch bei der Frage, ob private und profitorientierte Konzerne öffentliche Mobilität steuern sollen, zu erkennen. Eine eindeutige Ablehnung dieser mündet in den damaligen wie heutigen Forderungen nach einer sozialen, ökologischen und nicht-profitorientierten Verkehrswende (BTWP 2005: 20f.; BTWP 2021: 62, 99f.). Ein nennenswerter Unterschied zwischen 2005 und 2021 besteht in der expliziten Benennung des Verkehrssektors als „Treiber der Klimakrise“ (ebd.: 62) im aktuellen Programm, womit eine Bezugnahme zu den Begrifflichkeiten der multiplen Krisensituation festzustellen ist. Zusammenfassend sind in beiden Programmen sehr hohe Überschneidungen mit den Postwachstumsideen zur Mobilität der Zukunft festzustellen.

Sowohl 2005 als auch 2021 ist ein Bewusstsein für den Schutz der enormen biologischen Vielfalt und die Wichtigkeit der zahlreichen Ökosysteme des Planeten vorhanden. In beiden Programmen werden zahlreiche Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen wie Flächenverbrauch, Moorschutz, Wälder, etc. gefordert. Wünsche nach aktiverer ökologischer Gestaltung unserer Gesellschaft sind ebenso in beiden Programmen zu erkennen. Durch eine zentralere Rolle des Staates soll mehr Natur- und Umweltschutz gewährleistet werden (BTWP 2005: 21; BTWP 2021: 72ff.). Im aktuellen Programm wird allerdings noch detaillierter und ausdifferenzierter auf die verschiedenen Einzelthemen eingegangen und inhaltliche Begründungen für die Notwendigkeit von beispielsweise Boden- und Meeresschutz angeführt. (ebd.: 76f.). Die Hinweise auf die Kipppunkte verschiedener Ökosysteme, die in dieser Forschungsarbeit in Kapitel 2.1 erwähnt wurden, sind im Jahre 2021 grundlegende Argumentation für DIE LINKE, um für einen anderen Umgang mit Umwelt und Natur einzustehen (ebd.: 56). Des Weiteren wird auch die Priorisierung von Profiten und Wachstum gegenüber Umwelt, Natur und Klima

scharf kritisiert und „eine schnellstmögliche Kehrtwende“ (ebd.: 74) gefordert. Ebenso wird „Tierschutz als Staatsziel“ (ebd.: 75) deklariert und der heutige profitgetriebene Umgang mit Tieren kritisiert. Diese explizite Bezugnahme auf Profitlogiken, die der lebensnotwendigen Erhaltung und Schutz der Ökosysteme entgegenstehen, schließt stark an die ökologischen Strömungen innerhalb der Postwachstumsansätze an. DIE LINKE sieht im Vergleich zu 2005 einen dringenderen und deutlicheren Bedarf an Veränderungen und politischen Handlungen, um die klimatischen Bedingungen auf dem Planeten zu verbessern. Zwar wird auch 2005 Profitlogik auf Kosten der Umwelt abgelehnt, aber nicht in der Art und Weise wie 16 Jahre später. Dies äußert sich beispielsweise in der schärferen Sprache und der Forderung „ein[es] grundlegende[n] Wandel[s] unserer Gesellschaft“ (ebd.: 67). Einen grundlegenden Wandel unserer Gesellschaft möchten auch Postwachstums-VertreterInnen, insofern ist hier abseits der inhaltlichen Überschneidungen zumindest konzeptuell eine Parallele zu ziehen. Eine weitere paradigmatische Forderung stellt die Partei auf, indem sie Umwelt- und Klimaschutz in die Verfassung mit aufnehmen möchte und eine Ausrichtung von Klimaschutz am Gemeinwohl befürwortet (ebd.: 68). Dieser Punkt ist sicherlich ein wesentlicher, da Themen des Klimaschutzes und der ökologischen Nachhaltigkeit unter kapitalistischen Bedingungen zentrale Wirtschaftswachstumsfaktoren sein können. DIE LINKE stellt mit ihren Forderungen diese Themen als potenzielle Wachstumszweige mindestens in Frage und unterstützt somit nicht diejenigen Wachstumsnarrative, die Steigerung und Profit auf Kosten der Natur als akzeptabel oder wünschenswert ansehen. Vielmehr sieht die Partei einen kausalen Zusammenhang von kapitalistischer Wirtschaftsweise und dessen vielfältige negative Auswirkungen für Natur und Ökosysteme. Kapitalismus gefährde somit die Grundlagen für das Überleben der Spezies Mensch (ebd.: 7). Wie „radikal“ (ebd.: 14) man die Klimakrise und seine VerursacherInnen bekämpfen will, wird durch einen Vorschlag der Strafrechtsanpassung deutlich. Mit der Einführung des „Ökozids als Verbrechen“ (ebd.: 143) sollen zukünftig diejenigen bestraft werden, die natürliche Lebensgrundlagen durch „gezielte Zerstörung“ (ebd.) angreifen. Unabhängig davon, wie diese Gesetze konkret aussehen würden, zeigt die Verwendung von Begriffen wie Ökozid oder gezielter Zerstörung, dass DIE LINKE ein stark ausgeprägtes Verständnis von ökologischer Nachhaltigkeit aufweist und dieses im Vergleich zu 2005 zugenommen hat.

5.1.7 Kapitalismus und Marktlogiken

In diesem Kapitel wird analysiert, inwiefern DIE LINKE Marktlogiken zulassen möchte und wirtschaftliche Aktivitäten dem freien Markt überlassen will oder Eingriffe durch zum Beispiel staatliche Handlungen als sinnvoll erachtet. Insofern behandeln die nächsten Seiten das jeweils

zeithistorische Verhältnis der Partei zur vielfältigen Ausgestaltung von Kapitalismus und damit in Verbindung stehenden Marktmechanismen.

Im Jahre 2005 definiert DIE LINKE Wirtschaft als etwas, das „eigenständig“ (BTWP 2005: 10), aber auch „sozial verantwortlich“ (ebd.) sei und deshalb nicht sich selbst überlassen werden dürfe. Stärkere Beteiligung von ArbeitnehmerInnen sowie der Ausbau staatlicher Kontroll- und Regulationsmechanismen sollen Teil linker Politiken diesbezüglich sein. Es wird davon ausgegangen, dass der Markt durch Staat und Politik korrigiert und gelenkt werden müsse. Damit einher geht die Forderung, „Kapitalmacht [zu] begrenzen“ (ebd.). Machtverhältnisse sollen also laut der Partei zu Ungunsten von wenigen Habenden hin zu breiten Bevölkerungsschichten angepasst werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Kapitalismus im gesamten Wahlprogramm von 2005 nicht explizit angesprochen wird. Weder das Subjektiv 'Kapitalismus' noch das Adjektiv 'kapitalistisch' kommen 2005 vor. Die Kombination dieser quantitativen Beobachtung mit der qualitativen Analyse lässt ein Programm erkennen, dass zwar vermehrtes staatliches Handeln in Bezug auf Wirtschaftliches fordert, aber das auf Wachstumslogik basierende Gesellschaftssystem nicht zur Gänze in Frage stellt. Somit kann auch nicht davon gesprochen werden, gesellschaftliche Verhältnisse massiv zu verändern.

Im Jahre 2021 ändert DIE LINKE in Bezug auf Inhalt, Ton und schriftliche Kommunikation ihren Umgang mit Kapitalismus als System. Kapitalismus wird mehrmals explizit als solcher bezeichnet und verantwortlich für verschiedene negative Entwicklungen national und global gemacht. Profit- und Wachstumslogiken seien mitverantwortlich für Konflikte, patriarchale Strukturen, dramatische ökologische Beschaffenheiten sowie massive soziale Ungleichheiten auf mehreren Ebenen. Auch politischer Extremismus im rechten Spektrum werde durch Politiken der Deregulierung, Privatisierung und Steigerung gefördert, indem Konflikte und Konkurrenzen zwischen Menschen geschaffen werden, die laut DIE LINKE nicht sich gegenseitig bekämpfen sollten, sondern gemeinsam für globale soziale Gerechtigkeit eintreten könnten (BTWP 2021: 115ff.). Die Herstellung von Frieden, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit und sozialer Gerechtigkeit seien folglich nur möglich, wenn die Zeit des „neoliberalen Kapitalismus“ (ebd.: 139) durch „einen Systemwechsel“ (ebd.) beendet werde. Dieser Systemwechsel sollte laut DIE LINKE stark von der Beteiligung der BürgerInnen sowie staatlichem Einfluss geprägt sein (ebd.: 7ff.). DIE LINKE bewegt sich hier im Argumentationsfeld von Nicos Poulantzas, der die kapitalistische Organisation des Staates durch demokratische Elemente innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse aufbrechen möchte. Die Partei ist somit im Jahre 2021 im Bereich der starken Kritik an deregulierenden,

privatisierenden und auf Wachstumslogik beruhenden Politik und systemischen Weltstruktur sehr nah an den Analysen von VertreterInnen der Postwachstumsansätze.

Bei beiden Wahlprogrammen sind weiterhin konkrete Bezüge zu Wachstums- und Akkumulationslogiken festzustellen. Beim Vergleich der beiden Wahlprogramme werden unterschiedliche Umgänge mit dem Begriff Wachstum und der Stellung von Wachstums- und Profitlogik deutlich. 2005 zeigt der plakative Satz „Ohne Nachfrage kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze“ (BTWP 2005: 7) das Vertrauen in die Steigerung von BIP und daraus resultierenden Arbeitsplätzen für die Menschen. Wachstum sei ein zentrales Element von Wirtschaftspolitik und der Vermeidung von Arbeitslosigkeit (ebd.). DIE LINKE beschreibt später den Zusammenhang von mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätzen noch etwas detaillierter, indem „sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum“ (ebd.) als wünschenswert und umsetzbar bezeichnet wird. In der ehemaligen DDR sollen des Weiteren „Wachstumskerne“ (ebd.: 18) gefördert werden. Mit der Meinung, dass sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum möglich und erstrebenswert sei, bewegt sich die Partei außerhalb von jeglichen Postwachstumsdebatten. Allein die wissenschaftlich diskutierte Unmöglichkeit der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturausbeutung verhindert die Unterstützung von Ideen des grünen Wachstums durch Postwachstums-VertreterInnen. Insofern sind die Forderungen aus 2005 nach mehr Nachfrage und sozial und ökologisch geprägtem Wachstum als Grundlage für soziale Sicherung und höhere Lebensqualität der Menschen mit starken Wachstumslogiken in Verbindung zu setzen. Deshalb ist die Argumentation, dass Wachstum Arbeitsplätze schaffe, nicht mit Postwachstumsansätzen vereinbar. 16 Jahre später äußert DIE LINKE deutlich kritischere Töne bezüglich Wachstumslogiken. Profitmechanismen werden genauso kritisiert wie „blinde[r] Wachstum“ (BTWP 2021: 57). Statt die Wachstumspolitiken früherer Jahrzehnte weiterzuführen, werden andere Aspekte wie Arbeitszeitverkürzungen mit Lohn- und Personalausgleich sowie daraus resultierende Stressreduzierung für die Menschen in den Vordergrund gestellt. Auch den derzeitigen Umgang der Menschen mit Tieren, der von Profitinteressen geprägt sei, beanstandet die Partei. Die rein auf Ökonomisches reduzierte Profitlogik wird mehrmals universal kritisiert und als mindestens unzureichend dargestellt. Auch werden ökologische Zerstörung und Profite in einen Zusammenhang gestellt, sodass hier von einem entscheidenden Politikwechsel im Vergleich zu 2005 gesprochen werden kann (ebd.: 14). Inwiefern die konkreteren Analysen und Ausgestaltungsvorschläge der Partei in Bezug auf einzelne Politikbereiche und Marktlogiken mit den Ideen des Postwachstums übereinstimmen, wird im Folgenden ausgeführt.

Daseinsvorsorge

Sowohl 2005 als auch 2021 positioniert sich DIE LINKE eindeutig gegen Privatisierungstendenzen von Daseinsvorsorge. Durch aktives staatliches Handeln müssten öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen garantiert werden, sodass keine Notwendigkeiten und Möglichkeiten für private und „marktwirtschaftliche Verwertungs- und Effizienzlogik[en]“ (ebd.: 83) entstünden (ebd.: 25; BTWP 2005: 13). Ein erheblicher staatlicher Eingriff wird schon 2005 gefordert, indem öffentliche Daseinsvorsorge „dem freien Wettbewerbs- und Profitsystem entzogen werden“ (ebd.: 31) sollen. Das von der Partei gewünschte Verhältnis zwischen Markt und Staat fällt in diesem Bereich in beiden Programmen deutlich zugunsten staatlicher Aktivitäten und zu Ungunsten privater Handlungen aus.

Gesundheitssektor

Insbesondere im Gesundheitswesen möchte DIE LINKE Profitmöglichkeiten, Wachstumslogiken und Marktorientierung unterbinden. 2005 wird dies schon deutlich, aber 2021 wird hier ein detailliertes und kritisches Bild von profitgetriebener Pflegeorganisation, Medikamentenherstellung und Krankenhausbetrieben gezeichnet (ebd.; BTWP 2021: 31ff.). Konkret sollen Krankenhäuser vergesellschaftlicht und Gewinnentnahme aus Krankenhausbetrieben verboten werden (ebd.). Auch Arzneimittelforschung soll nach Vorstellungen der Partei nicht innerhalb privater Profit- und Wirtschaftslogiken von statten gehen, sondern durch die öffentliche Hand gesteuert und finanziert werden (ebd.: 38). Es wird auf darauf hingewiesen, dass Profite im Gesundheitswesen auf Kosten der Gesundheit der BürgerInnen gemacht werden können. Politik ermögliche diese Strukturen durch das Zulassen von Marktlogiken und Nicht-Regulierung (ebd.: 31). In diesem Zusammenhang ist auch der Einfluss der Corona-Pandemie auf das aktuelle Wahlprogramm von DIE LINKE zu erkennen. Es wird kritisch auf wirtschaftliche Interessen bei Herstellung, Produktion und Verteilung von Corona-Impfstoffen hingewiesen (ebd.: 141). Der deutschen Regierung wirft DIE LINKE sogar Versagen vor, nachdem Wachstums- und Profitinteressen der Wirtschaft prioritär gegenüber gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung gewesen sein sollen (ebd.: 8). Aus beiden Wahlprogrammen geht hervor, dass der Gesundheitssektor als so zentral für und grundlegend für den Mensch bewertet wird, dass er nicht dem Markt überlassen werden sollte. Die Forderungen nach der Vergesellschaftung von Institutionen und Forschungsbereichen innerhalb des Gesundheitswesens sind folglich als sich mit Postwachstumsansätzen überschneidenden Merkmalen einzustufen.

Bildungssektor

Auch im Bildungswesen wirbt die Partei in beiden Wahlprogrammen für eine aktive staatliche Rolle und die Zurückdrängung privater Konkurrenz. 2005 wird - ganz im Sinne von

Postwachstum – ein Entzug des Bildungswesens aus konkurrenz- und profitbasierten Marktmechanismen gefordert (BTWP 2005: 31). Nur die staatliche Bildungsförderung gewährleiste die Durchführung von Bildung auf allen Ebenen. 2005 wird weiterhin deutlich gemacht, dass Bildung eine wesentliche Rolle sowohl für die individuellen Lebenschancen und -wirklichkeiten als auch für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes spiele (ebd.: 14f.). Auch 2021 werden dazu vereinzelt Hinweise gegeben. Für eine adäquate Bewertung bezüglich Postwachstumsansätzen müsste allerdings geklärt werden, welche Entwicklung von Gesellschaft gemeint ist. 2005 etwa wird Bildung in Zusammenhang mit „Leistungschancen“ (ebd.: 14) gebracht, was auf individuelle ökonomische Profitlogiken sowie gesellschaftliche Beschleunigung hindeutet. Das wäre wenig in Einklang mit Postwachstumsgesellschaften zu bringen. 16 Jahre später sind diese Narrative nicht gegeben. Des Weiteren kann gesagt werden, dass der Bildungssektor im Programm von 2021 auf einzelne Bildungsstränge aufgesplittet wird. Privatisierungs- und Ökonomisierungstendenzen sollen etwa in Schule, Volkshochschulen und Hochschulen zurückgedrängt werden. Profitinteressen, Eingriffe der Privatwirtschaft und Wachstumslogiken innerhalb des Bildungssektors werden abgelehnt. DIE LINKE setzt dem Bildungsvielfalt, Allgemeinwohl und Erkenntnisgewinn als Zielsetzungen und Eckpfeiler einer staatlich finanzierten und kontrollierten Bildung entgegen (BTWP 2021: 46ff.). Letztlich gehen aus beiden Wahlprogrammen deutliche Forderungen zur Verdrängung von Privatisierung aus dem Bildungssektor hervor, wenn auch im aktuellen stringenter und ausdifferenzierter.

Wohnungssektor

Bei Betrachtung des Wohnungssektors und Marktmechanismen lassen sich deutliche Verschärfungen und eine höhere Dringlichkeit im Jahre 2021 feststellen. Zwar wird 2005 der Wunsch geäußert, „den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen verhindern [zu wollen]“ (BTWP 2005: 13), doch 16 Jahre später liegt eine andere Intensität vor. Mit der langfristigen Zielsetzung eines nicht-profitorientierten Wohnungssektors und in der Übergangsphase stärkere Abgaben für Gewinne aus Immobilienverkäufen und -spekulationen plädiert DIE LINKE für einen Paradigmenwechsel. Die Einführung von Wohnungsgemeinnützigkeit und Mietobergrenzen sowie ein höheres Maß an Beteiligung von MieterInnen sind weitere Forderungen im Wohnungssektor, die an Postwachstum anknüpfen (BTWP 2021: 39ff.). Auf institutioneller Ebene will DIE LINKE Profitlogiken entfernen und durch „soziale, ökologische und gemeinnützige Zwecke“ (ebd.: 43) ersetzen, indem etwa die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zukünftig ebenjenen Zielen unterliegen solle und nicht mehr der Geldmaximierung. Gemeinwohlorientierung im Wohnungssektor sowie Vergesellschaftung von Wohnungen sind weitere Forderungen (ebd.: 39f., 93). Eine für diese

Masterarbeit sehr relevante Erkenntnis ist, dass laut DIE LINKE die Finanzkrise nicht ohne Auswirkungen auf Marktlogiken innerhalb des Wohnungssektors geblieben sei. Sie und in praktischer Ausführung das Finanzkapital seien mitverantwortlich für die zunehmenden Spekulationen und die eklatanten Mietsteigerungen der letzten Jahre. Somit würde diese marktförmigen Fehlentwicklungen dringende staatliche Kontrolle und den Entzug des Wohnungssektors aus Marktlogiken notwendig machen (ebd.: 39f., 43). Hier wird also explizit in einem Bereich auf die Finanzkrise Bezug genommen, der im Wahlprogramm von 2021 deutlicher und schärfer ausformuliert ist als 2005. Insbesondere die in den letzten Jahren in Deutschland stark gestiegenen Immobilienpreise und Mieten könnten ein Erklärungsansatz für diese Unterschiede sein. In Bezug auf Postwachstumsansätze ist insbesondere der Vorschlag, den Wohnungssektor komplett dem Markt zu entziehen, sehr zentral.

Klima

Auch in Bezug auf Klimaschutz und Ressourceneinsparungen sind beträchtliche Änderungen im Vergleichszeitraum zu erkennen. Noch 2005 unterstützte DIE LINKE ein europäisches Emissionshandelssystem und wollte es sogar ausbauen (BTWP 2005: 20). Dieses beruht auf künstlicher Limitierung von Emissionsrechten und der marktförmigen Aushandlung von Preisen für den Ausstoß von umweltschädlichen Treibhausgas-Emissionen (umweltbundesamt.de 2021b). Hier vertraut man folglich Klimaschutz dem Markt an, der durch Angebot und Nachfrage hohe Preise erzeugen und Energieeinsparungen ermöglichen solle. Im aktuellen Wahlprogramm hingegen wird „Emissionshandel als Leitinstrument im Klimaschutz [abge]lehn[t]“ (BTWP 2021: 68). In diesem Punkt hat sich folglich eine Meinungsänderung vollzogen, die sich hin zu staatlichen Vorgaben und weg von Marktlogiken darstellt. Zwei weitere Kritiken an profitorientierten Marktlogiken im Kapitalismus werden bei Betrachtung der Ursachen von Klimawandel deutlich: einerseits hätten finanziell reiche Individuen und Staaten größere ökologische Fußabdrücke als ärmere (ebd.: 56). Andererseits profitierten wenige, aber sehr große Unternehmen, indem sie Natur und Umwelt für ihre eigenen wirtschaftlichen Zwecke ausbeuten (ebd.: 67). Diese Denklogiken und Betrachtungsweisen auf den Bereich Klima deuten darauf hin, dass DIE LINKE insbesondere im aktuellen Wahlprogramm Klimaschutz in die Rolle des Staates übertragen und Raubbau an den physischen Grundlagen des Lebens auf der Erde durch profitorientierte Unternehmen und Wohlhabende beenden möchte. Damit zusammenhängend wird 2021 insbesondere im Energiesektor die Vergesellschaftung großer Energiekonzerne sowie eine Gemeinwohlorientierung der gesamten Energieversorgung gefordert (ebd.: 69). Diese enormen Eingriffe würden transformative Elemente darstellen, die sich problemlos in

Postwachstumsgesellschaften einfügen. Folglich zeigt sich 2021 ein geringeres Vertrauen in die Marktmechanismen zur Bekämpfung von Klimawandel und -krise.

Verkehrssektor

Im Verkehrssektor wird in beiden Programmen ein Abbau von Privatisierungen und Marktlogiken gefordert. 2005 wird insbesondere Kritik an deregulierenden Elementen im öffentlichen Nahverkehr geäußert, während 2021 der klimaneutrale und zukunftsichere Umbau der Autoindustrie durch nicht-marktförmige Akteure verlangt wird (BTWP 2005: 21; BTWP 2021: 59). Weitere Entfernung von Marktförmigkeit lässt sich in den Vorstellungen der zukünftigen Organisation des Schienenverkehrs beobachten. Sie besteht in der Herbeiführung einer „demokratische[n] Bürgerbahn“ (ebd.: 63), die „am Gemeinwohl und der ökologischen Nachhaltigkeit“ (ebd.) orientiert ist. Auch die Rückführung von bisher profitorientiert arbeitenden Eisenbahngesellschaften in die Verantwortung öffentlicher Stellen ist Bestandteil des Programms von 2021 (ebd.). Die Pläne im Verkehrsbereich sind folglich an einer aktiven Rolle des Staates, dem Zurückdrängen von Marktlogiken sowie Vergesellschaftungen ausgerichtet und das im Jahre 2021 stärker und ausdifferenzierter als 2005.

Im folgenden Abschnitt wird darauf eingegangen, inwiefern DIE LINKE Entwicklungszusammenarbeit sowie die in der Postwachstumsdebatte präsenten Ansätze von Externalisierung und imperialer Lebensweise sowie globale Gerechtigkeitsfragen aufgreift, bewertet und behandelt. Zunächst kann gesagt werden, dass insbesondere globale Gerechtigkeit und Zusammenhänge zwischen Globalem Norden und Süden im aktuellen Programm eine deutlich höhere Aufmerksamkeit erfahren als 16 Jahre zuvor. Weiterhin ist festzustellen, dass Entwicklungszusammenarbeit auch schon 2005 thematisiert wird, damals allerdings noch mit dem Begriff der Entwicklungshilfe. Hier hat sich also eine sprachliche Veränderung ergeben, deren Hintergründe und Analyse in einer weiteren Erarbeitung zu beleuchten sein könnten. Die Zielvorstellungen von Entwicklungshilfe im Jahre 2005 von DIE LINKE orientieren sich an der Herstellung von selbstbestimmter wirtschaftlicher Entwicklung für die Länder, die Entwicklungshilfe erhalten sowie daraus resultierenden faireren Handels- und Wirtschaftsbeziehungen (BTWP 2005: 32). Die Bundestagswahl 2005 war nur vier Jahre nach dem prägenden Terroranschlag von New York im September 2001, sodass hier Bezüge zu nationaler Sicherheit hergestellt werden können. So solle Entwicklungshilfe durch die Etablierung gerechterer Beziehungen zwischen dem Globalen Norden und Süden auch ein höheres Maß an Sicherheit herstellen (ebd.: 30). Die Ansätze des Ermöglichens von eigenständigen Entwicklungen im Globalen Süden und gerechterer Wirtschaftsbeziehungen sind auch 2021 Themen, die DIE LINKE forciert. Mit der Analyse, dass Strukturen „(post-)kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung“ (BTWP 2021: 142) unter

dem Deckmantel von Entwicklungszusammenarbeit entstanden seien und von machtvollen Akteuren des Globalen Nordens gefördert und reproduziert würden, befindet sich die Partei mitten in der Logik von Postwachstumsansätzen. Der bisherigen Entwicklungspolitik wird eine „zerstörerische Dynamik der grenzenlosen Kapitalverwertung“ (ebd.) vorgeworfen, womit Profit- und Wachstumslogiken in Verbindung mit globalen Abhängigkeitsstrukturen gebracht werden. 2021 wird weiterhin eine öffentlich finanzierte Entwicklungszusammenarbeit gefordert, die nicht die bestehenden globalen Machtstrukturen verfestigt und ausbaut, sondern aktiv globale Gerechtigkeit herzustellen versucht (ebd.: 142ff.). DIE LINKE kritisiert damit den Aspekt, dass private und marktgetriebene GeldgeberInnen mithilfe von Entwicklungszusammenarbeit ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten und Ungleichheiten verschärfen können. Es zeigt sich, dass im Wahlprogramm von 2021 Veränderungen von Entwicklungszusammenarbeit qualitativ ausdifferenzierter formuliert sind als 2005. Gleichzeitig zeigen sie ein hohes Maß an Überschneidungen mit Ansätzen aus den Postwachstumsdiskussionen. Der kapitalistische Wachstumszwang, der in diesem Zusammenhang auf Kosten von Mensch und Natur weltweit reproduziert wird, unterliegt somit einer starken Kritik durch die Partei DIE LINKE im Jahre 2021.

Mit der Ausgestaltung von Entwicklungszusammenarbeit hängt auch die Frage danach zusammen, inwiefern Externalisierungsmechanismen durch Parteien gesehen und kritisiert werden. DIE LINKE greift dies 2005 kaum auf, im Jahre 2021 allerdings deutlich mehr. Zwar werden die Begriffe 'Externalisierung' und 'imperiale Lebensweise' 2021 nicht explizit genannt, doch die Formulierungen und Ausführungen diesbezüglich lassen große inhaltliche Schnittmengen erkennen. Beispielsweise wird das Ungleichgewicht zwischen Globalem Norden und Globalem Süden an Rohstoffverbrauch, Verursachung von Umweltschäden und erlebten Auswirkungen dieser Umweltschäden kritisiert. Der Begriff der globalen Klimagerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang ein zentraler für DIE LINKE. Es wird erklärt, dass die Hauptverursacher von Klimakrise und ökologischen Systemen deutlich weniger von den Auswirkungen betroffen seien als diejenigen Menschen, die in Staaten leben, die nur wenig CO₂-Emissionen ausstoßen. Der wirtschaftliche Reichtum von beispielsweise Deutschland basiere auf der Ausbeutung von Umwelt, Ressourcen, Rohstoffen und dem Leid vor allem von Frauen und Kindern in Ländern des Globalen Südens (ebd.: 67f., 139ff.). Damit meint DIE LINKE, dass die ökologischen und sozialen Kosten der Lebensweise der Länder des Globalen Nordens somit von den Ländern des Globalen Südens getragen würden. Aufgrund der ungerechten und ungleichen Organisation von Handelspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Machtverhältnissen seien hier vor allem die machtvollen Länder in der Pflicht, etwas zu verändern. Andernfalls würden des Weiteren damit zunehmend Fluchtursachen erschaffen und nicht bekämpft werden, was wiederum

Migrationsströme Richtung Globalem Norden wachsen lassen würde (ebd.). Die Analysen und Argumentationen überschneiden sich nahezu komplett mit den theoretischen Konzepten der Externalisierung sowie der imperialen Lebensweise, die in Postwachstumsansätzen eine wichtige Rolle spielen.

Der Ansatz, dass breite globale Gerechtigkeit für Sicherheit und Frieden Sorge, vertritt DIE LINKE in beiden Wahlprogrammen (BTWP 2005: 30; BTWP 2021: 139). 2021 konkretisiert man Vorstellungen von globaler Gerechtigkeit, indem etwa die Durchsetzung wirtschaftlicher Eigeninteressen auf Kosten ärmerer Staaten mittel- und langfristig als Sicherheitsrisiko für alle Beteiligten beurteilt wird. Die Manifestierung solcher Wirtschaftsstrukturen durch Handelsverträge und Weltmarktorganisationen soll beendet werden. Konkret sollen Weltwirtschaft und Handelspolitik zukünftig von Gerechtigkeit und Kooperation geprägt sein und nicht von der Durchsetzung eigener kurzfristiger Interessen. Entsprechende internationale Handelsabkommen wie TTIP oder CETA sollen deshalb beendet und durch neue Formen von Kooperationen ersetzt werden. Prinzipiell geht es für DIE LINKE bei der Gestaltung globaler Gerechtigkeit darum, „die Interessen des Globalen Südens in Handels- und Entwicklungspolitik zu stärken“ (ebd.: 144). Diese globalen Zusammenhänge zu denken und in politische Forderungen umzumünzen, ist etwas, was auch in Postwachstumsansätzen passiert. Das Aufgreifen der Inhalte von den Konzepten der Externalisierung und der imperialen Lebensweise im Programm von 2021 ist Beleg für die Überschneidungen.

DIE LINKE fordert globalisiertes Arbeitsrecht, fairen Handel, globale soziale Grundversorgung, soziale und ökologische Standards sowie eine niedrigere Priorisierung von Profitlogiken (ebd.: 139f.). Als Teil des Prozesses der Überwindung ausbeuterischer Strukturen fordert DIE LINKE zudem, dass „Reiche und Konzerne [...] an den globalen Kosten von Krisen und Klimawandel beteiligt werden [müssen].“ (ebd.: 144). Damit sollen Umverteilungsmechanismen auf globaler Ebene etabliert werden. DIE LINKE drängt auf die Berücksichtigung globaler Perspektiven und Zusammenhänge. Dabei geht es nicht um den individuellen oder gesellschaftlichen wirtschaftlichen Profit des Globalen Nordens, sondern vielmehr um die wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse von BewohnerInnen des Globalen Südens. Eine spannende Aussage macht DIE LINKE mit folgendem Satz: „Ein sozialökologischer Systemwechsel in Deutschland ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit.“ (ebd.: 67). Damit werden die hiesigen Lebensweisen und -verhältnisse in direkten Zusammenhang mit jenen in anderen Gebieten der Erde gestellt. Es ist die Rede von einem Systemwechsel, der sozial und ökologisch

geprägt ist und der nicht nur national gedacht werden kann. Die Berücksichtigung globaler Perspektiven scheint für DIE LINKE insbesondere beim angestrebten Systemwechsel wesentlich.

Globalisierung und Regionalität

Kritisch betrachtet DIE LINKE weiterhin im Jahre 2021 Auswirkungen verschiedener Entwicklungen, die mit Globalisierung und Internationalisierung einhergehen. Statt globalem Verdrängungswettbewerb wirbt die Partei für regionale Organisation von Wirtschaft. Durch den Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe würde sowohl die Befriedung der tatsächlichen Bedürfnisse als auch die Lebensqualität der Menschen vor Ort verbessert werden. Des Weiteren schüfe regionale Orientierung deutliche Verbesserungen in den Bereichen Ressourcenverbrauch, Umwelt und klimatische Auswirkungen auf der ganzen Welt. Weniger Transport, weniger Export und weniger global orientierte Wirtschaft und stattdessen „regionale[...] Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung“ (ebd.: 72) sind Teil der Agenda von DIE LINKE aus dem Jahre 2021 (ebd.: 61ff.). 2005 sind zwar auch regionale Wirtschaftskreisläufe Teil der Forderungen von der Partei, allerdings soll auch die Entwicklung von Technologien gefördert werden, die global angeboten und verkauft werden können. Hier wird also eine Kombination von regionalen Wirtschaftsstrukturen und globalen Absatzsteigerungen mit Wachstumsmechanismen angestrebt (BTWP 2005: 16). Insofern wird deutlich, dass DIE LINKE im aktuellen Programm eine stärkere und stringendere regionale Wirtschaftsausrichtung in Angriff nimmt. 2021 sind zudem explizite Priorisierungen bei der kommunalen und regionalen Orientierung von Gesundheitsversorgung zu lesen. Dies ist in Verbindung mit der gewünschten Ausrichtung von Gesundheitssystem an den Bedürfnissen der BürgerInnen zu betrachten. Dies geht einher mit einer aktiveren Rolle des Staates bei der Frage, welche Art von Gesundheitsorganisation gewünscht ist (BTWP 2021: 32, 37). Überschneidungen bei den beiden Wahlprogrammen in Bezug auf Globalisierung und Regionalität sieht man im Energiebereich, wo die Notwendigkeit regionaler und dezentraler Versorgungsstrukturen betont wird (BTWP 2005: 20; BTWP 2021: 70f.). In Bezug auf die Gesamtwirtschaft muss trotzdem festgehalten werden, dass 2021 Regionalität und Demokratisierung von Wirtschaftsstrukturen wichtiger bewertet werden als 2005. Postwachstums-gesellschaften benötigen einen hohen Grad an regionaler Wirtschaftsstruktur, um Natur, Umwelt und das Zusammenleben der Menschen garantieren zu können. DIE LINKE sieht diese Notwendigkeiten in einem bestimmten Ausmaß, allerdings ist keine hundertprozentige Übereinstimmung mit den Idealvorstellungen von Postwachstums-VertreterInnen festzustellen.

Finanzsektor

Ein Bereich, der insbesondere die Entscheidung für die Auswahl der zu vergleichenden Wahlprogramme beeinflusst hat, betrifft den Finanzmarkt und die fortschreitenden

Finanzialisierungsprozesse. Wie in Kapitel 2.2.4 ausgeführt, wird davon ausgegangen, dass die Finanzkrise ab 2007 Einfluss auf die folgenden Wahlprogramme und Politiken von DIE LINKE genommen hat. Dass Finanzmärkte und die globalen Finanzströme einer höheren Regulierung und der Implementierung von Kontrollmechanismen bedürfen, stellt die Partei tatsächlich schon 2005 fest. Der Staat sollte weiterhin im Finanzsektor eine aktivere Rolle einnehmen, etwa durch Steuern auf Devisenhandel (BTWP 2005: 10). 2021 wird diese Forderung auf eine allgemeine Finanztransaktionssteuer ausgeweitet, bei der alle Aktivitäten auf Finanzmärkten mit einem Steuersatz von 0,1 Prozent versehen werden sollen (BTWP 2021: 87). Die damit dem Staat zur Verfügung stehenden Mehreinnahmen sollen weiterhin in den Globalen Süden, den Klimaschutz und den „sozialökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft“ (ebd.) fließen. Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sollen folglich Gelder globalen Sektoren zugeführt werden und nicht nur in die Weiterentwicklung der nationalen Gesellschaft. Bezüglich der Kontrolle und Regulierung von Finanz- und Kapitalmärkten unterstreicht DIE LINKE 2021 die Dringlichkeit von zügigen Aufsichts- und Regulationsmechanismen. In diesem Bereich sind kaum qualitative Änderungen im Vergleich zu 2005 festzustellen. Es kann gesagt werden, dass sowohl 2005 als auch 2021 ein hohes Ausmaß an staatlicher Kontrolle über Geldströme, Währungsverhältnisse und Finanzmärkte gewünscht wird. Dies spiegelt sich auch beim Umgang mit internationalen Finanzinstitutionen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der Europäischen Zentralbank wider. Demokratisierung dieser wird 2005 wie 2021 gefordert (BTWP 2005: 32; BTWP 2021: 149). 2021 wird auch der Aspekt des sozialökologischen Umbaus in diesem Zusammenhang eingebracht, indem die Europäische Zentralbank „sozialökologische Investitionen der Mitgliedstaaten ermöglichen“ (ebd.) solle. Hier wird wiederum die aktive Rolle des Staates in Kombination mit dem Wunsch nach sozialer und ökologischer Ausrichtung der Wirtschaft deutlich. Aus Postwachstumssicht ist jede Entfernung von privatisierten und profitgetriebenen Finanzmärkten positiv zu sehen, allerdings stellt sich hier die Frage, inwiefern durch sozialökologische Investitionen grünes Wachstum angestrebt wird und damit Wachstumslogiken unter einem grünen Deckmantel verfolgt werden. Prinzipiell fordert DIE LINKE, dass der Finanzsektor in Zukunft „dienende Funktion[en] für Gesellschaft und Realwirtschaft“ (ebd.: 90) übernimmt.

5.2 Transformation des Staates

Ein wesentlicher Aspekt der Analyse der Wahlprogramme von 2005 und 2021 besteht neben den inhaltlichen Auseinandersetzungen mit entsprechenden Wachstumsnarrativen und Bezügen zu Postwachstumsgesellschaften in der Frage der Machtverhältnisse und geplanten Umsetzbarkeit von Transformationen. In diesem Teil der Arbeit wird untersucht, inwiefern DIE LINKE

im Anschluss an Poulantzas Veränderungen gesellschaftlicher Verhältnisse innerhalb aktueller Systeme angestrebt hat und anstrebt. Im Wahlprogramm von 2005 greift die Partei mehrere Analysen und Herangehensweisen im Sinne von Poulantzas auf. Der offenbarste Bezug besteht in der Zielsetzung der Implementierung von demokratischem Sozialismus. Auch Poulantzas arbeitete mit dem Begriff des demokratischen Sozialismus, sodass von einer Überschneidung in einem wichtigen und übergreifenden Begriff gesprochen werden muss. Weiterhin wird ebenso wie die Selbstdarstellung als „wirkliche Alternative“ (BTWP 2005: 6) zum Ende der einleitenden Absätze des Programms dargeboten. Damit wird sowohl eine eindeutige Abgrenzung zum bestehenden Machtblock vorgenommen als auch die grobe Schlagrichtung der zukünftigen gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen definiert. Wie Poulantzas beurteilt DIE LINKE quantitative Vergrößerungen der parlamentarischen Anteile als unzureichend. Vielmehr gelte es, gesellschaftliche Machtverhältnisse zu verschieben und die „Übermacht des Kapitals“ (ebd.: 32) abzubauen. Die Partei nimmt die schon damals stattgefundenen Machtverschiebungen weg von parlamentarischen Akteuren hin zur herrschenden, profitorientierten Klasse zur Kenntnis und kritisiert diese Entwicklung. Sie schlägt vor, die demokratischen Staatsapparate zu stärken und des Weiteren den Institutionen und Verbänden der beherrschten Klassenfraktionen mehr Macht zu verleihen. Auch die schon in den vorhergehenden Kapiteln oft thematisierte Mitwirkung und Einbeziehung der gesamten Bevölkerung ist Teil der strategischen Überlegungen der Partei, um ihre Zielsetzungen zu erreichen (ebd.: 22f.). Es lässt sich folglich feststellen, dass im Wahlprogramm von 2005 Bestrebungen vorhanden sind, die geschehenen Machtverluste von Parlamenten, BürgerInnen und weiteren Klassenfraktionen wieder wettzumachen und größere Einflussnahme zurückzugewinnen. Der Ausbau von demokratischen Elementen in ihrer Vielfalt und der gleichzeitigen Bekämpfung von Kapitalmacht solle zur Etablierung eines demokratischen Sozialismus führen. Die Bezüge zu Nicos Poulantzas und seinen Analysen und Ideen sind deutlich vorhanden und betonen die Aktualität seiner theoretischen Überlegungen noch vor der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Zeitpunkt des Bundestagswahlprogramms von 2005.

16 Jahre später im aktuellen Bundestagswahlprogramm besteht ein zentrales Ziel der Partei in der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Ein Unterschied zu 2005 ist in der expliziten Benennung derjenigen, deren Macht durch breite gesellschaftliche Bewegungen und Bündnissen abgebaut werden soll, zu erkennen. Darunter fallen unter anderem „Profiteur*innen“ (BTWP 2021: 7), „Akteure der Wirtschaft“ (ebd.: 49), „Banken und Finanzmärkte“ (ebd.: 89), „Großbanken, Hedgefonds und [...] Multimilliardäre“ (ebd.) sowie „Lobbyisten“ (ebd.: 151). Profit- und wachstumsorientierte Klassenfraktionen des Machtblocks stehen nicht nur in der

starken Kritik der Partei, sondern deren Einfluss soll aktiv und durch vielfältige Maßnahmen zurückgedrängt werden. DIE LINKE benennt also den Machtblock und definiert geplante und gewünschte Transformationen weiterhin als „nicht klassenneutral“ (ebd.: 21). Somit greift man Vokabular materialistischer Staatstheorie in einem Bundestagswahlprogramm auf. Die Erwähnung von unterschiedlichen Klassen ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung für diese Forschungsarbeit. Dies verdeutlicht die Bedeutung und Aktualität von Poulantzas und ausführlicher gesellschaftlicher Kämpfe und Auseinandersetzungen über die Gestaltung der globalen Zukunft. DIE LINKE sieht nicht nur ihre Partei in der Pflicht, diese Richtungskämpfe mitzugestalten, sondern und vor allem ein breites linkes Bündnis, welches sich aus verschiedensten Bereichen und Institutionen zusammensetzen sollte. Im Anschluss an Poulantzas möchte man „die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft nach links verschieben“ (ebd.: 154) und Transformationen mit Beteiligung der BürgerInnen vorantreiben. Es wird im Vergleich zu 2005 wiederum eine verschärfte und klare Sprache verwendet, die grundsätzlich zwei Adressaten findet: Einerseits sind damit die Akteure des Machtblocks gemeint, die darauf hingewiesen werden, dass die beherrschten Klassenfraktionen aufgrund vielfältiger Krisensituationen aktiv Machteinflüsse gewinnen müssen und dafür vehement eintreten sollten. Somit formuliert die Partei eine Art Kampfansage an den herrschenden und stark von ökonomischem Wachstum geprägten Machtblock. Andererseits spricht die Partei durch das Wahlprogramm das breite links geprägte gesellschaftliche Feld an, das eine „massive gesellschaftliche Richtungsauseinandersetzung“ (ebd.: 57) prägen sollte. Durch „Druck von unten und Druck von der Straße“ (ebd.: 154) sollen Veränderungen der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die im weiteren Verlauf einen Systemwechsel herbeiführen könnten, vorangetrieben werden. Dieser sich schon im Prozess befindliche Vorgang setzt an Poulantzas und seine Überlegungen zu transformativen Elementen innerhalb von Staaten an. Poulantzas berücksichtigte allerdings kaum die ökologische Komponente. Insofern muss dazu gesagt werden, dass die Klimabewegung heute ein wesentlicher Teil der linken gesellschaftlichen Bündnisse ist und eine herausragende Bedeutung innerhalb der Ausführungen im aktuellen Programm erfahren. Dies wird auch in der schon thematisierten Zielsetzung eines ökologischen und demokratischen Sozialismus deutlich. Die ökologische Krise wird im Jahre 2021 explizit als „Klassenfrage“ (ebd.: 56) definiert. Diese Behauptung macht deutlich, dass DIE LINKE gesellschaftliche Naturverhältnisse als derzeit kapitalistisch geprägt anerkennt. Die derzeitige auf Wachstum basierende globale Wirtschaftsstruktur stehe in direktem Zusammenhang mit sozialen Ungleichheiten und Klassenzugehörigkeiten (ebd.) Beim Vergleich der beiden Wahlprogramme konnte zudem eine wesentliche Erkenntnis gezogen werden: DIE LINKE formuliert 2021 deutlicher und konkreter als 2005, dass

ein Klassenkampf dringend nötig sei und dass den Interessen von neoliberalen und profitorientierten Akteuren nicht nachgegeben, sondern mit Alternativen entgegengetreten werden müsse. Aufbauend auf den Ergebnissen der Analysen folgt im nächsten Kapitel eine Diskussion darüber, ob und inwiefern DIE LINKE mit ihren Inhalten sozial-ökologische Transformationen im Sinne von Postwachstum vorantreiben kann und will.

6 Diskussion der Ergebnisse

Das zu Beginn dargestellte Forschungsinteresse zielte auf die Analyse und Interpretation der Wachstumsnarrative der Partei DIE LINKE aus den Jahren 2005 und 2021. Weiterhin bestand ein wesentlicher Teil des Interesses in einem Vergleich der beiden Wachstumsnarrative, um Entwicklungspfade und mögliche Veränderungen innerhalb der Partei aufzeigen zu können. Diese Analysen ermöglichen im dritten Schritt die Beurteilung, inwiefern DIE LINKE die Vision einer Transformation im Sinne einer Postwachstumsgesellschaft als relevanter politischer Akteur vorantreibt.

Es hat sich gezeigt, dass DIE LINKE zwischen 2005 und 2021 ein anderes Verhältnis zu Wirtschaftswachstum und der gewünschten Rolle von Steigerungslogiken in der Gesellschaft entwickelt hat. Im Jahre 2005 wird die Zielerreichung von sozialer Gerechtigkeit unter dem Einsatz vieler Mittel gefordert. Die Herstellung von einem Mindestmaß an individuellem ökonomischem Wohlstand für alle kann dabei als grundlegendes Querschnittsthema des Wahlprogramms bezeichnet werden. Die Politikvorschläge von DIE LINKE aus 2005 müssen im Kontext der damaligen politischen und wirtschaftlichen Situation in Deutschland bewertet werden. Die damalige rot-grüne Regierung hatte mit der Implementierung der umstrittenen Agenda 2010 verschiedene Reformen durchgeführt, die den Ideen von DIE LINKE in weiten Teilen widersprachen. Insbesondere die vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote war ein wichtiges Thema zu diesem Zeitpunkt (Walwei 2017). Insofern muss die Schwerpunktsetzung der finanziellen Situation des Staates und der Menschen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die kontinuierliche Steigerung von Wirtschaftswachstum ist dabei ein Mittel zur Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Die Partei möchte allerdings in nahezu allen Bereichen eine deutlich aktivere Rolle des Staates vorantreiben und gleichzeitig den freien Markt mehr regulieren. Die Wachstumsnarrative im Jahre 2005 sind davon geprägt, dass gesteigerte Produktion, neue Technologien, Innovationen und mehr Nachfrage dem Staat mehr Möglichkeiten zu Gestaltung und Umverteilung schafft. Der Satz „Ohne Nachfrage kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze“ (BTWP 2005: 7) veranschaulicht die wesentlichen Aspekte von DIE LINKE und vor allem das Vertrauen in Wirtschaftswachstum als etwas, was Probleme löst und nicht verursacht.

2005 glaubt die Partei an die Vereinbarkeit von Wachstum und langfristig nachhaltiger Gestaltung von Gesellschaft. Die Partei betont aber die Wichtigkeit nach der Frage, wie und auf welche Art und Weise Wirtschaftswachstum generiert wird. Es wird argumentiert, dass „sozial und ökologisch sinnvolles Wachstum“ (ebd.) möglich sei. Diese Denkweisen stehen im Lichte der Ideen von Green Growth und Green Economy und greifen die dem Kapitalismus inhärenten Wachstumszwänge nicht an. Nichtsdestotrotz bewegt sich DIE LINKE 2005 in einigen Themenbereichen zu einem geringen bis mittleren Anteil im Feld von Postwachstumsideen. Demokratisierung der Wirtschaft, stärkere Regulation und Kontrolle der Finanzmärkte, Geschlechtergerechtigkeit und Umweltbewusstsein sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Als Einordnung in ein geringes bis mittleres Postwachstumsverständnis von DIE LINKE im Jahre 2005 sorgen aber vor allem die Kritiken an Privatisierungstendenzen und die Forderungen nach der Zurückdrängung von Marktmechanismen. Die Forderung nach größerer Gestaltungsmacht staatlicher Akteure deutet daraufhin, dass die Partei die neoliberalen Entwicklungen der damaligen Zeit eindämmen möchte.

16 Jahre später ist das grundlegende Ziel der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit weiterhin vorhanden. Eine deutliche Bedeutungszunahme hat die Bekämpfung der Klimakrise und der ökologischen Krise erfahren. Klima und soziale Gerechtigkeit können als die beiden großen Querschnittsthemen des Wahlprogramms von 2021 bezeichnet werden. DIE LINKE präsentiert sich inspiriert von den Ideen einer sozial-ökologischen Transformation, allerdings wird auf eine einheitliche Bezeichnung dieser verzichtet. Eine sozial-ökologische Transformation kann also nicht als die übergreifende Vision, der alle politischen Ziele untergeordnet sind, bezeichnet werden. Vielmehr werden viele Inhalte und Positionen aus den Diskussionen um sozial-ökologische Transformationen mehr oder weniger übernommen, allerdings nicht in einem Gesamtkonzept. In Bezug auf Wachstumsnarrative wurde infolgedessen deutlich, dass DIE LINKE ein anderes Verständnis aufgebaut und andere politische Positionen bezogen hat als 2005. Zwar wird nicht explizit von Postwachstumsgesellschaften gesprochen, aber Überlegungen aus der Postwachstumsdebatte werden elaboriert und detailliert reproduziert: Die über weite Strecken des Programms deutliche und klar so benannte Ablehnung von Profitlogiken und Marktmechanismen ist charakteristisch für die politische Identität der Partei von 2021. Kapitalismus als System und die damit zusammenhängenden Akkumulationslogiken werden klar kritisiert und für vielerlei Probleme und Krisen verantwortlich gemacht. Während 2005 Lösungen innerhalb von Steigerungslogiken vorgeschlagen werden, eröffnet DIE LINKE 2021 Frageräume außerhalb von Profitmechanismen und Wachstumsvertrauen. Die Forderungen nach alternativen Produktionsmodellen, die globale Gerechtigkeitsstrukturen produzieren und ökologisch nachhaltig

organisiert sein sollen, sind in diesem Zusammenhang ebenfalls zu nennen. Weiterhin werden auf Wachstum basierende Wirtschaftssysteme und die Ausbeutung von Mensch und Natur in Verbindung gebracht. Die Einordnung von und starke Kritik an „Kapitalismus als systematisierten Sexismus“ (BTWP 2021: 102) macht die Ablehnung des auf Wachstum basierenden Systems sehr deutlich. Dieser Aspekt ist für Postwachstums-VertreterInnen wesentlich. Eine deutlich aktivere Rolle des Staates bei gleichzeitiger Zurückdrängung privater Akteure ist ebenso kennzeichnend für das Programm. Die Veränderung der Wachstumsnarrative zwischen den beiden Wahlprogrammen zeigt sich nicht nur an anderen politischen Sichtweisen, sondern auch an der Art und Weise der Formulierungen. Die benutzte Sprache ist oftmals von großer Dringlichkeit geprägt. Durch Einsatz sehr kritischer Worte werden Probleme und oftmals auf Akkumulationslogiken basierende Politiken angegriffen. Mit Kampfansagen an Gruppen, die von den bisherigen Macht- und Herrschaftsstrukturen profitieren, macht DIE LINKE im Jahr 2021 ihren starken Willen zu Veränderungen deutlich. Zusammenfassend zeigt sich bei DIE LINKE im Jahr 2021 ein mindestens mittlere bis hohe Überschneidung mit Ansätzen aus den Postwachstumsdiskussionen. Es zeigt sich also eine Entwicklung der politischen Positionen, die in Richtung Kapitalismus- und Wachstumskritik zeigt. Eine eindeutige Einstufung der Wahlprogramme entweder in Green Growth-Ansätze oder Postwachstumsidealen erscheint nicht angemessen. Es sind zwar jeweils klare Tendenzen zu erkennen, aber eine passgenaue Übertragung ist nicht zutreffend. Angenommen wurde zu Beginn der Forschung, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 entsprechende Auswirkungen auf die politischen Inhalte von DIE LINKE hatte. Diese These kann nicht endgültig beantwortet werden. Die Regulierung des Finanzsektors wird auch schon 2005 gefordert. Es werden 2021 auf druckvollere Art und Weise ein Machtabbau des Finanzsektors gefordert und kritische Bezüge zur Finanz- und Wirtschaftskrise hergestellt. Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, dass diese Krisenerscheinungen ursächlich für die oben beschriebenen Veränderungen der Wachstumsnarrative sind. Die dritte Forschungsfrage zielte auf mögliche Transformationen innerhalb des Staates zu Postwachstumsgesellschaften und der Rolle von DIE LINKE dabei ab. Durch die Orientierung an Grünem Wachstum kann zumindest im Jahre 2005 kaum von einer aktiven Rolle auf dem Weg zu Postwachstumsgesellschaften gesprochen werden. DIE LINKE gestaltete die politischen Antworten in ihrem Wahlprogramm zum großen Teil innerhalb kapitalistischer Frageräume. DIE LINKE von heute bricht durch ihre teils sehr wachstumskritischen Positionen oftmals aus diesen Frageräumen aus und möchte weite Teile der Art des derzeitigen Wirtschaftens durch sozial-ökologische Transformationen ersetzen. Die Partei appelliert mit ihrem Wahlprogramm an ein breites linkes Bündnis, das bereit sein müsse, sich mit den explizit benannten

VertreterInnen des Machtblocks anzulegen. Insbesondere der Klimawandel und die große soziale Ungerechtigkeit führt die Partei zu dringlicher und scharfer Ansprache. Die großen Überschneidungen des Wahlprogramms von 2021 mit Ansätzen von Postwachstum sprechen dafür, dass DIE LINKE transformative Elemente, die sich weg vom Wachstumsparadigma bewegen, vorantreibt. DIE LINKE benutzt allerdings nicht explizit den Begriff Postwachstum. Hier wäre es sehr interessant, die Gründe für die Nicht-Erwähnung trotz der inhaltlichen Überschneidungen zu erfahren. Da sowohl Postwachstums-VertreterInnen als auch DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm von 2021 ein breites linkes Bündnis fordern, um gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben zu können und die Macht- und Herrschaftsverhältnisse anzupassen, könnten hier Synergieeffekte entstehen. Sie könnten dazu führen, dass im Anschluss an Poulantzas bald Brüche innerhalb des Machtblocks entstehen und die Etablierung von Transformationen innerhalb des Staates in Richtung Postwachstum wahrscheinlicher und möglich wird. DIE LINKE leistet durch ihre politischen Inhalte, die neue Frageräume eröffnen, zumindest einen Beitrag zur Etablierung von Postwachstumsgesellschaften. Im Jahr 2022 befindet sich die Partei in einer krisenhaften Situation, die einerseits für aktuelle politische Schwächen sorgt und andererseits viele Chancen und Möglichkeiten bietet (Schuler 2022). Nach internen Streitereien böte sich die Gelegenheit durch geschlossenes Auftreten und klare Positionierung die Notwendigkeit der Beendigung von Wachstumslogiken mindestens in den parlamentarischen Kontext einzubringen. Davon ausgehend könnte das Ziel, ein breites und gemeinsames linkes Bündnis aufzubauen, handlungsleitend sein.

7 Fazit und Ausblick

Die Forschungsarbeit hat ausgehend von der Darstellung der sich dramatisch verschärfenden multiplen Krisensituation die Notwendigkeit von strukturellen Veränderungen der Gesellschaftsorganisationen von Ländern vor allem im Globalen Norden aufgezeigt. Die dem kapitalistischen System inhärenten Wachstumszwänge haben zu einer elementaren Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse geführt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat einige Problematiken und Schwächen von Kapitalismus offenbart. Allerdings sind die Macht- und Herrschaftsstrukturen derart ausgestaltet, dass Wirtschaftswachstum als Lösung von Problemen eine weiterhin weit verbreitete politische Zielsetzung ist. Die Darstellung der verschiedenen Postwachstumsströmungen hat alternative Möglichkeiten zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt. Anhand einer theoretischen Diskussion wurde die Relevanz des Staatsverständnisses von Poulantzas für Transformationen innerhalb staatlicher Strukturen deutlich gemacht. Diese Herangehensweise schaffte eine Perspektive der Sichtbarmachung von Möglichkeiten und Strategien zur Überwindung staatlicher Strukturen, die kapitalistische Wachstumszwänge reproduzieren. Es zeigte sich, dass Parteien als wesentliche Akteure durch ihre Positionen und Aussagen Teil dieser transformativen und innerstaatlichen Strategien sein können, wenn nicht sogar müssen. Die Auswertung der Bundestagswahlprogramme der Partei DIE LINKE hat eine deutliche Verschiebung von einer leichten Wachstumsorientierung im Jahre 2005 hin zu wachstumskritischen Positionen im Jahre 2021 ergeben. 2005 wird Wachstum als probates Mittel für Problemlösungen angesehen. Die Partei möchte dann im Jahre 2021 einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel antreiben, der sozial und ökologisch geprägt ist. Dem Kapitalismus als System, das globale Ungerechtigkeiten reproduziert und große Gefahren für Mensch und Natur darstellt, wird von der Partei der Kampf angesagt. Vielfach werden 2021 Frageräume außerhalb von Wachstumslogiken eröffnet, womit im Sinne von Poulantzas notwendige Schritte für Transformationsprozesse eingeleitet werden. Der theoretische Einbezug von Nicos Poulantzas hat sich als wesentlich erwiesen, um im vorhergehenden Kapitel die Rolle von DIE LINKE bei der Etablierung von Transformationen wie einer Postwachstumsgesellschaft diskutieren zu können. Die Arbeit hat weiterhin gezeigt, dass DIE LINKE insbesondere 2021 elaboriert und detailliert globale und komplexe Wirkzusammenhänge beschreibt und sich inhaltlich nah an Postwachstum bewegt.

Trotz der Beantwortung der Forschungsfragen ist eine kritische Reflexion der Forschungsarbeit notwendig. Die zwei untersuchten Dokumente zeichneten sich durch einen deutlichen Unterschied in der Länge und Ausführlichkeit aus. Insofern war das Wahlprogramm von 2021 deutlich ausdifferenzierter gestaltet als das von 2005. Deshalb wurden auch mehr Codes aus diesem

Programm benutzt, sodass die Inhalte aus dem Programm von 2021 mehr Platz in Analyse und Auswertung bekommen haben. Obwohl dies die Aussage- und Vergleichskraft nicht eingeschränkt hat, ist dieser Faktor zu reflektieren. In Bezug auf sozial-ökologische Transformationen und Postwachstum wurde erwähnt, dass es keine klare Definition gibt. Vielmehr befinden sich diese Diskussionen im Fluss und in ständigen Veränderungen und Anpassungen. Insofern ist der Begriff Postwachstum sehr vielfältig und beinhaltet mehrere unterschiedliche Aspekte. Dies ist bei der Beleuchtung um die Debatten innerhalb des Postwachstumsspektrums deutlich geworden. Die Vielfältigkeit birgt die Gefahr von Beliebigkeit, allerdings bleibt die zugrunde liegende Kritik an Wachstum das verbindende Element für die verschiedenen Strömungen und Diskurse innerhalb von Postwachstum. Es muss festgehalten, dass die Definitionen und Schwerpunkte von Postwachstum sich in den nächsten Jahren verändern können, sodass bei weiteren Forschungsarbeiten eine Überprüfung der aktuellen Postwachstumsdiskussionen nötig ist. Dieser Aspekt wurde auch bei der Analyse deutlich, da DIE LINKE verschiedenste Begriffe für ihre Vorstellungen von sozial und ökologische geprägten Diskussionen in ihren Wahlprogrammen verwendet. Eine Schärfung und konkretere Definition der theoretischen Zielsetzungen wären sowohl für Partei als auch für die wissenschaftlichen Diskussionen sinnvoll. Ein Aspekt des Forschungsinteresses bestand in der Frage, ob die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 Auswirkungen auf die verwendeten Wachstumsnarrative von DIE LINKE. Es kann nicht endgültig beantwortet werden, ob diese Krise die politischen Positionen von DIE LINKE beeinflusst hat. Für eine adäquate Beantwortung dieser Frage waren nicht genügend Hinweise im untersuchten Material ersichtlich. Die Methode der qualitativen Inhaltsanalyse ist in diesem Falle nicht ausreichend. Um herauszufinden, welche Rolle die Finanz- und Wirtschaftskrise für politische Inhalte von DIE LINKE für das Wahlprogramm von 2021 gehabt hat, müssten für weitere Arbeiten andere qualitative Forschungsmethoden herangezogen werden.

Diese Forschungsarbeit bietet mehrere Anknüpfungspunkte für weitergehende wissenschaftliche Bearbeitung der angesprochenen Themen. Insbesondere vergleichende Arbeiten zwischen allen Parteien des Deutschen Bundestags der letzten Jahrzehnte bezogen auf Wachstumsnarrative wären von hoher Bedeutung, um die Relevanzentwicklung von Wirtschaftswachstum in der parlamentarischen Landschaft Deutschlands einschätzen zu können. Eine derartige Forschung könnte für die tatsächliche Umsetzung von transformativen Elementen hilfreich sein, um Widersprüche innerhalb des Machtblocks aufzuzeigen und zu verstärken. Nachdem diese Arbeit zwei Dokumente verglichen und somit auf schriftliches Material zurückgegriffen hat, ist das Verstehen von Prozessen, die zu den kommunizierten politischen Positionen geführt haben, nur schwer möglich. Parteiinterne Richtungskämpfe und Auseinandersetzungen sind

beispielsweise in diesem Kontext von Interesse. Dafür bieten sich als Anschlussforschung Interviews mit ExpertInnen von DIE LINKE, die bei der Erstellung der Wahlprogramme mitgewirkt haben, an. Abschließend bleibt festzuhalten, dass zwar global von einem sehr machtvollen Wachstumsparadigma gesprochen werden kann, aber die Gestaltung der Welt von uns Menschen abhängt. Insofern sind es wir Menschen, die mit ihrem Handeln Transformationen einleiten und umsetzen können. Es liegt an uns.

8 Quellen- und Literaturverzeichnis

Afd.de (2021): Energie | Umwelt | Klima. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.afd.de/energie-umwelt-klima/>

Ammering, Ute / Neuburger, Martina / Schmitt, Tobias (2008): Umwelt zwischen Wachstum und Entwicklung: Politische Ökologie von Umweltkonflikten in Ländern des Globalen Südens. In: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik (Hrsg.): Journal für Entwicklungspolitik vol. XXIV 3–2008. Wachstum – Umwelt – Entwicklung. Wien: mandelbaum Verlag. S. 94 -114.

Anan, Deniz (2017): Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013. Wiesbaden: Springer VS.

Altwater, Elmar (2009): Die Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus. In: Leviathan Jg. 37, Nr. 2. Wiesbaden: Springer VS. S. 197-210.

Alvaredo, Facundo / Piketty, Thomas / Saez, Emmanuel / Chancel, Lucas / Zucman, Gabriel (2018): World Inequality Report 2018. World Inequality Lab. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://wir2018.wid.world/files/download/wir2018-full-report-english.pdf>

Baberg, Manfred (2016): Soziale Ungleichheit als Folge gesellschaftlicher und gesundheitlicher Probleme. In: Müller, Carsten / Mührel, Eric / Birgmeier, Bernd (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle? Wiesbaden: Springer VS. S. 107-121.

Bader, Pauline / Becker, Florian / Demirović, Alex / Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex / Dück, Julia / Becker, Florian / Bader, Pauline (Hrsg.): VielfachKrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA Verlag. S. 11–28.

Bauhardt, Christine / Çağlar, Gülay / Riegraf, Birgit (2017): Ökonomie jenseits des Wachstums - feministische Perspektiven auf die (Post)Wachstumsgesellschaft. In: Feministische Studien: Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung. Band 35, Heft 2. Berlin: De Gruyter Verlag. S. 187-195.

Bbc.com (2018): Trump on climate change report: 'I don't believe it'. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-46351940>

Becker, Egon / Hummel, Diana / Jahn, Thomas (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept. In: Groß, Matthias (Hrsg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75-96.

Bpb.de (2021): Jahrhunderthochwasser 2021 in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/337277/jahrhunderthochwasser-2021-in-deutschland/>

Biesecker, Adelheid (2009): Vorsorgendes Wirtschaften als Alternativen. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hrsg.): Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise (Tagungsdokumentation). S. 32-48. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06753-20091109.pdf>

Binswanger, Mathias (2019): Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH Verlag GmbH.

Bmbf.de (o. D.): Green Economy: Gesellschaftlicher Wandel. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/energiewende-und-nachhaltiges-wirtschaften/green-economy/green-economy_node.html#:~:text=Green%20Economy%3A%20Gesellschaftlicher%20Wandel%20Forschung,Agenda%20%E2%80%9EGreen%20Economy%E2%80%9C%20erarbeitet.

Brad, Alina / Brand, Ulrich (2016): Die Macht der ökologischen Krise. Perspektive der Politischen Ökologie. In: politix Nr. 40. Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien. S. 5-10.

Brad, Alina (2019): Der Palmölboom in Indonesien. Zur Politischen Ökonomie einer umkämpften Ressource. Bielefeld: transcript Verlag.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg: VSA Verlag.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Österreichische Zeitschrift für Soziologie Nr. 36. S. 12-34.

Brand, Ulrich (2014): Sozial-ökologische Transformation als gesellschaftspolitisches Projekt. In: Kurswechsel 2/2014. Zeitschrift des BEIGEWUM. S. 7-18. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://www.beigewum.at/wp-content/uploads/Brand-Ulrich.pdf>

Brand, Ulrich (2016): “Transformation as a New Critical Orthodoxy”. The Strategic Use of the Term “Transformation” Does Not Prevent Multiple Crisis. In: GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society Jg. 25, Nr. 1. S. 23-27.

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag.

Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie. Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg: VSA Verlag.

Braun, Daniela (2020): Inhaltsanalyse. In: Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Fortgeschrittene Analyseverfahren in den Sozialwissenschaften. Ein Überblick. Wiesbaden: Springer VS. S. 301-334.

Brettschneider, Frank / Thoms, Claudia (2021): Bundestagswahl 2021: Wahlprogramme im Vergleich. Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2021 im Vergleich aller Bundestagswahlen seit 1949. Eine Studie der Universität Hohenheim. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://komm.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/Bundestagswahl_2021/Wahlprogramm-Check_2021_Bundestagswahl.pdf

Crutzen, Paul J. / Stoermer Eugene F. (2000): “The Anthropocene“. In: IGBP Global Change Newsletter Nr. 41. S. 17-18. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://www.igbp.net/download/18.316f18321323470177580001401/1376383088452/NL41.pdf>

D’Alisa, Giacomo / Deriu, Marco / Demaria, Federico (2016): Fürsorge (Care-Ökonomie). In: D’Alisa, Giacomo / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: oekom Verlag. S. 127-131.

Decker, Frank (2011): Parteien und Parteiensysteme in Deutschland. Stuttgart: Kohlhammer Verlag.

Decker, Frank (2021): Etappen der Parteiengeschichte der LINKEN. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/die-linke/42130/etappen-der-parteiengeschichte-der-linken/>

Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas – Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: PROKLA Jg. 43, Nr. 171. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 193 – 215.

Deutscher Bundestag (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>

DIE LINKE (2021): Zeit zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2021. Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 19. und 20. Juni 2021. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2021/Wahlprogramm/DIE_LINKE_Wahlprogramm_zur_Bundestagswahl_2021.pdf

Die Linkspartei.PDS (2005): Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages. Berlin, 27. August 2005. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlprogramme_alt/bundestagswahlprogramm2005.pdf

Easterlin, Richard Ainley (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In: David, Paul A. / Reder, Melvin W. (Hrsg.): Nations and households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramovitz. New York: Academic Press. S. 89-125.

Ernst, Klaus (2011): Für einen neuen sozial-ökologischen Gesellschaftsvertrag. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-einen-neuen-sozial-oekologischen-gesellschaftsvertrag/>

Europäische Kommission (o. D.): Ursachen des Klimawandels. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://ec.europa.eu/clima/change/causes_de

Fioramonti, Lorenzo (2013): Gross Domestic Problem. The Politics behind the World's Most Powerful Number. London: Zed Books.

Georgescu-Roegen, Nicholas (1995 [1979]): Demain la décroissance. Entropie – Écologie – Économie, Présentation et traduction de MM. Jacques Grinevald et Ivo Rens. Nouvelle édition. Paris: Éditions Sang de la terre.

Häder, Michael (2010): Empirische Sozialforschung. Eine Einführung (2., überarbeitete Auflage). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hamann, Julie (2016): "Das Volk" und "Die da oben": Misstrauen und Entfremdung in Europa. (DGAP kompakt, 17). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/54273/ssoar-2016-hamann-Das_Volk_und_Die_da.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2016-hamann-Das_Volk_und_Die_da.pdf

Helfrich, Silke / Bollier, David (2016): Commons. In: D'Alisa, Giacomo / Demaria, Federico / Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: oekom Verlag. S. 90-94.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems. Hamburg: VSA-Verlag.

IPBES (2019): Summary for Policymakers of the global assessment report on biodiversity and ecosystem services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services. Díaz, Sandra / Settele, Josef / Brondízio, Eduardo / Ngo, Hien T. / Guèze, Maximilian / Agard, John et. al (Hrsg.). IPBES secretariat. Bonn. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://ipbes.net/sites/default/files/inline/files/ipbes_global_assessment_report_summary_for_policymakers.pdf

IPCC (2014): Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (Core Writing Team / Pachauri, Rajendra / Meyer, Leo). Genf. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/2018/02/SYR_AR5_FINAL_full.pdf

IPCC (2018): Summary for Policymakers. In: Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report on the impacts of global warming of 1.5°C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Masson-Delmotte, Valérie / Zhai, Panmao / Pörtner, Hans-Otto / Roberts, Debra C. / Skea, James / Shukla, Priyadarshi et al. (Hrsg.). In Press. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_report_LR.pdf

IPCC (2019): Summary for Policymakers. In: IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate. Pörtner, Hans-Otto / Roberts, Debra C. / Masson-Delmotte, Valérie / Zhai, Panmao / Tignor, Melinda / Poloczanska, Elvira et. al (Hrsg.). In press. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/3/2019/11/03_SROCC_SPM_FINAL.pdf

Jäger, Michael (2010): Machtblock und Parteien bei Poulantzas. In: Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos Verlag. S. 241-258.

Jessop, Bob (2010): Politische Ökonomie, Politische Ökologie und Demokratischer Sozialismus. In: Demirović, Alex / Adolphs, Stephan / Karakayali, Serhat (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Baden-Baden: Nomos Verlag. S. 35-52.

Jun, Uwe (2013): Typen und Funktionen von Parteien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS. S. 119-146.

Kallis, Giorgos / Paulson, Susan / D'Alisa, Giacomo / Demaria, Federico (2020): The Case for Degrowth. Cambridge: Polity Press.

Kannankulam, John (2016): Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“. In: Demirović, Alex (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 35-47.

Klauke, Sebastian (2019): Multiple Krise. In: Brunner, Jan / Dobelmann, Anna / Kirst, Sarah / Prause, Louisa (Hrsg.): Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte. Ein kritisches Handbuch. Bielefeld: transcript-Verlag. S. 252-258.

Koch, Sabrina (2020): Eine andere Art des Wirtschaftens – Wirtschaftswachstum bei Bündnis 90 / Die Grünen zwischen 1994 und 2017. In: Roos, Ulrich (Hrsg.): Nachhaltigkeit, Postwachstum Transformation. Eine Rekonstruktion wesentlicher Arenen und Narrative des globalen Nachhaltigkeits- und Transformationsdiskurses. Wiesbaden: Springer VS. S. 211-240.

Köhler, Bettina / Wissen, Markus (2010): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Ein kritischer theoretischer Zugang zur ökologischen Krise. In: Lösch, Bettina / Thimmel, Andreas (Hrsg.): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach: Wochenschau Verlag. S. 217- 224.

Kohlrausch, Bettina / Zucco, Aline / Hövermann, Andreas (2020): Verteilungsbericht 2020. WSI Report 62. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_62_2020.pdf

Latouche, Serge (2010): Inzwischen kennt die französische Öffentlichkeit den Begriff »Dé-croissance«. Interview mit Serge Latouche. In: Seidl, Irmi und Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Marburg: Metropolis. S. 201-204.

Lenton, Timothy M. / Rockström, Johan / Gaffney, Owen / Rahmstorf, Stefan / Richardson, Katherine / Steffen, Will et. al (2020): Climate tipping points – too risky to bet against. In: Nature Nr. 575. S. 592-595. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://media.nature.com/original/magazine-assets/d41586-019-03595-0/d41586-019-03595-0.pdf>

Lepenies, Philip (2016): The Power of a Single Number: A Political History of GDP. New York: Columbia University Press.

Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser Berlin.

Lpb-bw.de (o.D.): Finanz- und Wirtschaftskrise vor 10 Jahren. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.lpb-bw.de/finanz-und-wirtschaftskrise>

Lutz, Helma / Schmidbaur, Marianne (2020): Geschlechterverhältnisse im 21. Jahrhundert. Bundeszentrale für politische Bildung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/izpb/307415/geschlechterverhaeltnisse-im-21-jahrhundert>

MA – Millenium Ecosystem Assessment (2005): Ecosystems and Human Well-Being. Biodiversity Synthesis. World Resources Institute: Washington DC. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.millenniumassessment.org/documents/document.354.aspx.pdf>

Mahlstein, Irina / Knutti, Reto / Solomon, Susan / Portmann, Robert W. (2011): Early onset of significant local warming in low latitude countries. In: Environmental Research Letters Vol. 6, Nr. 3. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://iopscience.iop.org/article/10.1088/1748-9326/6/3/034009/pdf>

Mayr, Antonia (2020): Biodiversität und Ökosystemleistungen. Auswirkungen des globalen Wandels. In: Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und Wissenschaftler e.V. (Hrsg.): Forum Wissenschaft 3/20. Science and future. Debatten um Klimakrise und Wissenschaft. Marburg: BdWi-Verlag.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken (12., überarbeitete Auflage). Weinheim und Basel: Beltz Verlag.

Meadows, Donella H. / Meadows, Dennis L. / Randers, Jorgen / Behrens, William W. (1972): Limits to Growth. A Report for The Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind. New York: Universe Books.

Merkel, Angela (2009): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 2009 in Berlin. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/771168/7eb6ec69ad906e167776d71fb900bc97/112-1-bk-data.pdf?download=1>

Merz, Nicolas / Regel, Sven (2013): Die Programmatik der Parteien. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS. S. 211-240.

Niedermayer, Oskar (2007): Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005: Parteistrategien und Kampagnenverlauf. In: Brettschneider, Frank / Niedermayer, Oskar / Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 21-42.

Niedermayer, Oskar (2020): Die Rolle und Funktionen von Parteien in der deutschen Demokratie. Bundeszentrale für politische Bildung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/42035/die-rolle-und-funktionen-von-parteien-in-der-deutschen-demokratie/>

Noll, Heinz-Herbert (2000): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue“ Wohlfahrtskonzepte. Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie P00-505. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2000/p00-505.pdf>

Notz, Gisela (2010): Unbezahlte Arbeit. Bundeszentrale für politische Bildung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49411/unbezahlte-arbeit>

Nölke, Andreas (2009): Finanzkrise, Finanzialisierung und Vergleichende Kapitalismusforschung. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen Jg. 16, Nr. 1. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 123-139.

Oxfam (2022): Inequality kills. The unparalleled action needed to combat unprecedented inequality in the wake of COVID-19. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/621341/bp-inequality-kills-170122-en.pdf>

Paech, Niko (2016): Postwachstumsökonomik als Reduktionsprogramm für industrielle Versorgungssysteme. In: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 135-158.

Pappi, Franz Urban / Seher, Nicole Michaela / Kurella, Anna Sophie (2013): Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien. Arbeitspapiere – Working Papers. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 149. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-149.pdf>

Parrique, Timothée / Barth, Jonathan / Briens, Françoise / Kerschner, Christian / Kraus-Polk, Alejo / Kuokkanen, Anna et. al (2019): Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://eeb.org/wp-content/uploads/2019/07/Decoupling-Debunked.pdf>

ParteienG (2021): Gesetz über die politischen Parteien. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.gesetze-im-internet.de/partg/_2.html

Pettifor, Ann (2020): Green New Deal. Warum wir tun können, was wir tun müssen. Hamburg: Hamburger Edition.

Poulantzas, Nicos (2002 [1978]): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus. Hamburg: VSA Verlag.

Rahmstorf, Stefan et. al (2019): Kipppunkte im Klimasystem. Eine kurze Übersicht. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://www.pik-potsdam.de/~stefan/Publications/Kipppunkte%20im%20Klimasystem%20-%20Update%202019.pdf>)

Rauschning, Dietrich / Wiesbrock, Katja / Lailach, Martin (1997): Key Resolutions of the United Nations General Assembly 1946–1996. New York: Cambridge University Press.

Richters, Oliver / Siemoneit, Andreas (2019): Wachstumszwang – eine Übersicht. ZOE Discussion Papers Nr. 3. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter zoe-dp-richters-siemoneit-wachstumszwang.pdf (zoe-institut.de)

Riexinger, Bernd (2020): Mobilitätswende und sozial-ökologische Transformation der Autoindustrie. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/mobilitaetswende-und-sozial-oekologische-transformation-der-autoindustrie/>

Robbins, Paul (2012): Political Ecology. A Critical Introduction (2nd Edition). New Jersey: Wiley-Blackwell.

Rogall, Holger (2013): Volkswirtschaftslehre für Sozialwissenschaftler. Einführung in eine zukünftige Wirtschaftslehre (2. Auflage). Wiesbaden: Springer VS.

Rosa, Hartmut (2016): Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung. Berlin: Suhrkamp.

Rostow, Walt Whitman (1990): The stages of economic growth. A non-communist manifesto (3rd edition). Cambridge: Cambridge University Press.

Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz Band 42, Nr. 2. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. S. 116-131.

Sauer, Birgit (2010): Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen. Kurswechsel. Zeitschrift des BEIGEWUM. Nr.1/2010. S. 38-46. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Das-Geschlecht-der-Finanz-und-Wirtschaftskrise.pdf>

Schmelzer, Matthias (2016a): The Hegemony of Growth. The OECD and the Making of the Economic Growth Paradigm. Cambridge: University Press.

Schmelzer, Matthias (2016b): Selbstveränderung, Kapitalismuskritik, Organisation: Transformationspotenziale der Degrowth-Bewegung. In: AK Postwachstum (Hrsg.): Wachstum – Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 179-200.

Schmelzer, Matthias (2017): Jenseits des Wirtschaftswachstums? Einführung in die Begriffe und den Entstehungskontext der Postwachstumsbewegung. In: Planung ohne Wachstum. Nachrichten der ARL Jg. 47. Nr. 4. S. 8-10. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/nachrichten/2017-4/NR4-2017_Schmelzer_S8-10.pdf

Schuler, Katharina (2022): Parteikrise. Hat die Linke noch eine Chance? Zeit.de. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-05/linke-partei-krise-sexismus-vorstand>

Schmelzer, Matthias / Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag GmbH.

Schwab, Anne-Kathrin (2020): Die multiple Krise. In: Schwab, Anne-Kathrin /Kennedy, Declan / Bergmann, Gustav (Hrsg.): Transformation im ländlichen Raum. Ein Ökodorf und seine Wirkung in der Region. Wiesbaden: Springer VS. S. 9–35.

Seidl, Irmi / Zahrnt, Angelika (2010): Die Postwachstumsgesellschaft. Wie der Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums gelingen kann. In: Ökologisches Wirtschaften Jg. 25, Nr. 3. S. 18-19. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/1066/1067>

Seidl, Irmi / Zahrnt, Angelika (2012): Postwachstumsgesellschaft. Verortung innerhalb aktueller wachstumskritischer Diskussionen. In: Ethik und Gesellschaft. Ökumenische Zeitschrift für Sozialethik 1/2012: Postwachstumsgesellschaft. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/1-2012-art-1/79>

Spannagel, Dorothee / Behringer, Jan / Gechert, Sebastian / Poppitz, Philipp (2016): WSI Verteilungsmonitor. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung Düsseldorf. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_faqs_2016.pdf

Spiegel.de (2021a): Globale Klimastudie. Der gefährliche Dominoeffekt der Kipppunkte. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-der-gefaehrliche-dominoeffekt-der-klimakipppunkte-a-9064b00f-f558-4f93-8a6c-9d9a1978b6dd>

Spiegel.de (2021b): Die Linke. Das Wahlprogramm im Überblick. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2021-linke-setzt-in-wahlprogramm-auf-sozialpolitik-a-fb2bc41a-48bf-435b-82ae-14546875ca57>

StabG (1967): Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.gesetze-im-internet.de/stabg/BJNR005820967.html>

Statistisches Bundesamt (2021): Internationaler Preisvergleich. Kaufkraftparitäten (KKP). Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Internationaler-Preisvergleich/Methoden/erlaeuterungen-kaufkraftparitaeten.html>

- Steckner, Anne (2013): Marxistische Parteiendebatte revisited. Zur Verortung politischer Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft. In: PROKLA Jg. 43, Nr. 171. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 217-238. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/267/235>
- Taz.de (2021a): Statistik des BKA. Höchststand bei rechter Gewalt. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://taz.de/Statistik-des-BKA/!5769832/>
- Taz.de (2021b): Diskussion um Wahlprogramm. Bewährungsprobe für die Linke. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://taz.de/Diskussion-um-Wahlprogramm/!5777063/>
- Umweltbundesamt.de (2021a): Wie funktioniert der Treibhauseffekt? Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-funktioniert-der-treibhauseffekt>
- Umweltbundesamt.de (2021b): Der Europäische Emissionshandel. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissions-handel#teilnehmer-prinzip-und-umsetzung-des-europaischen-emissionshandels>
- Umweltbundesamt.de (2022): Atmosphärische Treibhausgas-Konzentration. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/atmosphaerische-treibhausgas-konzentrationen#kohlendioxid->
- UNHCR (2020): Global Trends. Forced Displacement in 2019. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.unhcr.org/5ee200e37/>
- Vollmer, Andreas M. (2013): Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG): Entstehung, Geschichte und Bilanz. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Walwei, Ulrich (2017): Agenda 2010 und Arbeitsmarkt: Eine Bilanz. Bundeszentrale für politische Bildung. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/250663/agenda-2010-und-arbeitsmarkt-eine-bilanz/>
- WBGU (2011): Hauptgutachten. Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf
- Weichold, Jochen / Dietzel, Horst (2005): Bundestagswahl 2005: Wahlprogramme der Parteien im Vergleich. In: Standpunkte 12/2005. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt online abgerufen

am 19.09.2022 unter http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/948/pdf/Standpunkte_0512.pdf

Welthungerhilfe (2022a): Hunger: Verbreitung, Ursachen & Folgen. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.welthungerhilfe.de/hunger/>

Welthungerhilfe (2022b): Klimaflüchtlinge – Was hat Klimawandel mit Flucht zu tun? Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter <https://www.welthungerhilfe.de/informieren/themen/klimawandel/klimafluechtlinge-klimawandel-und-migration/>

Welzer, Harald (2011): Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.). Schriften Zur Ökologie. Band 14. Zuletzt online abgerufen am 19.09.2022 unter https://www.boell.de/sites/default/files/Endf_Mentale_Infrastrukturen.pdf

Wetzel, Dietmar J. (2016): Wachstum und Décroissance – Bruchstücke einer Genealogie zweier Begriffe seit den 1970er Jahren. In: Leendertz, Ariane / Meteling, Wencke (Hrsg.): Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er Jahren. Frankfurt am Main: Campus Verlag. S. 189-206.

9 Abstracts

Abstract Deutsch

Der kapitalistische Wachstumszwang sorgt für eine sich immer weiter verschärfende multiple Krisensituation der sozialen und ökologischen Zustände der Welt. Durch die imperiale Lebensweise insbesondere des Globalen Nordens werden die Kosten für Mensch und Natur in den Globalen Süden ausgelagert. Insofern ergibt sich insbesondere für die Länder des Globalen Nordens die dringende Verantwortung, das die letzten Jahrzehnte prägende Wachstumsparadigma zu überwinden. Inspiration dafür bietet die Postwachstumsdebatte, die Ideen und Vorschläge für eine Welt ohne zerstörende Wachstumslogiken präsentiert. Die theoretischen Diskussionen über die Ansätze von Nicos Poulantzas zeigen die Möglichkeiten der Überwindung kapitalistischer Reproduktion von Staaten durch unter anderem Parteien auf. Basierend auf diesen theoretischen Ansätzen analysiert diese Forschungsarbeit anhand einer vergleichenden Qualitativen Inhaltsanalyse Wachstumsnarrative von 2005 und 2021 bei DIE LINKE, die als relevante deutsche Partei sozial-ökologische Transformationen vorantreiben will. Es wird deutlich, dass sich innerhalb des Untersuchungszeitraums ein anderes Verhältnis der Partei zu Wachstumsorientierungen entwickelt hat. Sollte damals Wachstum für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, sind heute wachstums- und kapitalismuskritische Positionen prägend für die Parteiausrichtung. Obwohl DIE LINKE nicht explizit eine Postwachstumsgesellschaft anstrebt, zeigt die Partei Möglichkeiten auf, um sozial-ökologische Transformationen außerhalb von Wachstumslogiken auf den Weg zu bringen.

Abstract English

The capitalist compulsion for growth is causing an ever worsening multiple crisis situation of the social and ecological conditions of the world. Due to the imperial way of life, especially of the Global North, the costs for mankind and nature are outsourced to the Global South. In this respect, the countries of the Global North in particular have an urgent responsibility to overcome the growth paradigm that has characterized the last decades. Inspiration for this is provided by the post-growth debate, which presents ideas and proposals for a world without destructive growth logics. The theoretical discussions on the approaches of Nicos Poulantzas highlight the possibilities of overcoming capitalist reproduction of states through, among other things, parties. Based on these theoretical approaches, this research uses a comparative qualitative content analysis to analyze growth narratives from 2005 and 2021 in DIE LINKE, a

relevant German party that aims to advance socio-ecological transformations. It becomes clear that the relationship of the party to growth orientations has changed within the period under investigation. While at that time growth was supposed to ensure more social justice, today positions critical of growth and capitalism are characteristic of the party's orientation. Although DIE LINKE does not explicitly strive for a post-growth society, the party points to possibilities for initiating socio-ecological transformations outside of growth logics.